

Expertise "Verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen"

Özer, Cemalettin; Knabe, Elke

Veröffentlichungsversion / Published Version
Gutachten / expert report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Özer, C., & Knabe, E. (2009). *Expertise "Verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen"*. Bielefeld: MOZAIK gemeinnützige Gesellschaft für interkulturelle Bildungs- und Beratungsangebote mbH; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-259896>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Expertise

„Verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen“

im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

Mai 2009

erstellt von

M O Z A I K

gemeinnützige Gesellschaft für Interkulturelle
Bildungs - und Beratungsangebote mbH

Cemalettin Özer

MOZAIK gemeinnützige Gesellschaft für Interkulturelle Bildung

Elke Knabe



p r o f i l

Büro für Integrationsarbeit

Impressum

Ansprechpartner:

Dipl.-Ing. Cemalettin Özer (MOZAIK gGmbH)

Herausgeber:

M O Z A I K
gemeinnützige Gesellschaft für Interkulturelle
Bildungs - und Beratungsangebote mbH

Herforder Str. 46
33602 Bielefeld
Tel.: 0521/96 68 2-0
Fax: 0521/96 68 2-19
e-mail: oezer@mozaik.de
online: www.mozaik.de

Auftraggeber und Projektförderer:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Text:

Elke Knabe (Fa. Profil)
Cemalettin Özer (MOZAIK gGmbH)

© Juni 2009

Inhaltsverzeichnis

1.	Auf ein Wort: Zitate und Statements	4
2.	Kontext und Auftrag: Migrant*innenorganisationen als Akteure der Integrationsförderung	5
3.	Basis-Recherche: Migrant*innenorganisationen vor Ort	7
4.	Kurzumfrage	9
4.1	Auswertung der Kurzumfragen	10
5.	Beispiele	13
5.1	Elmshorn	14
	Jede Menge Aktion – spannende Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche stoppt Vandalismus	14
	Die Rolle von Migrant*innenorganisationen bei der Integrationsarbeit	15
	Einwandererbund Elmshorn	16
	Weiterführende Informationen	17
5.2	Ratingen	18
	Kinder und Frauen brauchen Unterstützung – der türkische Elternverein e.V. Ratingen	
	Fast familiär – Integrationsarbeit in Ratingen	
	Weiterführende Informationen	
5.3	Essen	24
	Einer für alle – Essener Verbund der Immigrant*innenvereine als Mittler	24
	Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen – einer der Vorläufer kommunaler Integrationsarbeit	28
	Verbund der Immigrant*innenvereine – Mittler zwischen deutschen Institutionen und Migrant*innenorganisationen	29
	Weiterführende Informationen	30
5.4	Frankfurt am Main	31
	Einfach helfen – die Afrikasprechstunde im Frankfurter Gesundheitsamt entwickelt sich zur Internationalen Humanitären Sprechstunde	31
	Die Rolle von Migrant*innenorganisationen in der Frankfurter Integrationspolitik (Aus dem Integrationsbericht 2005 der Stadt Frankfurt am Main.)	34
	Maisha e.V. – Selbsthilfeorganisation afrikanischer Frauen in Deutschland	35
	Weiterführende Informationen	36
5.5	Chemnitz	37
	Beratung im Verein – Brücken zu den kommunalen Ansprechpartnern bauen	37
	Stadt Chemnitz – Strukturen und kommunale Netzwerkarbeit zur Förderung der Integration	38
	Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz	41
	Weiterführende Informationen	42
5.6	Stuttgart	42
	Kultur pur – das Deutsch-Türkische Forum bietet hochwertiges türkisches Kulturprogramm und mehr	42
	Stuttgarter Bündnis für Integration	46

	Weiterführende Informationen	49
6.	Anlagen	50
6.1	Kurzumfrage	50
6.2	Recherche-Quellen, Studien, Expertisen	54
	Migration / Integration und Stadtteilpolitik	54
	Zuwanderer in der Stadt	55
	Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten	56
	Das Programm Soziale Stadt.....	57
	LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke.....	60
	Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik.....	60
	Auf Augenhöhe. Integration zum kommunalen Thema machen.....	63
	Beispiel Rheinland-Pfalz:.....	64
	Beispiel Nordrhein-Westfalen	67
	Projektbeispiel Bielefeld:.....	69

1. Auf ein Wort: Zitate und Statements

„Das Engagement von Menschen aus Zuwandererfamilien in Vereinen, Verbänden, Organisationen und Institutionen der Aufnahmegesellschaft sowie in Migrant*innen- und Migrant*innenorganisationen bereichert unsere vielfältiger werdende Gesellschaft. Engagement braucht aber auch Anerkennung und gezielte Förderung. Der Bund wird hierzu seine Politik stärker auf die Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Migrant*innen und Migrant*innen sowie deren Organisationen ausrichten“.

Selbstverpflichtung des Bundes
im „Nationalen Integrationsplan“, 2007, S.20

„Fortschreitende Globalisierung und weltweite Migration haben unsere Gesellschaft tiefgreifend verändert. Dieser Prozess stellt große Anforderungen an Politik und Gesellschaft. Wir alle sind beteiligt und gefordert. Wir brauchen mutige Menschen, die kulturelle Vielfalt als Chance begreifen und sich für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland engagieren. Deshalb freue ich mich über die Initiative der Bertelsmann Stiftung, den Beitrag der Organisationen von Zuwanderer*innen und Zuwanderern für die Integration herauszustellen und zu stärken. Junge Menschen, die hier Verantwortung übernehmen, sind wichtige Brückenbauer für Integration.“

Prof. Dr. Rita Süssmuth
Bundestagspräsidentin a. D.
Schirmherrin des Leadership-Programms der Bertelsmann Stiftung

„Migrant*innenorganisationen übernehmen wichtige Mittler- und Brückenfunktionen, tragen zur Identitätsstärkung ihrer Mitglieder bei, helfen Einwanderern, sich in die neue Gesellschaft einzuleben und soziale Netzwerke aufzubauen, sind wichtige Berater für Institutionen und Politik und leisten wichtige soziale und pädagogische Arbeit und beeinflussen die Meinungs- und Willensbildung sowie die soziale Orientierung der Zuwanderer.“

Nurhayat Canpolat,
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (AGARP)

„Gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten ist ein Prozess, der vor allem die Unterstützung und Qualifizierung von Migrant*innenorganisationen erfordert. Der Bund wird fachliche Hilfe für Migrant*innenorganisationen als Träger von Projekten anbieten und hierfür die Bildung von Netzwerken von Migrant*innenorganisationen unterstützen. „

(Nationaler Integrationsplan, 2007, Seite 20-21)

2. Kontext und Auftrag: Migrantorganisationen als Akteure der Integrationsförderung

Das Handlungsfeld gesellschaftliche Integration ist eines von vier Handlungsfeldern im bundesweiten Integrationsprogramm, welches das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Auftrag des Bundesministerium des Inneren (BMI). Die Bearbeitung steht hier unter dem Leitthema „gesellschaftliche Teilhabe stärken“; im Ergebnis sollen daher Empfehlungen gegeben werden, um Potenziale von Migrantinnen und Migranten stärker zu nutzen und zu fördern.

Die Landschaft der Integrationsförderung zeigt, dass Zugewanderte auch Gestalter beziehungsweise Anbieter und nicht ausschließlich Empfänger von Integrationsangeboten sind – dies gilt vor allem für Migrantorganisationen (MO). Diese Vereine kennzeichnet in aller Regel, dass sie Migrantengruppen vor Ort besser erreichen als etablierte Maßnahmen-Träger und zudem passgenaue Angebote bereitstellen, weil die Bedarfslage aus eigenen Erfahrungen bekannt ist. Oft wird das Engagement der Mitglieder in Migrantorganisationen auf ehrenamtlicher Basis geleistet, eine entsprechende gesellschaftliche Anerkennung der Aktivitäten ist eher die Ausnahme.

Um praxisnahe Handlungsempfehlungen zur Stärkung von Migrantorganisationen zu entwickeln, sollten im Rahmen der vorliegenden Expertise gute Beispiele recherchiert werden, bei denen die Potenziale der Vereine vor Ort (an)erkannt und durch die Kommune gefördert werden. Die Kooperationen wurden wie folgt definiert:

- § Direkte, verbindliche Kooperationen einer oder mehrerer kommunaler Einrichtung(en) mit einer oder mehreren Migrantorganisation(en), vor allen solche, die Ressourcen von Migrantorganisationen erkannt und anerkannt haben und diese stärker für die Integrationsarbeit in der Kommune einsetzen möchten.
- § Für diese Zusammenarbeit müssen nicht zwingend kommunale Mittel eingesetzt werden, auch entsprechende Förderungen aus Landes- und Bundesmitteln, die durch die Kommunen weitergeleitet werden, gehören zu den gesuchten Partnerschaften; allerdings zählen direkte Zuwendungen von Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln an MO nicht zu den gesuchten Partnerschaften, auch dann nicht, wenn MO von sich aus mit Kommunen kooperieren.
- § Das Ziel der gesuchten Kooperation ist Integrationsförderung bzw. integrationsfördernde Wirkung. Sofern Regelangebote wie Integrationsfachdienste, Migrations- oder Gesundheitsberatungen in Trägerschaften von MO diese Wirkung erzielen, gehören sie zu den gesuchten Partnerschaften.
- § Gesprächskreise und runde Tische gehören nur dann zu den gesuchten Partnerschaften, wenn sie die Umsetzung direkter Kooperationen zum unmittelbaren Ziel haben.
- § Weiterbildungsangebote für Migrantorganisationen, Förderung von Netzwerkaufbau und Integrationskonzepte von Kommunen gehören nicht zu gesuchten Beispielen.

Insgesamt fehlt zu solchen Kooperationen zwischen Kommunen und Migrantenorganisationen ein vergleichender Überblick über Formen der Zusammenarbeit, über Ziele und Nutzen der Kooperationen, über deren Auswirkungen auf Teilhabe von Migrantenorganisationen bei der Integrationsförderung sowie auf interkulturelle Öffnungsprozesse aller Beteiligten. Durch eine exemplarische Recherche von Beispielen der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und MO, soll sowohl auf das Know-how der Vereine als auch auf die Erfahrungen der Kommunen in diesem Aspekt der Integrationsförderung zurückgegriffen werden. Folgende Fragestellungen waren dabei zentral:

- § Welche Formen der Zusammenarbeit von Kommune und Migrantenorganisationen gibt es bereits?
- § Welche Ressourcen der jeweiligen Migrantenorganisation werden genutzt?
- § Welche Maßnahmen und Aktivitäten der Migrantenorganisationen werden durch Kommunen finanziert bzw. unterstützt und welche Ziele werden damit verfolgt?
- § Falls ermittelbar, sind auch Förderbudget sowie -auflagen und die Verwendung der Fördergelder von Interesse.
- § Welche konkreten Ergebnisse der Kooperationen, Projekte oder Fördermaßnahmen sind zu verzeichnen – das können Erfolge sein, aber auch Misserfolge aus denen man lernen kann?
- § Können Auswirkungen auf interkulturelle Öffnungsprozesse der Beteiligten festgestellt werden?
- § Welche Erfolgs- bzw. Misserfolgskriterien können für eine Zusammenarbeit bzw. für die Projektdurchführung ausgemacht werden? Welche Rahmenbedingungen sind für eine erfolgreiche Zusammenarbeit notwendig?
- § Inwiefern können die guten Beispiele der Kooperationen bzw. der Projekte auf andere Kommunen übertragen werden?

Darüber hinaus war von Interesse, ob Kommunen im Zuge solcher Kooperationen spezifische Förderprogramme für Migrantenorganisationen einsetzen. Falls solche Programme ermittelt werden konnten, sollte darauf eingegangen werden, welche Fördermodelle mit welchem Ziel eingeführt wurden – etwa eine strukturelle Förderung zur Organisationsentwicklung, eine Anpassung der Projektförderrichtlinien an die Engagementbedingungen von Migrantenorganisationen, die Einrichtung von Beratungsstrukturen für MO oder die Unterstützung von Netzwerkstrukturen. Schließlich sollten im Fall von Projektförderungen im Rahmen der recherchierten Kooperationen auch die Trägerkriterien untersucht werden.

Expertise-Thesen

Ausgangs-Thesen der zu erstellenden Expertise waren, dass Migrantenorganisationen als Projekt- oder Maßnahmenträger im Auftrag von Kommunen derzeit noch die Ausnahme sind, obwohl durchaus gewünscht wird, dass sie am Integrationsgeschehen mitwirken. Die Ursachen für die ausbaufähige Partizipation sind vielfältig, folgend sind drei wesentliche genannt: Erstens sind aktuell Trägerkriterien oder Förderbedingungen so gewählt, dass MO selten partizipieren können. Zweitens sind MO oft nicht in den entsprechenden Netzwerken involviert, sodass sie nicht rechtzeitig von Ausschreibungen oder Fördermöglichkeiten erfahren. Und drittens sind viele MO oft (noch) nicht so

professionell aufgestellt, dass sie mit etablierten Trägern wie Wohlfahrtsverbänden konkurrieren können. Andererseits haben Migrantenorganisationen eine Schlüsselrolle inne, um vor Ort die jeweiligen Migranten-Communities zu erreichen. Deshalb werden sie vielfach im Zuge von Projekten Dritter quasi als Türöffner einbezogen – oft auf ehrenamtlicher Basis. Das heißt, es wurde erkannt, dass Migrantenorganisationen in Stadtteilen und Kommunen eine wichtige Arbeit leisten, und nun gilt es, dies auszubauen. Bei entsprechenden Kooperationen betreten jedoch sowohl MO als Kommunen oft Neuland, deshalb ist es wichtig, Erfolgs- ebenso wie Misserfolgskriterien zu identifizieren und beiden Partnern an die Hand zu geben. Schließlich soll eine solche Expertise auch in der Öffentlichkeit und in Regelinstitutionen dazu beitragen, das Bild von Migrantenorganisationen als bittstellenden, unterstützungswürdigen Vereinen zurechtzurücken, denn MO sind – oder könnten zumindest – wichtige Partner für die Integrationsarbeit vor Ort sein.

Rechercheverlauf

Die Expertisenerstellung erfolgte in drei Phasen. In einer ersten Phase wurde recherchiert, ob bereits Studien, Expertisen oder Berichte zu verbindlichen Kooperationen von Migrantenorganisationen vorliegen. Ermittelte Multiplikatoren oder Indizien, die auf gesuchte Beispiele hindeuteten, wurden festgehalten und in Phase zwei angefragt. Hier wurden mit einem erstellten Kurz-Umfragebogen identifizierte Partner von Kooperationen gebeten, die Eckdaten der Zusammenarbeit zu skizzieren. Die Kurzanfrage wurde zudem den vorab genannten Multiplikatoren zugesandt, um gegebenenfalls von dort weitere Kontakte zu erhalten, die in die Kurzumfrage einzubeziehen wären. Der Rücklauf der Kurzumfrage wurde ausgewertet und nach vorab definierten Kriterien – wie regionale Verteilung, Kommunen unterschiedlicher Größe und Charakteristika, verschiedene Themenbereiche, verschiedene Ethnien und verschiedene Kooperationsformen – wurden Beispiele für Kooperationen ausgewählt, deren Partner in Phase drei anhand von leitfadengestützten Interviews ausführlich befragt und porträtiert wurden.

3. Basis-Recherche: Migrantenorganisationen vor Ort

Die Zahl der in Deutschland tätigen Migrantenorganisationen ist bislang nicht flächendeckend erhoben worden. Eine Annäherung bietet die Erfassung durch das Bundesausländervereinsregister, das alle Vereine ausländischer Drittstaatsangehöriger in Deutschland registriert; die neuesten veröffentlichten Daten stammen aus 2001 und sind mit 16.000 bundesweit angegeben¹. Hinzu zu zählen sind alle Organisationen von Migrantinnen und Migranten aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie die Organisationen und Initiativen, deren Vorstand bzw. Mitgliedschaft nicht überwiegend aus ausländischen Staatsangehörigen gebildet wird und die daher nicht als Ausländervereine erfasst werden. Die bisher einzige Vollerhebung von Migrantenorganisationen wurde 1999 in Nordrhein-Westfalen durch das Zentrum für Türkeistudien und

¹ Hunger, Uwe (2005): Ausländervereine in Deutschland – Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters, in: Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbsthilfe – Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg i.Br.

das Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Auftrag der Landesregierung durchgeführt und ermittelte über 2.200 Organisationen.²

Kenntnisse über Einsatzfelder von Migrantenorganisationen sind detaillierter vorhanden, wenn auch nicht repräsentativ belegt. So engagieren sich auch MO neben den traditionellen anerkannten deutschen Trägern in der Integrationsförderung von Zugewanderten, einige schon seit Jahrzehnten und mit guten Erfolgen. Neben den in Westdeutschland bekannten klassischen herkunftshomogenen (Kultur-)Vereinen wurden in den letzten Jahren zahlreiche neue, zum Teil auch heterogene Vereine gegründet, die Integrationsförderung sogar als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte definieren. Gerade in Ostdeutschland ist derzeit eine steigende Bereitschaft zur Selbstorganisation zu beobachten. Insbesondere im letzten Jahrzehnt sind zudem zahlreiche Migrantinnenorganisationen entstanden, um Frauen und Familien mit Migrationshintergrund zu beraten, weiterzubilden oder anderweitig zu unterstützen. Auch Religionsgemeinschaften agieren vor Ort zunehmend im Bereich Integrationsförderung. Allen Aktivitäten gemein ist, dass Hilfe zur Selbsthilfe stets eine entscheidende Rolle spielt.

Migrantenorganisationen werden zunehmend als Experten für die bedarfsgerechte Ausrichtung der Integrationsangebote von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern herangezogen. Eine gleichberechtigte Einbeziehung, Nutzung und Anerkennung der Kompetenzen von Migrantenorganisationen bei der Gestaltung von Integrationsangeboten sowie eine systematische Stärkung von MO als Akteure der Integrationsförderung findet gegenwärtig jedoch erst punktuell und nicht programmatisch umfassend statt. Migrantenorganisationen sind ganz überwiegend – insbesondere auf lokaler Ebene – ehrenamtlich organisiert und verfügen nur vereinzelt über hauptamtliche Strukturen. Eine Ausnahme bilden hier die wenigen, deutschlandweit organisierten Dachverbände. Das vielfältige Engagement von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen findet weitgehend außerhalb des Blickfeldes der Öffentlichkeit ohne Migrationshintergrund statt.

² MASSKS Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (Hrsg.) (1999): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW: wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf.

4. Kurzumfrage

Im Zuge der Basisrecherche wurden 41 Kontakte gefunden, die nach vorliegendem Recherchestand Partner einer gesuchten Kooperation zu sein schienen. Dies wurde im Rahmen einer standardisierten Kurzanfrage überprüft und zudem sollten auf diesem Wege die entscheidenden Eckdaten ermittelt werden, um im Anschluss Beispiele auszuwählen, die ausführlich porträtiert werden sollten. Fakten, die im Rahmen dieser Kurzumfrage erhoben wurden, waren insbesondere:

- § Partner der Kooperation
- § Initiator der Kooperation
- § Ziel / Zweck der Kooperation
- § Thematische Einordnung der Zusammenarbeit, wie Gesundheit, Arbeit, besondere Zielgruppen
- § Charakteristika der Kooperation, wie Innovativität, Transferierbarkeit
- § Informationen zur Situation vor Ort, z.B. Migrantenanteil, Arbeitslosenquote
- § Finanzierung sowie gesetzlich Grundlage der Förderung
- § besondere Förderkriterien für Migrantenvereine
- § Finanzbudget
- § Dauer / Laufzeit

Die Formular der standardisierten Kurzumfrage liegt als Anlage 1 bei.

Mit der Kurzumfrage wurden die folgenden Kommunen erfasst, in manchen Fällen wurden in einer Kommune mehrere Institutionen und Vereine kontaktiert:

- | | |
|--------------------------|-------------------------------|
| § Halle (Saale) | § Essen (2 Adressen) |
| § Dessau | § Dinslaken |
| § Chemnitz (2 Adressen) | § Duisburg (4 Adressen) |
| § Berlin (2 Adressen) | § Rheine |
| § Rostock | § Bonn |
| § Paderborn | § Mainz |
| § Bielefeld (2 Adressen) | § Koblenz |
| § Magdeburg (3 Adressen) | § Frankfurt a.M. (2 Adressen) |
| § Ratingen | § Mannheim |
| § Wuppertal (2 Adressen) | § Stuttgart (2 Adressen) |
| § Solingen | § Germersheim |
| § Dortmund (2 Adressen) | § München (2 Adressen) |
| § Lünen | § Nürnberg (2 Adressen) |

Von den 41 angefragten Kontakten sendeten 16 einen ausgefüllten Fragebogen zurück, weitere sieben der Ansprechpartner gaben telefonisch oder per E-Mail Antwort und lieferten zum Teil generell Informationen zu Kooperation mit Migrantenorganisationen. Bei den Letztgenannten handelte es sich um kommunale Vertreterinnen und Vertreter, in der Regel die Integrationsbeauftragten der jeweiligen Kommunen. Dies betrifft die Städte Halle, Berlin, Magdeburg, Frankfurt a.M., Stuttgart, München und Nürnberg.

Insgesamt konnte daher eine Rücklaufquote (23) von über 50 Prozent erreicht werden, ein guter Wert angesichts ähnlicher Umfragen, die im Kapitel Basisrecherche genannt sind. Dies gelang allerdings nur durch mehrmaliges Nachfragen per E-Mail und per Telefon. Mehrfach wurde von den Kontaktpersonen in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sehr häufig derartige Umfragen an sie gerichtet würden – es wäre der Sache daher dienlich, wenn die Möglichkeit bestünde, dass die jeweiligen Auftraggeber – meist Bundesministerien oder ihnen angeschlossene Bundesämter bzw. -institute – sich diesbezüglich abstimmen könnten.

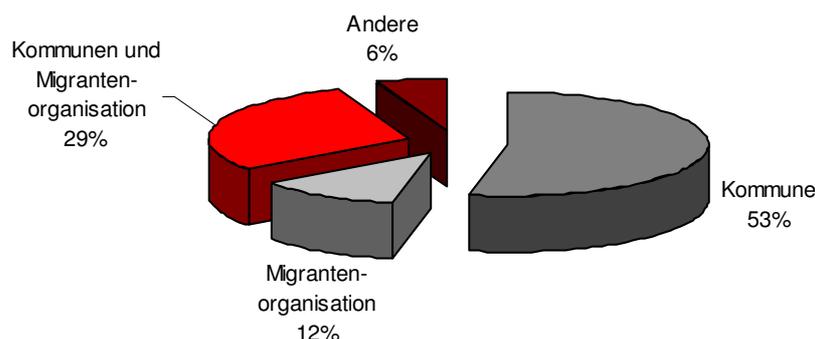
4.1 Auswertung der Kurzumfragen

Mit der Kurzumfrage wurden Kooperationen in folgenden Kommunen erfasst:

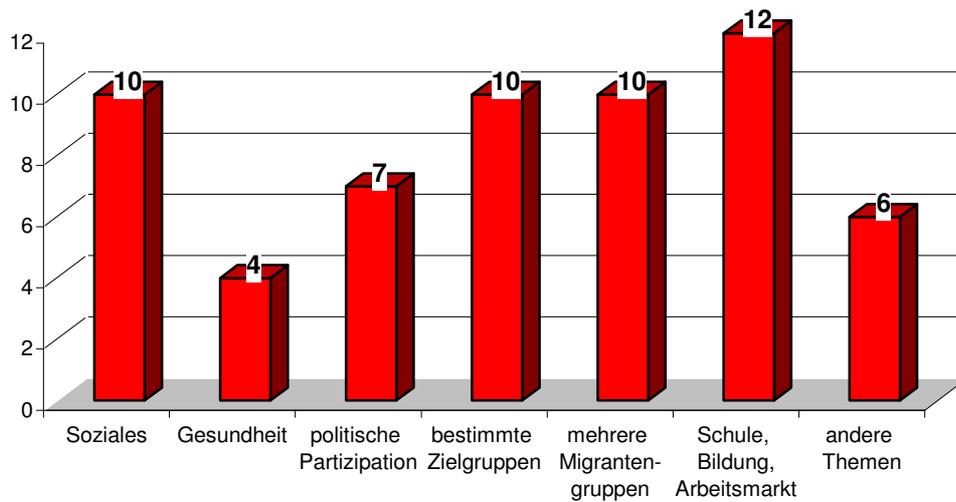
- | | |
|--------------------|---------------------------------------|
| § Chemnitz | § Essen |
| § Elmshorn | § Duisburg (2 mal) |
| § Paderborn | § Frankfurt a.M. |
| § Bielefeld | § Germersheim |
| § Ratingen | § Unterschleißheim (über München) |
| § Wuppertal | § Öpfingen (über Dachverband in Bonn) |
| § Solingen | |
| § Dortmund (2 mal) | |
| § | |

Die Kurzumfrage ermittelte zunächst grundlegende Informationen zur Kooperation, nämlich auf wessen Initiative die Zusammenarbeit begann und welches Themenfeld überwiegend bearbeitet wird und was die Situation vor Ort kennzeichnet.

Von wem wurde die Kooperation initiiert?

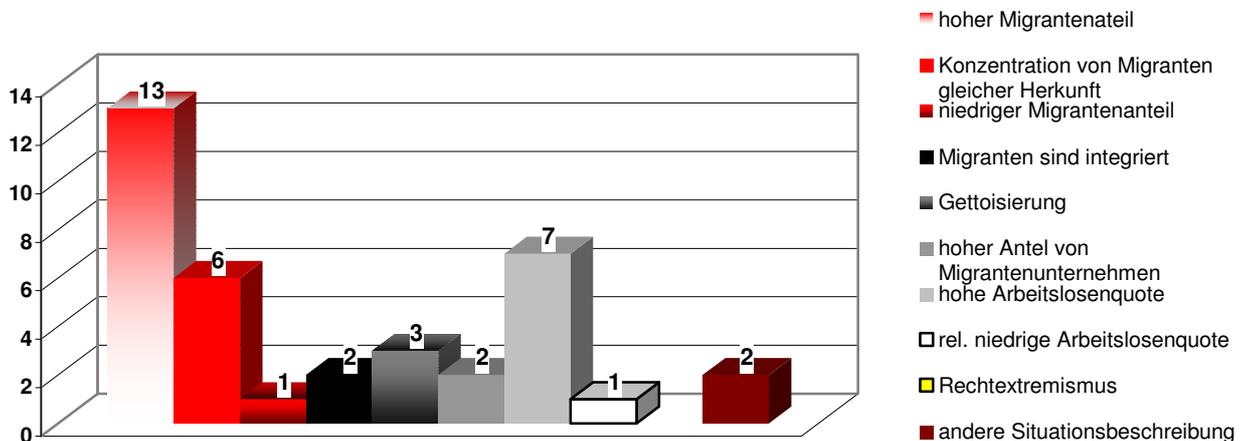


Welchem der folgenden Themen würden Sie Ihre Zusammenarbeit zuordnen?
(Mehrfachnennung möglich)



Zu anderen Themen wurden Kultur und Freizeitbeschäftigung, Integrationsarbeit, Unterstützung der Partnerschaften zwischen Migrantenorganisationen und anderen Institutionen sowie Empowerment genannt.

Welche der nachfolgend genannten Stichworte würden Sie für die Vor-Ort-Situation Ihrer Kooperation als zutreffend beschreiben?
(Mehrfachnennung möglich)



Unter „andere Situationsbeschreibung“ wurde genannt:

Die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen ist ein selbstverständlicher Bestandteil der Integrationsarbeit.

Schwierige Bildungs- und Berufsausbildungssituation.

Zur Finanzierung der Kooperationen mit Migrantenorganisationen wurden nach vorliegenden Informationen unterschiedlichste Fördertöpfe eingesetzt, was schon darin begründet ist, dass die Zusammenarbeit in verschiedensten Themenbereichen stattfindet und auf

entsprechende Budget zurückgegriffen wird. In einigen Kommunen existieren besondere Förderprogramme, zu denen ausschließlich Migrantenorganisationen Zugang haben, wie bei der Integrationsbeauftragten von Ratingen oder im Kulturamt der Stadt Stuttgart. Solche Fördergelder beziehen sich meist auf Mikroprojekte bzw. auf Veranstaltungsförderung und belaufen sich auf maximal 2-3000 € je Verein – dabei kann sich dieser Betrag durch Förderbeträge verschiedener Einzelveranstaltungen aufsummieren. Andere Kommunen unterstützen Migrantenorganisationen, indem Räume in städtischen Gebäuden kostenlos zur Verfügung gestellt werden. In ganz unterschiedlicher Höhe fallen institutionelle Förderungen von MO aus, so erhält beispielsweise das Deutsch-Türkische-Forum Stuttgart 100.000 € pro Jahr vom Kulturamt, der Verbund der Immigrantenvereine in Essen wird vom RAA / Büro für interkulturelle Angelegenheiten mit 37.900 € im Jahr gefördert oder die Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz erhält vom Sozialamt 22.000 € für eine Beratungsstelle. Institutionelle Förderung wird dabei durchaus unterschiedlich definiert, in aller Regel ist damit ein bestimmter Auftrag der Kommune an die Migrantenorganisation verbunden mitunter sind diese Förderung auf eine ganz spezifische Tätigkeit des Vereins, beispielsweise eine Beratungsangebot gekoppelt.

Zudem werden Fördergelder aus Landes-, Bundes- und EU-Programmen über Kommunen an Migrantenorganisationen weitergegeben. Hier sind insbesondere zu nennen:

- § das bundesweite Programm „LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke“, das vom Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert wird,
- § das Programm „KOMM-IN – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit“, mit einer Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Ebenso unterschiedlich wie die gesetzlichen Grundlagen zur Förderung und die eingesetzten Fördertöpfe ist die Höhe der jeweiligen Förderung. Im Rahmen der Kurzumfrage reichte der genannte Förderrahmen von 5.000 € über einen Zeitraum von zwei Jahren bis hin zu 3,2 Millionen € über einen Förderzeitraum von drei Jahren, der sich aus dem EU-Programm URBAN und kommunalen Mitteln zur Stadterneuerung zusammensetzte und letztendlich für den Bau einer Begegnungsstätte (Moschee) eingesetzt wurde.

Eine komplette Übersicht der ausgewerteten Kurzumfragen ist in Anlage 2.

5. Beispiele

Um aus den rund 20 verfügbaren Kooperationen, die in der Kurzumfrage ermittelt wurden diejenigen auszuwählen, die ausführlich porträtiert werden sollten wurden verschiedene Auswahlkriterien zugrundegelegt. In erster Linie sollten diese Beispiele aus verschiedenen Themenbereichen kommen. Die entsprechend abgefragten Kategorien waren Arbeitsmarkt; Soziales, Gesundheit, Politische Partizipation, spezielle Zielgruppen (Frauen, Senioren, Jugend), verschiedene Migrantengruppen. In zweiter Linie sollen die Beispiele definierten Good-Practice-Kriterien entsprechend, wie innovative Ansätze, gleichberechtigte Kooperationen, gemeinsame Entscheidungsfindung, Nachhaltigkeit, Transferierbarkeit. In dritter Linie schließlich sollten unterschiedlich große und Migrantenorganisationen mit verschiedenen Organisations- und Professionalisierungsgraden dabei sein sowie und verschiedene Regionen berücksichtigt - also eine Großstadt, eine Kleinstadt, ein ländlicher Raum, ein Stadtstaat, neue und alte Bundesländer etc.

Unter den sechs Beispielen sind die Themen Jugendarbeit, Elternarbeit, Gesundheit, Integrationsberatung für eine spezielle Zielgruppe, Kultur und Fortbildung bzw. Professionalisierung von Migrantenorganisationen erfasst. Die Kooperationen zeichnen sich durchweg durch erfolgreiche Arbeit aus, manche Ansätze sind in dieser Form einmalig und alle Kooperationsformen sind transferierbar, allerdings gilt es in aller Regel dabei entsprechende Voraussetzungen zu erfüllen. Vom Verbund der kommunalen Migrantenorganisationen bis zum kleinen Verein sind MO in verschiedenen Größen und unterschiedlicher ethnischer bzw. multikultureller Ausrichtung dabei. Einzig bei der regionalen Auswahl mussten Abstriche gemacht werden, so sind die neuen Bundesländer mit nur einem Vertreter – der Stadt Chemnitz – unterrepräsentiert, ein Stadtstaat ist nicht in der Auswahl und eine Kooperation in einer ländlichen Region wurde ebenfalls nicht gefunden.

Die nachfolgenden porträtierten Beispiele bestehen in aller Regel aus je einem Textbaustein, der

- § die Kooperation beschreibt,
- § die Rolle der Migrantenorganisationen bei der Integrationsarbeit der Stadt generell darstellt
- § die Migrantenorganisation porträtiert.

In zwei Fällen war zwischen den Tätigkeiten der Migrantenorganisationen im allgemeinen und den Aktivitäten, die durch die Kommune gefördert wurden, kaum zu trennen, sodass die letzten beiden der oben genannten Textbausteine zusammengefasst wurden. Ein Infokasten gibt bei allen Beispielen einen Überblick zur Kooperation.

5.1 Elmshorn

Jede Menge Aktion – spannende Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche stoppt Vandalismus

Auf dem Schulhof der Friedrich-Ebert-Schule (FES) ist immer was los: Basketball, Fußball, Roller Race, Tischtennis, Klettern, Rollen- und Wissensspiele, Basteln, Waveboarding, Hürdenspiele oder Kinderolympiaden sind nur eine Auswahl dessen, was Kindern und Jugendlichen aus dem Elmshorner Stadtteil Nordwest und Umgebung hier nachmittags geboten wird. Jeden Tag kommen 20 bis 70 junge Menschen hierhin, die aus 19 verschiedenen Nationen stammen, und haben gemeinsam viel Spaß. Das war nicht immer so. „Bevor das Projekt „Jugendarbeit FES“ im Januar 2008 startete, hatten wir im Stadtteil Nordwest, der durch einen hohen Migrantenanteil geprägt ist, viele Probleme mit Vandalismus, mitunter

musste die Polizei anrücken, um die Jugendlichen in ihre Schranken zu weisen“, berichtet Dr. Brigitta Fronzek, die Bürgermeisterin von Elmshorn. Unter der Trägerschaft des Einwandererbunds e.V. wurde eine offene, pädagogische Freizeitgestaltung eingerichtet, die Begleitung, Beschäftigung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen auf dem Schulhof der Friedrich-Ebert-Schule anbietet – auch Eltern sind einbezogen, indem Kontakte geknüpft und Gespräch geführt werden. Bürgermeisterin Fronzek: „Seitdem sind die Probleme mit den Jugendlichen beseitigt, das ist ein gutes Beispiel für gelungene Integrationsarbeit mithilfe einer Migrantenorganisation und zudem ist die Durchführung für die Stadt sehr kostengünstig.“ Elmshorn fördert das Jugendangebot mit einer halben pädagogische Stelle in Höhe von 19.000 €, die Stadtparkasse steuert 5.000 € bei und zudem stehen die Räumlichkeiten der Schule kostenlos zur Verfügung. „Die Räume nutzen wir aber nur bei sehr schlechtem Wetter“, betont Hayri Öznarin, Gründer des Einwandererbunds, „die jungen Menschen müssen raus und sich austoben können“. Weitere finanzielle Unterstützung bekommt das Projekt von drei Geldinstituten und dem Kriminalpräventivenrat Schleswig-Holstein. „Wichtig für den Erfolg sind auch die Kooperationen und die Netzwerkarbeit“, erläutert Öznarin. So werden gemeinsam mit der nahe gelegenen Hauptschule Koppeldamm im Rahmen einer AG junge Menschen zu Schulhofbetreuer-Assistenten ausgebildet, die jeweils einmal wöchentlich in einer der Schulen mithelfen. Das unterstützt den Projektleiter und stärkt die Kompetenz der jungen Menschen. Eine Ideenwerkstatt, eine mehrtägige Kinderolympiade, Stadtteilstern, Aktionen zum Weltkindertag oder Workshops zur Interkulturellen Begegnung sind weitere Angebote, die das Projekt ge-

Die Kooperation im Überblick

Initiator:	Migrantenorganisation
Hauptthema:	Kinder-/Jugend- und Elternarbeit
Förderobjekt:	Regelangebot für bestimmte Zielgruppe, mehrere Migrantengruppen
Kooperationsart:	Umsetzung durch MO mit Partnern, finanzielle Unterstützung der Kommune
Involvierte Partner:	eine MO, diverse Partner
Dauer:	langfristig, Ende offen
Art der Förderung:	a) Projektförderung: Personalkosten des MO-Mitarbeiters und Räume für Regelangebot b) Institutionelle Förderung: Miete und Betriebskostenzuschuss
Förderbudget:	a) Projektförderung: 19.000 € / Jahr b) institutionelle Förderung: 12.200 € / Jahr
Charakteristika	neuer Ansatz, nachhaltig, bedingt transferierbar

meinsam mit Partner durchführt. Langweilig wird es rund um den Schulhof der Friedrich Ebertschule niemandem mehr. Ein Modell das Schule machen kann, wenn vor Ort ein vergleichsweise gut organisierter Verein existiert und mitarbeitet.

Institutionelle Förderung

Die Förderung der Jugendarbeit in der FES ist nicht die einzige Kooperation zwischen der Kommune und der Migrantenorganisation (MO) – der Einwandererbund erhält darüber hinaus auch institutionelle Förderung. Bereits seit 1996, ein Jahr nach der Vereinsgründung, stehen stadteneigene Räume zur Verfügung für die keine Mietzahlungen erfolgen. Inzwischen hat die MO zwölf Räume mit einer Fläche von insgesamt 400 Quadratmeter über einer Turnhalle mitten im Stadtzentrum bezogen, was einer geldwerten Unterstützung von 8000 € gleichkommt. Aktuell erhält der Einwandererbund zudem jährlich 3000 € für Integrationsarbeit sowie einen Betriebskostenzuschuss von 1200 €. „Der Zuschuss ist variabel und von der Haushaltslage der Stadt abhängig“, erklärt Dr. Brigitta Fronzek, „Vereine zu unterstützen, indem wir ihnen städtische Räume mietfrei überlassen, ist für die Kommune einfacher langfristig zu leisten“. Auch andere Projekte haben diverse Ämter von Elmshorn bereits mit dem Einwandererbund angestoßen oder umgesetzt, wie die Jungenarbeit, die inzwischen vom Kreis Pinneberg gefördert wird. Hayri Öznarin ist optimistisch, dass dies so bleibt, denn er weiß, worauf es ankommt, wenn ein Verein Kooperationspartner der Stadt sein will:

1. Die Kommune muss einen festen Ansprechpartner haben.
2. Es gilt, das Vertrauen der Ansprechpartner bei der Stadt zu gewinnen.
3. Muss man absolut zuverlässig sein.
4. Es ist erforderlich die nötige Fachkompetenz zu haben.
5. Es ist wichtig, die Kontakte zu pflegen.
6. Muss man ehrlich sein und absolut transparent arbeiten.

Öznari: „Politik und Verwaltung müssen überschauen können, was im Verein passiert, es darf nicht einmal der Verdacht aufkommen, dass Gelder verschwendet oder zweckentfremdet eingesetzt werden, daher ist alles was der Einwandererbund macht, offen gelegt – alles kann im Internet eingesehen werden.“

Die Rolle von Migrantenorganisationen bei der Integrationsarbeit

Elmshorn hat weniger als 50.000 Einwohner, wovon etwa zehn Prozent einen ausländischen Pass haben. Schätzungsweise weitere acht Prozent der Bevölkerung sind Aussiedler. Für eine schleswig-holsteinische Kleinstadt ist das ein recht hoher Migrantenanteil, der vor allem auf die Bebauungsstruktur zurückzuführen ist, denn Elmshorn hat einen sehr großes Angebot an sozialem Wohnungsbau. „Die zahlreichen Einwohner mit Migrationshintergrund sind keinesfalls von Nachteil, denn eine kleine Stadt schafft eine viel größere Integrationsleistung als eine Großstadt, da es nicht so anonym zugeht“ erläutert die Bürgermeisterin Dr. Brigitta Fronzek. „Zudem hat es den Vorteil, dass unsere Bevölkerung im Durchschnitt viel jünger ist.“ Knapp 107.000 € stellt die Stadt beispielsweise im Jahr 2009 insgesamt für Integrationsarbeit zur Verfügung, ein Integrationskonzept existiert bis dato nicht, es gibt jedoch Bestrebungen, dies in Kooperation mit externen Experten zu erstellen zu lassen.

Partizipation von Migrantenorganisationen

Den größten Anteil der Förderung für Integrationsarbeit erhält die Diakonie vor Ort, die dafür die Ausländerberatung umsetzt und eine Kontaktstelle für Eltern ausländischer Schüler unterhält. Migrantenorganisationen (MO) werden für die Integrationsarbeit als wichtig angesehen, denn sie bieten vor allem den direkten Kontakt zu Migranten und eine erheblich bessere Kenntnis der internen Strukturen. Unterstützung von MO geschieht hauptsächlich über Projektförderung. Dr. Fronzek: „Dazu müssen die Vereine Vorschläge einreichen und das tun sie mehr oder weniger erfolgreich – während Wohlfahrtsverbände in der Regel sehr gut darin sind, stets über Ausschreibungen informiert zu sein und sehr schnell passende Angebote zu offerieren, kommen Migrantenorganisationen hier oft zu spät.“. Unter den Migrantenorganisationen in Elmshorn ist der Einwandererbund der einzige Verein, der da mithalten kann, weil Hayri Öznarin das Prinzip kennt und rechtzeitig mitbietet. Alle anderen ausländischen Vereine sind mit Vergabesystemen und der Antragstellung wenig vertraut und auch nicht den entsprechenden Informationsstrukturen angeschlossen. Die Bürgermeisterin schätzt, dass etwa zwölf Migrantenorganisationen in Elmshorn angesiedelt sind, so viele waren beim letzten Treffen mit allen Vereinen vertreten. Unter diesen meist religiösen oder kulturellen Migrantenorganisationen sind viele sehr kleine Vereine, bei denen Gründungen und Schließungen häufig vorkommen. Mikroprojekte, wie sie im Rahmen des ESF-Programms Lokales Kapital für Soziale Zwecke gefördert wurden, sind diesen kleinen Vereinen eine große Hilfe. Projektbudgets von 2-3000 € ermöglichten beispielsweise einem russischen Chor, die Noten zu erwerben, oder einer Vereinigung irakischer und türkischer Familien für das regelmäßige gemeinsame Kochen, die Zutaten zu erwerben und Schulküchen anzumieten.

„Soweit die Haushaltssituation dies zulässt, wäre der Ausbau der Kooperationen mit Migrantenorganisationen wünschenswert“, betont Dr. Franotzek. Allerdings solle dies möglichst gleichberechtigt geschehen, vielleicht sei ein weiteres Treffen diesbezüglich sinnvoll. „Wenn die Stadt einen Ansprechpartner hätte und die Vereine verfügbare Mittel untereinander so aufteilen würden, dass eine möglichst große Bandbreite von Maßnahmen erreicht wird – das wäre klasse“, sagt die Bürgermeisterin.

Einwandererbund Elmshorn

Der Einwandererbund Elmshorn wurde 1995 von Hayri Öznarin gegründet, damals unter dem Namen Türkischer Elternbund (TEB). Der Anlass: Migrantenkinder schnitten in der Schule meist schlecht ab, überwiegend besuchten sie die Hauptschule, nur 5-6 Prozent von machten Abitur. Hier fehlt eine Interessenvertretung, befand Hayri Öznarin und gründete den TEB mit nichts als einem Stapel Akten in der Tasche. Dies war nicht der erste Verein, den der engagierte Türke gegründet hatte und so machte er sich wieder einmal auf die Suche nach Sponsoren – vor allem bei der Stadt. „Da muss man hartnäckig bleiben“, weiß Öznarin, „wenn man mich zur Tür rausgeworfen hat, kam ich zum Fenster wieder rein, hat man mich zum Fenster rausgeworfen, kletterte ich durch den Schornstein“.

Auch heute noch ist das Hauptziel des Einwandererbunds die Situation der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Erziehungs- und Bildungsbereich zu verbessern und die Integration in die Gesellschaft zu beschleunigen. Der Ein-

wanderbund ist auch Gründungsmitglied der Förderation Türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED) und Mitglied der Parität Schleswig-Holstein. Inzwischen beschäftigt der Einwandererbund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 105 aktive Familien sind Mitglied und zudem sind 150 passive Mitgliedsfamilien verzeichnet. 19 verschiedene Nationalitäten sind unter den Mitgliedern vertreten, daher wurde auch der Name geändert in Einwandererbund e.V.. Im Zuge der Arbeit werden Menschen aus circa 40 verschiedenen Nationen betreut.

Die Angebotspalette der Migrantenorganisation ist umfangreich und bedingt eine intensive Vernetzung mit Regelinstitutionen – auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Zum Angebot gehören unter anderem:

- § Integrationskurse, gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF),
- § Migrationssozialberatung (MSB) an drei Orten in deutscher, türkischer, arabischer und englischer Sprache, gefördert durch das Land Schleswig-Holstein,
- § Einstiegs-Qualifizierung für Jugendliche (EQJ), gefördert von Agentur für Arbeit Elmshorn,
- § Arbeitsintegration, gefördert von der ARGE Elmshorn,
- § Frauenarbeit, gefördert von der Stadt Elmshorn, sowie Hilfen für Alleinerziehende,
- § Jungenarbeit, inzwischen gefördert vom Kreis Pinneberg, früher von der Stadt Elmshorn,
- § Jugendarbeit FES, gefördert von der Stadt Elmshorn, mit einer halben pädagogischen Stelle,
- § verschiedene Sprachkurse wie ein Deutschsprachkurs mit integrierter Hausaufgabenhilfe, ein Türkischkurs für Anfänger sowie türkische, armenische und arabische Muttersprachen- und Kulturschulen.

Zur Umsetzung seiner Angebote arbeitet Einwandererbund mit mehr als 50 Einrichtungen, Vereinen, Institutionen, Verbänden und Arbeitskreisen sowie mit Ämtern, Behörden und Ministerien zusammen – kommunal, regional und überregional. Hayri Öznarin unterstützt auch andere Migrantenorganisationen durch Informationsveranstaltungen, Schulungen oder Projektbegleitungen. „Wer Hilfe braucht und möchte, bekommt sie.“

Weiterführende Informationen

Koray Doğantekin (2008): „Jugendarbeit Friedrich-Ebert-Schule. Jahresbericht 2008“, 11 Seiten, Einwandererbund e.V. Elmshorn

5.2 Ratingen

Kinder und Frauen brauchen Unterstützung – der türkische Elternverein e.V. Ratingen

„Wenn Eltern die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, fällt es ihnen sehr schwer, sich für ihre Kinder einzusetzen – zum Beispiel in Schulen“, sagt Zeynep Ekinci, seit 2008 zweite Vorsitzende des türkischen Elternvereins in Ratingen. Ekinci wollte das ändern und dachte über die Gründung eines entsprechenden Vereins nach und so lief Zeliha Yetik, die Integrationsbeauftragte von Ratingen, bei ihr offene Türen ein, bei dem Versuch, sie zur Mitarbeit im Elternverein zu gewinnen. „Im Vorstand war keine einzige Frau“, erinnert sich Yetik, „ich habe mich dafür eingesetzt dies bei den nächsten Wahlen zu ändern, denn schließlich sind in der Regel Frauen diejenigen, die sich um Kindererziehung und Schule kümmern“.

Die Kooperation im Überblick

Initiator:	Kommune
Hauptthema:	Bildung
Förderobjekt:	besondere Förderrichtlinie / institutionelle Förderung
Kooperationsart:	Zusammenarbeit, finanzielle Unterstützung einzelner Maßnahmen auf Antrag
Involvierte Partner:	Stab der Integrationsbeauftragten; MO, Schulen
Dauer:	langfristig, Ende offen
Art der Förderung:	Antragstellung gemäß Sonderförderung, mietfreie Räume
Förderbudget:	32.000 alleinig für die Projektförderung aller MO im Rahmen der Förderrichtlinien
Charakteristika	neuer Ansatz durch speziellen Förderetat, transferierbar

Seit 1988 existiert der türkische Elternverein e.V. Ratingen, welcher überregional engagiert ist u.a. auch in der DITIB und im Elternnetzwerk NRW, das vom Integrationsbeauftragten Thomas Kufen initiiert wurde. Der Verein ist auch Mitglied der Förderung der Türkischen Elternvereinigungen in NRW e.V. – aber in Ratingen selbst, war die Migrantenorganisation bislang wenig aktiv. Seit den Neuwahlen Anfang 2008 sind nun auch 4 Frauen im siebenköpfigen Vereinsvorstand - erster Vorsitzender ist Dipl. Ing. Önder Sahin, zweite Vorsitzende ist Zeynep Ekinci. „Die Männer im Vorstand und im Verein akzeptieren uns, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind – es ist wie in einer Ehe: man hat ein gemeinsames Ziel, das Wohl der Kinder, und das verfolgt man mit Höhen und Tiefen bei der Zusammenarbeit“, berichtet Ekinci. Die „Ehe“ scheint zu funktionieren, denn seit 2008 hat sich die Mitgliederzahl des Vereins von 20 auf 40 Familien verdoppelt. Dies ist allerdings weniger auf die bloße Anwesenheit der Frauen im Vorstand zurückzuführen, sondern vielmehr auf die Aktivitäten des türkischen Elternvereins in Ratingen, die durch den neuen Vorstand initiiert wurden. „Zeynep Ekinci bricht mit den Vorurteilen, dass Frauen in türkischen Gesellschaften nichts zu sagen haben – und sie stößt auf Sympathie, sei es bei Migrantinnen und Migranten oder bei den Kommunalpolitikerinnen und -politikern“, erklärt die Rater Integrationsbeauftragte.

Zeliha Yetik unterstützt die Elternvereinigung wo es nur geht, beispielsweise indem städtische Räume mietfrei genutzt werden können. Weitere Fördermittel für alle Aktivitäten, mit denen sich der Verein für die Zielgruppe der türkischen Kinder und Frauen einsetzt, stammen aus den „Richtlinien zur Förderung der Migrantenvereine der Stadt Ratingen“ und werden beispielsweise für Hausaufgabenhilfe, für Elternseminare, Herkunftskulturveranstaltungen, Frauentreffen, Deutschkurse oder Nachbarschaftsfeste gewährt.

Den Schulerschluss mit den Schulen schaffen

„Eltern mit Migrationshintergrund kommen nicht zu den Elternabenden und kümmern sich auch sonst nicht um die Belange ihrer Kinder in den Schulen.“ Eine Aussage, die von Lehrkräften nicht selten zu vernehmen ist. „Ich bin mir sicher, dass diese Vorurteile in den seltensten Fällen begründet sind“, betont Yetik, „deshalb will ich sie ausräumen – und an den Stellen, wo diese Aussagen zutreffend sind, müssen wir etwas ändern“. Letztendlich will sie erreichen, dass Eltern mit Migrationshintergrund nicht nur an Elternabenden teilnehmen, sondern auch aktive Vertreter in die Elternpflegschaften werden. Das deckt sich mit dem Ziel des türkischen Elternvereins in Ratingen, der das Gespräch und Kontakte mit allen 25 Ratinger Schulen sucht. Ekinci: „Manche Schulen sind uns sehr entgegengekommen andere waren zurückhaltend, es hieß, es gäbe keine Probleme.“ Um die Brücke zwischen Elternhaus und Schule schlagen zu können, brauchen Mütter und Väter grundlegende Informationen, denn: „Wenn Eltern nicht verstehen, was passiert, wissen Sie auch nicht, wie zu helfen ist“, betont die stellvertretende Vorsitzende des Elternvereins. Welche Möglichkeiten haben Eltern beispielsweise den Schulempfehlungen der Grundschule zu widersprechen? Was kann man tun, wenn man feststellt, dass entgegen der Regelungen zum muttersprachlichen Unterricht – nur zwei statt fünf Stunden wie gesetzlich vorgeschrieben angeboten werden? „Türkische Eltern haben oft auch Angst etwas zu sagen, weil sie fürchten, ihre Kinder könnten Nachteile davon haben“, erklärt Ekinci, „es muss also ein Vertrauensverhältnis auf beiden Seiten aufgebaut werden. Sonderveranstaltungen für türkische Eltern sieht sie jedoch keinesfalls als zielführend an.“

Schützenhilfe für die Kleinen

Nach Angaben von Zeynep Ekinci besteht das Problem vieler Kinder mit Migrationshintergrund darin, dass sie in zwei Kulturen leben, zwei Sprachen mehr oder weniger gut sprechen. Dass könnte eigentlich ein Vorteil sein, allerdings müssen Kinder zunächst lernen, diese Besonderheit zu nutzen und damit umgehen können. Denn oft entstehen dort, wo Fremdes in Erscheinung tritt, sehr schnell Vorurteile. Ein zusätzliches Problem tritt auf, wenn bereits die Muttersprache nur unzureichend erlernt wurde, oft sind dann Sprachschwierigkeiten in jeder anderen Sprache – auch in Deutsch – vorprogrammiert. Da Eltern mit Migrationshintergrund bei der Hausaufgabenhilfe mitunter schnell an ihre Grenzen stoßen, bietet der türkische Elternverein zweimal wöchentliche Nachhilfe für Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 7 an. Die Schulen und andere Akteure sind über dieses Angebot informiert und schicken die Kinder bei Bedarf dorthin. „Kommerzielle Schülerhilfen können sich die meisten Migranteneltern nicht leisten, daher bieten wir die Nachhilfe für 15 € monatlich an – das gelingt, dank sehr viel ehrenamtlichem Engagement und der finanziellen Förderung durch die Stadt Ratingen“, so Ekinci. Den Unterricht geben pensionierte Lehrer oder Studenten – gearbeitet wird in Tischgruppen mit je 3-4 Schülern, die nach Klassenstufen und Fächern zusammengesetzt und von je einem Nachhilfelehrer betreut werden.

Frauenpower

„Will man in Schul- und Erziehungsfragen etwas erreichen, erreicht man das über die Frauen“, weiß Zeynep Ekinci. Das ist aber nur einer der Gründe für die Frauenangebote im türkischen Elternverein – der andere ist die Förderung der Frauen selbst. So wird beispielsweise alle 14 Tage ein Frauenfrühstück angeboten und einmal im Monat treffen die Frauen sich zu einem Abendessen. Dies ist mehr als ein geselliges Beisammensein, sondern bietet immer auch wichtige Informationen. Zum Beispiel berichtet eine türkischstämmige Rechtsanwältin über das Schulsystem in Deutschland, das Zentralabitur in NRW und Pläne zur 5jährigen Grundschule. Oder eine Psychologin referiert über pubertierende Kinder – ebenfalls auf türkisch. Denn viele der Frauen sprechen kaum Deutsch. „Ich habe es selbst einmal auf Deutsch versucht, weil mein Türkisch nicht so gut ist“, berichtet Ekinci lachend, „aber das ging nicht. Daraufhin hat mir eine Frau aus dem Verein angeboten, mir in Türkisch zu helfen, wenn ich ihr Deutsch beibringe – das sind Entwicklungen, die mich sehr freuen“: Es sind die vielen kleinen Dinge, die dazu beitragen, dass die Frauen Selbstbewusstsein aufbauen. Die Lernbereitschaft und die Wissbegierde sind groß – so stieß der Vorschlag der zweiten Vorsitzenden, eine Kulturreise über ein Wochenende zu unternehmen, sofort auf große Begeisterung. Ekinci: „Ich muss mich etwas bremsen, damit wir nicht zu dicht gedrängt zu viele Angebote offerieren.“

Visionen

„Frauen müssen stärker in die Vereinsarbeit von Migrant*innenorganisationen einbezogen werden“, betont die Integrationsbeauftragte Zeliha Yetik und hat diesbezüglich noch einiges vor, „auch in unserem Ratinger Moscheeverein wünsche ich mir Frauen im Vorstand“. Visionen hat auch Zeynep Ekinci. Sie wünscht sich, dass der türkische Elternverein Ende 2010 100 Mitglieder hat, eine Vertrauensstellung in Ratinger Schulen erworben wurde und zu einer interkulturellen Einrichtung geworden ist: „Auch wenn wir „türkisch“ im Namen tragen, wir sind offen für alle.“

Fast familiär – Integrationsarbeit in Ratingen

Neun Prozent der rund 92.000 Einwohner in Ratingen haben einen ausländischen Pass, zählt man dazu Russlanddeutsche Spätaussiedler und Eingebürgerte so summiert sich der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund auf rund 25 Prozent. Unter den Neugeborenen in Ratingen haben bereits 30 Prozent einen Migrationshintergrund und in einigen Bezirken, wie Ratingen West, verfügen schon heute über die Hälfte der Kinder über einen Migrationshintergrund. Das wichtigste politische Gremium dieser Gruppen ist der Integrationsrat, der seit 1979 existiert und „der nicht ernst genug genommen werden kann“, wie Zeliha Yetik, die Integrationsbeauftragte berichtet. An einem Integrationskonzept wird derzeit gearbeitet. „Wir sind, anders als in manchen Kommunen, nicht beim Bürgermeister angesiedelt, sondern sind eine eigene Abteilung des Amtes für Soziales, Wohnen und Integration. „Aus dieser Position heraus müssen wir Überzeugungsarbeit für ämterübergreifende Kooperationen leisten“, berichtet Yetik. Das scheint recht gut zu gelingen, denn erst vor kurzem, im September 2008, wurden „Richtlinien zur Förderung der Migrantenvereine der Stadt Ratingen“ verabschiedet – die hierfür bereitgestellten Mittel in Höhe von insgesamt 32.000 € sind zum Großteil zusätzlich in den städtischen Haushalt aufgenommen worden.

Migrantenorganisationen

Die Situation der Migrantenorganisationen in Ratingen wird in dieser Richtlinie folgendermaßen beschrieben: „Insgesamt gibt es in Ratingen 18 eingetragene Migrantenvereine. Sie sind herkunftsspezifisch oder interkulturell orientiert und vor allem in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Religion tätig. In der Vergangenheit waren die Migrantenvereine überwiegend eigenethnisch orientiert und ausgerichtet. Vorrangiges Ziel war die Pflege der Herkunftskultur. ... Die Bedeutung der eigenethnischen Rückzugsmöglichkeiten stieg mit der Umstrukturierung auf dem Arbeitsmarkt, dem damit verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen für gering qualifizierte Beschäftigte und folglich der erhöhten Arbeitslosenquote von nicht-deutschen Arbeitnehmern. ... Altenheime, Pflegeeinrichtungen und andere Seniorenangebote konnten sich auf die Zielgruppe älterer Migranten mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Bedürfnissen (noch) nicht einstellen. Die Migrantenvereine mit eigenen Räumlichkeiten übernehmen unter anderem die Funktion der „deutschen“ Seniorenzentren und wirken einer Vereinsamung im Alter entgegen. „

Erst in den letzten Jahren sei ein Veränderungsprozess eingetreten, heißt es weiter. „Einige der Migrantenvereine entwickeln sich behutsam in Richtung gesellschaftlicher Öffnung und nehmen zunehmend auch soziale Verantwortung wahr. So finden in den Vereinen Hausaufgabenhilfe, Jugend-Theatergruppe, Frauengruppe, PC-Kurse u.a.m. statt. Sie beteiligen sich am interkulturellen / interreligiösen Austausch und Dialog. Diese Entwicklung korrespondiert mit der gestiegenen Wahrnehmung der Bedeutung der Migrantenselbstorganisationen für die Integration von Zuwanderern auf der Seite der Politik. Den Prozess der gesellschaftlichen Öffnung und Wahrnehmung sozialer Verantwortung gilt es, neben der Pflege der Herkunftskultur, durch geeignete Förderrichtlinien zu unterstützen. Die meisten Migrantenvereine stehen in ihrer Organisationsentwicklung jedoch erst an der Schwelle zu der notwendigen Professionalisierung. Die formellen Anforderungen der Programme stellen für viele dieser Vereine eine zu hohe Hürde dar. Den Funktionären fehlt es oftmals an der notwendigen Kenntnis der Förderwege und Erfahrung im Erstellen von Projektanträgen und Verwendungsnachweisen. Der bürokratische Aufwand wirkte bislang abschreckend.

Zudem erfolgt bei den Migrantenvereinen in vielen Fällen keine längerfristige Planung ihrer Aktivitäten, welche für die Beantragung von Projektgeldern, so auch bei der städtischen Kulturförderung, aber eine Voraussetzung ist.

Förderrichtlinie

Auf unbestimmte Zeit wurden daher jährlich 12.000 € für allgemeine Integrationsförderung und Pflege der Herkunftskultur und weitere 20.000 € ausschließlich für schulische Angebote bereitgestellt. Da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt, unterliegen die Etatansätze der Jährlichen Haushaltsberatungen. „Wir müssen zunächst auch sehen, inwiefern die Mittel ausgeschöpft werden oder nicht“, erläutert Zeliha Yetik, „für den Bereich Schule und Hausaufgabenhilfe werden wir mit dem verfügbaren Budget nicht hinkommen – das ist jetzt schon abzusehen, die Mittel für integrative Förderung und Kulturpflege werden dagegen eher behutsam angefordert“. Falls es am geforderten Eigenanteil liegen sollte, was noch zu hinterfragen wäre, kann dieser nach Angaben der Integrationsbeauftragten unter Umständen gesenkt, nicht aber gestrichen werden. Weitere Bedingungen sind,

dass die Angebote öffentlich und für jede Person auch ohne Vereinsmitgliedschaft zugänglich sind. Zudem werden ausschließlich Maßnahmen gefördert, die in Ratings durchgeführt werden. Yetik: „Wir haben uns im Vorfeld mit Vertreterinnen und Vertretern der Migrantenorganisationen zusammengesetzt und gemeinsam entwickelt, welche Förderungen wichtig sind.“ Im Ergebnis entstand ein sehr dezidierter Fördeplan für folgende Aktivitäten:

Art des Angebotes	Maximale Förderhöhe
Förderung der Herkunftskultur (Tanz-, Musikgruppe) Förderung der Heimatsprache	50 %
Förderung der Deutschkenntnisse (u.a. Wortschatzerweiterung) Schulische Hilfen und Hausaufgabenbetreuung Elternseminare	80 %
Angebote für Seniorinnen und Senioren	80 %
Muttersprachliche Informationsangebote zu sozialen und rechtlichen Fragen	50 %
Aktivitäten zum Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit	50 %
Veranstaltungen zur Kulturvermittlung und des kulturellen Austausches Nachbarschaftsfeste	30 %

Ergänzend schreibt die Richtlinie vor: „Zur Vermeidung einer überproportionalen Berücksichtigung eines Migrantenvereins ist der maximale Förderbetrag pro Verein im Kalenderjahr auf 20 % der vom Rat der Stadt Ratingen hierfür beschlossenen Etatmittel beschränkt. Die vorgenannte Regelung über die prozentuale jährliche Maximalförderhöhe pro Verein gilt nicht für den Bereich der schulische Hilfen und Hausaufgabenbetreuung. Diese Angebote werden wegen des hohen Förderbedarfes von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund separat betrachtet.“

Mit der Richtlinie hat die Integrationsbeauftragte auch ein Antragsformular entwickelt, das von Migrantenorganisationen besser bearbeitet werden kann, das vieles nur noch angekreuzt werden muss und keine Seiten füllende Antragslyrik erforderlich ist. „Antragstellung für andere Förderetats sind für Migrantenvereine viel zu kompliziert“, betont Zeliha Yetik, „selbst bei diesem vereinfachten Formular kommt es zu Rückfragen, beispielsweise ob eine geplante Veranstaltung unter die Rubrik „Nachbarschaftsfest“ fällt oder eher „Förderung der Herkunftskultur“ ist“. Wer Unterstützung benötigt bekommt die jederzeit bei Yetik und ihrem Team. 14 Anträge wurden 2009 bislang eingereicht – für Herkunftskulturveranstaltungen, Nachbarschaftsfeste, Deutschkurse, Förderung der Heimatsprache, Elternseminare – darunter drei Anträge für Hausaufgabenbetreuung. Zeliha Yetik: „Wir sehen diese spezielle Förderung als Zwischenstation – langfristig sollten alle Fördertöpfe zugänglich für alle Vereine werden.“

Institutionelle Förderung

Im Vorfeld der Anwendung der Richtlinien zur Förderung der Migrantenvereine wurden zwei Vereine mit einer pauschalen institutionelle Förderung ihrer Vereinsaktivitäten be-
dacht. Dazu steht in der Ratsvorlage: „Es sind dies „Schalom“ - Jüdischer Kulturverein
Ratingen e.V. und der Tamilische Kulturverein Ratingen e.V. Damit ein Zuschuss nach
den Kulturförderrichtlinien möglich war, mussten in der Vergangenheit alljährlich neu die
öffentlichen Veranstaltungen des Jüdischen Kulturvereins zu den religiösen Feiertagen als
Projekte definiert werden. Diese Praxis wird als nicht sachgemäß angesehen.“

Der Jüdische Kulturverein Ratingen e.V. „Schalom“ erhält weiterhin einen festen jährli-
chen Zuschuss. Dieser richtet sich nicht nach den Kulturförderrichtlinien. Der Tamilische
Kulturverein e.V. erhielt seit 2004 einen jährlichen Zuschuss zu den Raumkosten für die
Tamilische Schule. Bedingt durch einen Wegfall kostenfreier städtischer Räumlichkeiten
konnte nur so die weitere Existenz der Tamilischen Schule gesichert werden. In der Tami-
lischen Schule erlernen Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren die Muttersprache, die Hei-
matkultur ihrer Eltern und den traditionellen tamilischen Tanz. Zugleich findet auch dort
bei Bedarf Nachhilfe in den deutschen Unterrichtsfächern statt. Die Aktivitäten des Tami-
lischen Kulturvereins e.V. werden künftig nach den „Richtlinien zur Förderung der Migran-
tenvereine“ bezuschusst.“

Flexibilität ist gefragt

„Es gibt keinen Bereich, wo wir Migrantenorganisationen nicht gern einbinden, allerdings
fehlt ihnen mitunter die Professionalisierung“, sagt Zeliha Yetik. Um das zu verbessern,
berät das Büro der Integrationsbeauftragten seit vielen Jahren die Vereine zu allen Fra-
gen, die den Migrantinnen und Migranten unter den Nägeln brennen: Wie gründe ich ei-
nen Verein? Was muss in Satzungen stehen? Wie finde ich Räumlichkeiten? „Unser Büro
genießt daher einen hohen Vertrauensvorschuss“ freut sich Yetik, fast alle Migrantenve-
reine wenden sich an uns, nur einige wenige erreichen wir auf diesem Weg nicht“.

Das gelingt aber durch ein großes Internationales Fest, welches alle zwei Jahre im Som-
mer für einen Tag auf dem Marktplatz in Ratingen stattfindet: Die Stadt investiert hier
12.000 € und jede Menge Arbeit, aber es lohnt sich – bis zu 5000 Besucher wurden er-
fasst. Und es pflegt auch die Zusammenarbeit mit Vereinen, zu denen sonst weniger Kon-
takt besteht, denn dort können sie sogar ihre knappen Vereinsbudget aufbessern, indem
Essen oder andere selbstgemachten Dinge verkauft werden.

Durch die gesamte Integrationsarbeit in Ratingen zieht sich das Thema Bildung wie ein
roter Faden. Der Handlungsbedarf liegt auf der Hand: Schülerinnen und Schüler mit
Migrationshintergrund haben deutlich niedrigere Bildungsabschlüsse aufzuweisen. Bei
Übergang zu einer berufliche Ausbildung haben sie bei gleichen Voraussetzungen deut-
lich schlechtere Chancen eine Ausbildungsstelle zu finden als „einheimische Jugendli-
che“ „Die Kooperation mit dem türkischer Elternverein ist diesbezüglich nur ein erster
Schritt, wir suchen hier nach weiteren Ansprechpartnern, zum Beispiel sind wir in Gesprä-
chen mit den Verbänden vor Ort. „ Die Unterstützung von weiteren Elterninitiativen, die
Einrichtung eines Patenschaftsprogramms, die Kooperation mit den Schulen und die Ein-
führung eines Bildungsmonitorings, das erfasst, wie die existierenden Maßnahmen greifen,
sind weitere Ansätze, um die Bildungssituation zu verbessern“. Bei allen Vorhaben, freut

sich die Integrationsbeauftragte von Ratingen über die Mitarbeit der 18 Migrantenvereine, deren Vorteile und Herausforderungen für die Kommune sie folgendermaßen zusammenfasst:

„Es geht einerseits um Steigerung der Partizipation, Stärkung der Eigeninitiative und Anerkennung des Ehrenamts. Wir müssen uns zudem klarmachen, dass Migrantenorganisationen nicht so sehr von unserer Förderung abhängig sind, wie wir das manchmal glauben, denn aktiv sind die Vereine ohnehin, wenn wir sie fördern, hat das für beide Seiten den Vorteil, dass mehr Transparenz über die gegenseitigen Erwartungen und der jeweiligen Ressourcen bzw. Potentiale und entsteht.

. Auf der anderen Seite stehen wir einer großen Herausforderung gegenüber, denn Migrantenvereine sind tatsächlich so flexibel und spontan, wie man es ihnen nachsagt. Da kann es vorkommen, dass Vereinsmitglieder die ganze Nacht an dem Antrag für eine Veranstaltung saßen, die in zwei Tagen stattfinden soll und diesen morgens stolz zu unserem Amt tragen. Oder wir erhalten einen Anruf, ob der Bürgermeister morgen zu einem großen kulturellen Fest kommen kann – da nützt es wenig zu erklären, dass zu solchen Einladungen in aller Regel ein Vorlauf von drei Wochen nötig ist – hier sollten auch wir einmal versuchen spontan und flexibel zu sein.“

Weiterführende Informationen

§ Stadt Ratingen: „Richtlinien zur Förderung der Migrantenvereine der Stadt Ratingen in der Fassung vom 02.09.2008“, 3 Seiten, Ratingen 2008

5.3 Essen

Einer für alle – Essener Verbund der Immigrant*innenvereine als Mittler

69 der rund 90 Migrantenorganisationen in Essen sind aktuell Mitglied im Verbund der Immigrant*innenvereine. Der Verbund ist für die Vereine Anlaufstelle zur Beratung für integrationsfördernde Aktivitäten, Ansprechpartner zur Unterstützung von Projekten und er hat die Aufgabe, Maßnahmen zur Fortbildung und zur Professionalisierung für die angeschlossenen Vereine umzusetzen. Um dies leisten zu können, wird der Verbund von der Stadt Essen jährlich mit 37.900 € gefördert – Mittel, die zweckgebunden zur Unterhaltung eines Vereinsbüros sowie

für Personal- und Sachkosten verwandt werden müssen. In einer Kooperationsvereinbarung sind diesbezüglich die Aufgaben des Verbunds festgehalten:

§ Der Verbund verpflichtet sich, seine Vereinsaktivitäten und seine Vermittlungsarbeit dahingehend zu verstärken, dass diese zur Weiterentwicklung der kommunalen Integrationsarbeit und zur Vernetzung beitragen.

Die Kooperation im Überblick

Initiator:	Kommune
Hauptthema:	strukturelle Partizipation
Förderobjekt:	institutionelle Förderung
Kooperationsart:	Auftrag: Migrantenorganisationen professionalisieren
Involvierte Partner:	Verbund mit 69 Mitgliedsvereinen
Dauer:	langfristig, Ende offen
Art der Förderung:	Personalkosten des Verbund-Geschäftsführers, Räume und Geschäftsbedarf Förderbudget: 37.900 € / Jahr
Charakteristika	neuer Ansatz: Mittler zwischen Kommune und MSO, transferierbar

- § Der Verbund begleitet und unterstützt die Essener Migrantenselbstorganisationen in ihrer Eigenständigkeit durch die Organisation von Beratungs- und Informationsangeboten als Hilfestellung im Umgang mit Behörden, Institutionen und potentiellen Zuwendungsgebern.
- § Er fördert den Austausch und die Zusammenarbeit der Migrantenselbstorganisationen untereinander, ist offen für neue Mitgliederorganisation und sichert die Zusammenarbeit mit Institutionen, Fachdienststellen und Organisationen.
- § Der Verbund kann Gemeinschaftsinitiativen und Projekte entwickeln und diese in das Konzept für die interkulturelle Arbeit einbringen.

„Der Verbund soll Mittler zwischen den Ämtern der Stadt und den einzelnen Migrantenorganisationen sein und dazu musste er professioneller aufgestellt und in seiner Rolle gestärkt werden“, erläutert Iris Kaplan-Meys, RAA / Büro für interkulturelle Arbeit Essen. Sie begleitet die Arbeit des Verbunds inhaltlich und arbeitet dabei eng mit Oktay Sürücü zusammen, der seit Mai 2008 hauptamtlicher Geschäftsführer mit einer halben Stelle ist. Über seine Aktivitäten muss der Verbund der Stadt Essen jährlich einen Verwendungsnachweis und einen Rechenschaftsbericht vorlegen, letztgenannter wird im Integrationsbeirat und Ausschuss für Zuwanderung und Integration vorgestellt und beraten; er liefert die Grundlage für das weitere Vorgehen.

Bewährte Kooperation – immer neu am Bedarf ausgerichtet

Diese Ausrichtung der Kooperation zwischen dem Essener Verbund der Immigrantenvereine und der Stadt Essen ist neu, sie besteht seit Anfang 2008, die Zusammenarbeit wird hingegen schon seit 2000 praktiziert. Der Integrations- bzw. Ausländerbeirat Essen, dessen gewählte Mitglieder überwiegend auch zu Migrantenorganisationen gehören, hat den Verbund seinerzeit gegründet. Bis dahin verfügte der Beirat über ein Budget für ausländische Vereine in Essen, dessen Verteilung jedoch durch administrative Vorgänge bei der Vergabe von Einzelprojekten so zeitaufwändig war, dass zu wenig Zeit für konzeptionelle Arbeit bei der Integrationsförderung blieb. Die Lösung: Mittelverteilung und Budget gingen an einen neu gegründeten Dachverband über.

Seitdem wurde der Verbund Jahr für Jahr mit 37.900 € unterstützt. Ein festgelegter Anteil war für die Unterhaltung des Vereinsbüros und für Personal- sowie Sachkosten bestimmt und ein Teil für die Förderung von Aktivitäten einzelner Vereine – vor allem für deren Veranstaltungen. „Der Verbund hat dann entsprechende Bezuschussungskriterien aufgestellt, die die Vergabe und Weiterverteilung der Mittel zwischen den Mitgliedsvereinen regelte“, berichtet Oktay Sürücü. In den Förderkriterien waren zum einen thematische Schwerpunkte definiert und zum anderen existierten feste Fördergrenzen für bestimmte Posten, beispielsweise wurden für Mietzuschüsse nicht mehr als 200,- € gewährt oder insgesamt nicht mehr als 3000,- € pro Jahr bewilligt. Zur Antragstellung wurde ein Formular entwickelt, in dem auf einer Seite Kontakt, Veranstaltungsdatum und -ort angegeben sowie der benötigte Betrag erläutert und das Thema der Veranstaltung beschrieben wurde. Spätestens zwei Wochen vor einer Veranstaltung musste eine Anfrage erfolgt sein. Sürücü: „Durchschnittlich 110 Anträge, aufgeteilt in drei Bezuschussungsperioden, wurden pro Jahr gestellt, wenn die Mittel nicht reichten, haben wir die beantragten Beträge gekürzt, aber jeder hat etwas bekommen, auch wenn es nicht viel war.“ Und weil die Anzahl der dem Verbund angeschlossenen Vereine wuchs, während das verfügbare Budget des

Dachverbands gleich blieb und Drittmittelwege noch nicht erschlossen wurden, konnten immer weniger Vereinsaktivitäten angemessen unterstützt werden. Ein Grund dafür, auf eine Neuorientierung auch der Mittelakquise zu setzen.

Professionalisierung – mehr Know-how, höherer Organisationsgrad, bessere Partizipation

Den entscheidenden Impuls für die Umstrukturierung der Kooperation gab jedoch ein Projekt im Rahmen des Programms KOMM-IN NRW, das die RAA/Interkulturelles Büro der Stadt Essen und der Verbund von Mai 2007 bis einschließlich Februar 2008 gemeinsam umsetzten. Bereits in den Vorjahren wurden innovative Ansätze zur Verbesserung der kommunalen Integrationsarbeit über die Landesinitiative KOMM-IN erarbeitet, beispielsweise der Essener Integrationsatlas. Das neue Projekt baute auf den bisherigen Erfahrungen auf. Es sollte dem Wunsch engagierter Migrantinnen und Migranten nach mehr Partizipation an kommunalen Integrationsprojekten und Strukturen in der Stadt Essen ebenso nachkommen wie dem beidseitig formulierten Bedarf nach einem verstärkten Austausch zwischen Vereinen und der Kommune. Neben der Verbesserung von Vernetzungsaktivitäten und Informationsvermittlung setzte das Projekt „Gemeinsam stark in Essen. Migrantenorganisationen – Partner der Kommune“ vor allem auf Fortbildungen und Austausch. Insgesamt waren 95 Mitglieder von 37 Selbstorganisationen sowie 27 andere Organisationen und Fachdienststellen im Projekt beteiligt. Die ursprüngliche Absicht, eine feste Gruppe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu gewinnen, ließ sich nicht realisieren. Die zeitliche Beanspruchung durch die schnell aufeinander folgenden, verschiedenen Aktivitäten war zu hoch. Allerdings waren die Vereine in der Regel sehr darauf bedacht, zu jeder Projektveranstaltung Teilnehmende zu entsenden. Insgesamt wurden sieben Informationsveranstaltungen, fünf Workshops und drei Fortbildungen durchgeführt, deren Inhalte über die Projektgruppe und die Auswertung von Umfragen in Migrantenorganisationen bestimmt wurden. Die Themen im Überblick:

- § Städtische Strukturen und Möglichkeiten der Teilhabe
- § Projekte und Fördermittel
- § Vereine verwalten
- § Grundlagen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- § Regionale Medienarbeit in Essen
- § Aufgaben und Strukturen Essener Fachdienste – Partizipation durch Nutzung lokaler Angebote
- § Integrationsangebote in Essen
- § Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungsmaßnahmen in Vereinen
- § Interkulturelle Kulturarbeit
- § Parteien in der Kommunalpolitik

„Im Projekt zeigte sich, dass eine verstärkte Beteiligung von Migrantenorganisationen an der kommunalen Integrationsarbeit unmittelbar positive Effekte nach sich zieht. Voraussetzung hierzu ist die Wertschätzung der Arbeit der MSO durch eine frühzeitige Beteiligung bei Planungsprozessen sowie eine darauf abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit.“ So steht es im Projektbericht. Für Iris Kaplan-Meys und ihre Zusammenarbeit mit dem Verbund war daher klar: „Wer sich gesellschaftlich beziehungsweise in der Integrationsförderung engagieren will, braucht auch hauptamtliche Strukturen – allein über Ehrenamt ist

das nicht zu leisten. Qualifizierungen, wie sie im Projekt durchgeführt wurden, sollten daher so oder so ähnlich fortgesetzt werden“. Diese Aufgabe obliegt nun dem Essener Verbund der Immigrantenvereine.

Schritt für Schritt – den begonnenen Weg fortsetzen

Um Ihr Ziel zu erreichen, versucht der Dachverband neben der Beratung und Begleitung der einzelnen Vereine auch Verbundprojekte zu initiieren und durchzuführen, die ihm angeschlossene Vereine unterstützen.

Dazu zählt eine Fortbildungsreihe „Migrantenselbstorganisationen in Essen als Träger der freien Jugendhilfe“ in Kooperation mit dem Jugendamt, die Vereine über den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt und über Jugendschutz informiert sowie eine Jugendgruppenleiterschulung bietet. „Es gibt in Essen von den rund 90 Migrantenselbstorganisationen nur sechs anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, obwohl in fast allen Vereinen Jugendarbeit gemacht wird“, erläutert Oktay Sürücü zu den Hintergründen. „Das liegt zum größten Teil daran, dass sie über die Besonderheiten dazu wenig wissen, obwohl viele das entsprechende Prüfverfahren des Jugendamts wohl positiv durchlaufen würden“.

Ein weiteres Projektvorhaben ist der Ansatz „FrauenTeamWerk“, um Frauen in der Vereinsarbeit zu unterstützen und als Mittlerinnen zu gewinnen. „Hier geht es darum, mit interessierten Migrantinnen auf der Grundlage ermittelter Interessenlagen Wege des Austauschs und der Bildungsarbeit zu erproben, um die organisierte Migrantenselbsthilfe unter Frauenaspekten zu stärken und die Frauen untereinander zu vernetzen und damit den Ansatz ‚Partner in der Kommune fortsetzen,‘ betont Iris Kaplan-Meys. Ein entsprechender Antrag, den die RAA/Interkulturelle Büro der Stadt Essen gemeinsam mit dem Verbund konzipierte, ist inzwischen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge positiv bewertet worden.

Dieser neue Kooperationsansatz wird nun auf zwei Jahre erprobt, dann schaut man weiter. Klar ist, seit die Umstrukturierung erfolgte, sind die Nachfragen an den Verbund von beiden Seiten gestiegen. Ein Indiz dafür, dass der Dachverband seine Aufgabe, Vereine fit für Projektbeantragung und Durchführung zu machen, erfüllt, ist die Tatsache, dass deren Projektanträge sich jetzt beim Interkulturellen Büro der Stadt stapeln: „Das ist einerseits erfreulich, andererseits müssen wir neue Verfahren in Gang setzen, um dies zu bewältigen“, berichtet Kaplan-Meys.

Ein Transfer dieses Modells ist grundsätzlich möglich, da sind sich die Beteiligten einig, denn das Vorgehen ist einfach: Als Dachverband wird ein gemeinnütziger eingetragener Verein mit einem Vorstand benötigt, als Mitglieder werden Migrantenselbstorganisationen vor Ort aufgenommen. Damit das Konzept jedoch auch funktioniert, sollten einige Voraussetzungen beachtet werden. So muss beispielsweise ein geeigneter Verein existieren oder besser noch ein neuer Verein gegründet werden. Ohne Zuschüsse von der Kommune würde das nicht funktionieren, davon ist Sürücü überzeugt, denn die Vereine können einen professionell aufgestellten Verbund nicht aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren, es sei aber entscheidend, ausreichende Mittel und eine hauptamtliche Geschäftsführung zu haben, die erreichbar ist. Wichtig ist zudem die Vertrauensbasis eines Verbunds zur Stadt und zu den Migrantenselbstorganisationen.

Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen – einer der Vorläufer kommunaler Integrationsarbeit

Von den rund 577.300 Essener Einwohnern haben 23,2 % (Angaben zum 31.12.2008, Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen) einen Migrationshintergrund, die aus über 160 verschiedenen Nationalitäten stammen. Integrationsarbeit hat in Essen Tradition. Bereits 1975 wurde ein Integrationsbeirat – damals hieß er noch Ausländerbeirat – eingerichtet, dessen Mitglieder als Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüssen oder als Verbindungsmitglieder in Bezirksvertretungen dabei sind. Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen bilden die entscheidende Basis im Essener Integrationsbeirat - 23 der gewählten 27 Mitglieder im Integrationsbeirat Essen sind gleichzeitig als Vereinsvorstand tätig. Organisationen von Zuwanderern gehören seit der Industrialisierung zur sozialen Infrastruktur, aktuell sind etwa 90 Migranten-selbstorganisationen erfasst.

Schon 1999 wurde das Konzept für die interkulturelle Arbeit in Essen erstellt, um die Integrationsarbeit in der Kommune weiterzuentwickeln. Zu den handlungsleitenden Grundsätzen zählen die Akzeptanz eigenethnischer Strukturen, der Abbau von Benachteiligungen und die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Handlungsansätze, wie Dialogkonferenzen bzw. Foren oder das Agieren von MSOs als Träger von Maßnahmen im Interkulturellen Konzept, sollen die Kooperation zwischen Selbstorganisationen und städtischen wie nicht städtischen Akteuren in unterschiedlichen Handlungsfeldern fördern.

Migrantenorganisationen leisten ein großes Stück Arbeit

„Zu den Besonderheiten zählt sicher, dass das Integrationskonzept der Stadt vergleichsweise alt ist und Essen zu den ersten deutschen Städten gehört, die einen Ausländerbeirat einrichteten“, fasst Iris Kaplan-Meys zusammen. „Auch viele Migrantenvereine existieren schon recht lange und leisten über Jahre eine wertvolle Integrationsarbeit. Mit dem Interkulturellen Konzept und insbesondere mit der öffentlich geführten Diskussion über Integration in den letzten Jahren hat diese Arbeit mehr und mehr an Anerkennung gewonnen.“

Die wichtigsten Handlungsfelder bei der Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen sind die Sprachförderung und die Elternbildung. Zu den neueren einschneidenden Entwicklungen zählt der Zusammenschluss von Vereinen zum Essener Verbund der Immigrantenvereine im Jahr 2000 auf Initiative des Integrationsbeirates.

Die Dienststelle RAA/Büro für interkulturelle Arbeit pflegt eine Vereinsübersicht, in der die Kooperationsvereine des Beirates und weitere Selbstorganisationen verzeichnet sind. Mehrheitlich bestimmen ethnisch orientierte Selbstorganisationen mit sozialer Ausrichtung und einer meist multifunktionalen Angebotsstruktur die Vereinslandschaft in Essen. Dazu gehören kulturelle Aktivitäten, Freizeitangebote, Beratungsangebote, Hilfen in der Alltagsbewältigung und im Umgang mit Ämtern, Bildungsangebote, Sportaktivitäten und religiöse Angebote, Begegnung und Integration. Zusammenschlüsse von Zuwanderern türkischer Herkunft haben entsprechend ihrem hohen Bevölkerungsanteil auch unter den Selbstorganisationen den größten Anteil. In letzter Zeit entstehen zunehmend Vereine, die thematisch ausgerichtet sind – beispielsweise auf Elternarbeit oder Gesundheitsberatung.

Kaplan-Meys: „Beides – die ethnisch-kulturelle und thematische Ausrichtung - ist wichtig, denn über beide Wege gibt es einen ganz speziellen Zugang zu den jeweiligen Zielgruppen.“

Essen ist gut aufgestellt im Bereich der Elementarerziehung und dazugehörigen Sprachförderprogrammen. Kindergärten und Schulen sowie die entsprechenden Mitarbeiter der Stadt setzen sich intensiv mit dem Thema Migration auseinander – das heißt der demographische Wandel und der Umgang damit sind dort schon Realität. In anderen Bereichen, die noch nicht unmittelbar betroffen sind, ist man in punkto interkulturelles Denken noch nicht so weit. „Der Prozess dieses Erkenntnisgewinns dauert länger, als wir das dachten“, erläutert Iris Kaplan-Meys.

Verbund der Immigrant*innenvereine – Mittler zwischen deutschen Institutionen und Migrant*innenorganisationen

Der Essener Verbund der Immigrant*innenvereine wurde im Jahr 2000 mit zehn Mitgliedsvereinen gegründet. Heute sind im Verbund 69 Migrant*inselfstorganisationen aus über 23 verschiedenen Nationalitäten und einer Vielzahl von Themenbereichen vertreten. Bis heute hat Muhammet Balaban, auch Vorsitzender des Integrationsbeirates, den Vorsitz im Dachverband. „Er ist eine Vertrauensperson für deutsche Institutionen sowie Migrant*innen gleichzeitig und er hält die Vereine zusammen“, betont Oktay Sürücü, der Geschäftsführer des Verbunds. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben, das könnten sich die Vereine auch nicht leisten, so Sürücü, sodass eine Mitgliedschaft nur Vorteile mit sich bringt. „Der Verbund bietet ein großes Potenzial für seine Mitglieder, stellen Sie sich vor, ein koreanischer Verein führt eine Veranstaltung durch und möchte andere Gruppen daran beteiligen – die findet er problemlos über den Verbund“, erläutert der Geschäftsführer. Auch den Austausch fördert der Verbund, zudem liefert er den Vereinen Informationen für ihre Arbeit, berät zu Fördermöglichkeiten und unterstützt bei Antragstellung – sei es bei der Kommune, bei Stiftungen oder anderen Mittelgebern. Auf der anderen Seite bündelt der Verbund Anfragen von unterschiedlichen Institutionen und versucht die Vereine in die Themenbereiche zu involvieren. Handlungsbedarf gibt es beispielsweise zu diversen Gesundheitsthemen. In Selbsthilfegruppen für anonyme Alkoholiker oder Krebskranke sind Migrant*innen und Migrant*innen zum Beispiel kaum vertreten“, weiß Sürücü, „obwohl die Probleme hier genauso existieren, da versuchen wir eine Beteiligung zu erreichen.“

Potpourri von Maßnahmen und Angeboten

Auch der Verbund der Immigrant*innenvereine selbst führt Qualifizierungen und Projekte durch, die die Arbeit der Mitgliedsvereine voranbringen sollen. „Iris Kaplan-Meys ist uns dabei eine große Hilfe“, so Sürücü. Die Projekte, die der Verbund aktuell durchführt oder plant, sind alle Ergebnisse des KOMM-IN-NRW-Projektes „Gemeinsam stark in Essen. Migrant*inselfstorganisationen – Partner in der Kommune“. Aus der breiten Palette der Aktivitäten seien ergänzend zu dem vorab genannten Projekt „FrauenTeamWerk“ und der Fortbildungsreihe „Migrant*inselfstorganisationen in Essen als Träger der freien Jugendhilfe“ folgende Beispiele genannt:

- § Information zur Gemeinwohlarbeit, damit Vereinsmitglieder erfahren, dass Personalkosten für Gemeinwohlarbeit erstattet werden, sofern man die Mitarbeiter aus be-

stimmten Pools rekrutiert. Dazu wurde gemeinsam mit der Diakonie ein Flyer entwickelt.

- § Stadtteilarbeit ist ein weiteres Arbeitsfeld. In drei Schritten versucht der Verbund die Vereine und deren Aktivitäten in ihren Stadtteilen bekannter zu machen: Im ersten Schritt wird ein Flyer über die Angebote der Vereine entwickelt, im zweiten Schritt werden Bedürfnisse des Vereins zu intensiverer Stadtteilarbeit entwickelt und im dritten Schritt erfolgt eine entsprechende Qualifizierung.
- § Fortbildungsreihen für Vereinsvertreter, in der Regel für Vorstandsmitglieder, sind eine weitere Maßnahme, die der Verbund gemeinsam mit der Volkshochschule durchführen möchte. Hier geht es um Selbstdarstellung, um Erstellung von Präsentationen oder um die Installierung von PC und Software in der Vereinsverwaltung. Durch Informationen aus den Vereinen wird der Bedarf ermittelt und versucht, ein entsprechendes Angebot zu entwickeln.
- § Um die politische Partizipation zu fördern, führte der Verbund eine Veranstaltungsreihe „Politik im Dialog“ durch, zu der politische Vertreter eingeladen wurden bis hin zu Rats- und Oberbürgermeister-Kandidaten, die ihre Programme vorstellten sowie Rede und Antwort standen und aber auch zuhörten, welche Anliegen den Migrantinnen und -vertretern unter den Nägeln brennen. Diese Veranstaltungen sollen nun auch auf die Stadtteile übertragen werden.
- § „Jugendstart“ ist eine Maßnahme, die die Agentur für Arbeit und das Jobcenter dabei unterstützt, Jugendliche mit Migrationshintergrund zu erreichen; und die auch von diesen gefördert wird. Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der beruflichen Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Essen, sowie die Integration der Jugendlichen in Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Arbeit. Sürücü: „Wir wissen, wie man die jungen Leute anpackt – wenn ein Jugendlicher beispielsweise seinen Termin bei der Arbeitsagentur nicht wahrnimmt, dann wissen wir über die Vereinsmitglieder, wie er erreichbar ist. Zudem sind wir auch abends um 22.00 Uhr noch für unsere Jugendlichen ansprechbar.“

Weiterführende Informationen

- § Stadt Essen (Hrsg.): „Gemeinsam stark in Essen. Migrantenselbstorganisationen – Partner in der Kommune“. 34seitiger Projektbericht, Mai 2008.
 - § Stadt Essen (Hrsg.): „Interkulturelle Orientierung in der Stadt Essen“, Band 2, Dritter Umsetzungsbericht 2002-2006, 242 Seiten, Essen, Mai 2007
 - § Stadt Essen (Hrsg.): „Migrantenselbstorganisationen – Partner in der Kommune“, Tipps für Vereine. Die Projektergebnisse“, CD-Rom, 2008
- RAA / Interkulturelles Büro der Stadt Essen und Essener Verbund der Immigrantenvereine: „Gemeinsam stark in Essen. Migrantenselbstorganisationen – Partner in der Kommune“ Projektfilm, Stadt Essen (Hrsg.) 2008

5.4 Frankfurt am Main

Einfach helfen – die Afrikasprechstunde im Frankfurter Gesundheitsamt entwickelt sich zur Internationalen Humanitären Sprechstunde

Die Afrikasprechstunde im Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt am Main ist in mancher Hinsicht wie ein Besuch beim Hausarzt – Dr. Petra Tiarks-Jungk und ihre Kollegin sind Allgemeinmedizinerinnen, die sich um alle gesundheitlichen Anliegen ihrer Patienten kümmern, vom Bluthochdruck über Rückenschmerzen bis zur Schwangerschaft. Lediglich spezielle Untersuchungen wie kardiologische Feindiagnostik oder Mammographien müssen in entsprechenden Einrichtungen erfolgen. Der große, helle Anmelde- und

Wartebereich der Afrikasprechstunde ist in der Regie von Virginia Wangare-Greiner, sie empfängt die Patienten und managet die Termine in ihrem Büro, das nur durch eine teilweise mattierte Glasscheibe vom Warteraum getrennt ist.

Davon abgesehen unterscheidet sich die Afrikasprechstunde jedoch ganz erheblich vom Besuch beim Hausarzt, den das Klientel ohnehin nicht aufsuchen würde. „Die meisten unserer Patienten sind aus Afrika nach Deutschland eingewandert, viele sind nicht krankenversichert, sodass sie beim regulären Arztbesuch ihre Medikamente selbst zahlen müssten, während hier Medizin unentgeltlich gegeben werden kann“, erläutert Dr. Tiarks-Jungk. Da zahlreiche Besucher der Afrikasprechstunde sich in sogenannten unsicheren Lebenslagen befinden oder aus anderen Gründen am Rande des Existenzminimums leben, können sie sich Medizin oder einen Arztbesuch nicht leisten. 90 Prozent der Patienten sind daher ausschließlich beim Gesundheitsamt in Behandlung.

Die Tür öffnen

Doch wie finden Zugewanderte aus Afrika ins Gesundheitsamt – ausgerechnet in eine Behörde, der doch im allgemeinen Hemmschwellen für Migranten nachgesagt werden? Virginia Wangare-Greiner übernimmt hier eine Schlüsselfunktion für ihre Landsleute. Sie ist nicht nur Gründerin des Vereins Maisha e.V., einer Selbsthilfegruppe Afrikanischer Frauen in Deutschland, sie wandte sich 2001 auch an diverse Ämter der Stadt Frankfurt, weil die medizinische Versorgung afrikanischer Frauen in Frankfurt im Argen lag. „Die dringendsten Handlungsfelder waren die Schwangerschaftsbetreuung und die Frauenbeschneidung“, berichtet Wangare-Greiner, „diesbezüglich stieß ich hier auf offene Ohren: Das Frauenreferat, das Gesundheitsamt und das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten machten gemeinsam die Afrikasprechstunde möglich.“ Seit seiner Einrichtung 2001 wurde das Angebot peu à peu ausgebaut. Allein über die Informationsarbeit von Maisha und durch Mund-zu-Mund-Propaganda bildeten sich schon bald nach der Gründung zum Sprechstundentermin jeden Donnerstag von 8-12 Uhr lange Warteschlangen vor der Afrikasprechstunde, die bis auf die Straße reichten. „Die Leute kamen zum Teil sogar mit

Die Kooperation im Überblick

Initiator:	Migrantenorganisation
Hauptthema:	Gesundheit
Förderobjekt:	Regelangebot für bestimmte Zielgruppe
Kooperationsart:	gemeinsame Umsetzung, finanzielle Unterstützung MO
Involvierte Partner:	eine MO, drei Ämter
Dauer:	langfristig, Ende offen
Art der Förderung:	Personalkosten der MO-Mitarbeiterin Fachpersonal im Amt Räume für Regelangebot
Förderbudget:	53.000 € / Jahr
Charakteristika	neuer Ansatz, transferierbar

Nachtzügen aus andern Städten“, erinnert sich Wangare-Greiner. So wurde das Konzept weiter entwickelt. Eine Clearingstelle bei Maisha, betreut von Virginia Wangare-Greiner, ist nun der Afrikasprechstunde vorgeschaltet. Das macht auch deshalb Sinn, weil viele Anliegen eher sozialen als gesundheitlichen Ursprungs sind – hier wird andere Unterstützung benötigt. Dabei bewährt sich Einbindung des Frauenreferats. „Einerseits finanzieren wir die Personalkosten der Clearingstelle und andererseits können wir die Brücke zu anderen Angeboten und Maßnahmen schlagen, wenn die Probleme der Ratsuchenden nicht gesundheitsbedingt sind“, erklärt Gabriele Wenner, Leiterin des Frauenreferats der Stadt Frankfurt am Main. Mitunter sind soziale, kulturelle und gesundheitliche Belange aber auch gar nicht zu trennen; hier hat selbst Wangare-Greiner immer wieder Aha-Erlebnisse: „In vielen Kulturen Afrikas wird Krankheit beispielsweise als Strafe interpretiert und nicht nach medizinischen Ursachen geforscht, oder wir haben auch schon erlebt, dass Medikamente abgesetzt wurden, weil ein afrikanischer Geistlicher dies empfiehlt und statt dessen auf Heilung per Gebet schwört.“ Diese und andere Situationen verlangen Virginia Wangare-Greiner und Dr. Petra Tiarks-Jungk viel Einfühlungsvermögen und hohen Einsatz ab. Tiarks-Jungk: „Wir telefonieren oft nach Feierabend oder am Wochenende, um individuelle Lösungen für Patienten zu finden – so viel Engagement und gute Teamarbeit sind für ein Angebot wie die Afrikasprechstunde schon nötig.“

Lösungen finden

Seit der Gründung im Jahr 2001 hat sich die Afrikasprechstunde immer weiter entwickelt. Anfangs als Angebot für afrikanische Frauen gedacht, wurde bald klar, dass dies eine Familien-Sprechstunde werden muss. „Die Männer müssen ihre schwangeren Frauen begleiten, um deren Bedürfnisse und Probleme zu verstehen – und dann gehören auch die Kinder dazu“, betont Wangare-Greiner. Seit Anfang 2009 wurde das Angebot auf andere Nationalitäten ausgeweitet. Noch ist der neue Name „Internationale Humanitäre Sprechstunden“ gewöhnungsbedürftig, aber immer mehr Menschen aus allen Kontinenten nehmen die Gesundheitshilfe in Anspruch. Frankfurter Beratungsdienste im Migrations- und Flüchtlingsbereich können Zugewanderte bei gesundheitlichen Problemen in die Sprechstunden des Gesundheitsamtes schicken. Zudem steht auch die Clearingstelle bei Maisha Menschen anderer Herkunft offen. „Zu mir kommen Roma, Menschen aus Thailand, Indien oder Bulgarien – es gibt hier keine Vorbehalte hinsichtlich der unterschiedlichen Abstammung“, so Virginia Wangare-Greiner.

Neben Zielgruppe und Zeiten wird auch die Angebotspalette stetig bedarfsgerecht ergänzt: So bestehen seit 2008 Kooperation mit Frankfurter Geburtskliniken, wodurch ambulante Entbindungen für einen Pauschalpreis von 600 € möglich sind. Familien, die selbst diesen Betrag nicht aufbringen können, werden an humanitäre Organisationen weiter geleitet, wo sie finanzielle Unterstützung bekommen können. „Die Anonymität bleibt gewahrt, die Vorlage von Statusdokumenten wird in den Kliniken nicht verlangt, Meldungen zu Personenstandsdaten erfolgen nicht an die Ausländerbehörde – denn sonst würden viele Frauen dieses Angebot aus Angst nicht annehmen“, erläutert Dr. Hans Wolter, Leiter der Fachstelle Migration und Gesundheit beim Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt. Eine vergleichbare Zusammenarbeit existiert mit der Klinik für Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, bei Professor Sader an der Universitätsklinik Frankfurt. Hierdurch sind Zahnbehandlungen für 40 € pro Quartal möglich, eine Ausnahme bildet die konservieren-

de Zahnheilkunde, also alle Maßnahmen zur Zahnerhaltung, von der Füllung bis zum Zahnersatz.

Selbst die Gesetzgebung hat auf die Afrikasprechstunde reagiert. Bei der Verabschiedung des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst im September 2007 wurde im § 7 festgeschrieben, dass die Gesundheitsämter bei Menschen, die besonders schutzbedürftig sind, eine ambulante Behandlung in Einzelfällen vornehmen können.

Perspektiven geben

„Die Afrikasprechstunde ist langfristig angelegt, denn ein solches Angebot für Menschen in prekären Lebenslagen ist eine Notwendigkeit zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung insgesamt“, betont Wolter. Natürlich werde versucht, Patienten der Afrikasprechstunde in eine reguläre Versorgung als Kassenpatienten zu bringen, doch selbst wenn das gelingt, rücken andere nach. Wangare-Greiner ergänzt: „Auch diejenigen, die inzwischen bei niedergelassenen Ärzten in Behandlung sind, kommen im Zweifelsfall immer mal wieder zu uns – wir sprechen ihre Landessprache oder sind zumindest mehrsprachig, wir haben ihr Vertrauen, hier geht es viel familiärer zu als in einer „normalen“ Arztpraxis.“ Andere Städte und Kommunen haben schon oft Interesse an diesem Modell gezeigt, eine vergleichbare Umsetzung wurde jedoch bislang nicht erreicht oder ist so nicht geplant. Statt dessen behelfen sich andere Kommunen nach wie vor mit informellen Netzwerken an Ärzten, die sich auf besondere Patienten einstellen, oder sie verweisen auf Versorgungseinrichtungen von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden.

Die humanitären Sprechstunden und die dafür notwendige vernetzende Arbeit im Vorfeld werden letztlich aus Haushaltsmitteln der Stadt Frankfurt finanziert. Das ist möglich, weil die Verantwortlichen für die Gesundheits-, Frauen- und Sozialtats fachübergreifend kooperieren. Das Amt für Gesundheit stellt neben „Bordmitteln“ für Fachpersonal und Räumlichkeiten, Gelder zur Finanzierung eines afrikanischen Selbsthilfezentrums zur Verfügung, das in Kooperation mit einem Frankfurter Turn- und Sportverein betrieben wird. Dabei handelt sich um ein jährliches Budget aus dem Gesundheitsetat von rund 33.000 Euro. „Das Frauenreferat hat ein jährliches Budget von 1,3 Millionen Euro zur Förderung von Frauenprojekten, woraus auch die Clearingstelle finanziert wird, das ist im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden schon ein stattlicher Betrag“, erläutert Gabriele Wenner. Die Clearingstelle schlägt dabei mit 29.000 € zu Buche. Schließlich werden aus dem Budget des Jugend- und Sozialamts Medikamente entsprechend der Maßgaben des Sozialgesetzbuches finanziert.

„Grundsätzlich gilt: Wenn unterschiedliche Ämter oder Fachbereiche in einer Kommune gut zusammenarbeiten, sind Lösungen trotz Geldmangel und komplizierter Rechtsmaterie möglich“, davon ist Dr. Hans Wolter überzeugt. Und alle Beteiligten sind sich sicher: „Ein Regelangebot wie die Afrikasprechstunde ist deutschlandweit bislang einzigartig, das sollte es jedoch nicht bleiben.“

Die Rolle von Migrantenorganisationen in der Frankfurter Integrationspolitik (Aus dem Integrationsbericht 2005 der Stadt Frankfurt am Main³.)

Eckpfeiler der Integrationsarbeit

„Integration, heißt die Arbeit für ein friedliches Zusammenleben und das Zusammenwachsen von Menschen aus 175 Nationen auf der Grundlage unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung, das ist und bleibt eine der großen Herausforderungen für die Politik in unserer Stadt.“ So steht es im aktuellsten, veröffentlichten Integrationsbericht der Stadt Frankfurt aus dem Jahr 2005. Über ein Viertel von Frankfurts Einwohnern haben einen ausländischen Pass. Darunter sind noch nicht einmal Eingebürgerte sowie deren Kinder erfasst und auch keine Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Hinzu kommt, dass Frankfurt nach wie vor einen positiven Wanderungssaldo von Menschen aus anderen EU-Ländern und aus Drittländern verzeichnet. Frankfurt ist eine internationale geprägte Stadt. Die kulturellen, religiösen und sprachlichen Besonderheiten der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Frankfurt sind so verschieden wie die individuellen Voraussetzungen der hier lebenden Migrantinnen und Migranten in Bildungsstand und beruflicher Qualifikation. Die Anforderungen und Erwartungen an eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik sind dementsprechend hoch: Sie muss einerseits Strategien zur Deeskalation von Konflikten bereitstellen, um den sozialen Frieden in der Stadt zu sichern. Sie soll andererseits praktisch helfen, Neuankommende so rasch wie möglich innerhalb der gewachsenen Rechts- und Gesellschaftsordnung zu orientieren. Und schließlich sollte sie alle Zugewanderten dabei unterstützen – auch die bereits länger hier lebenden Migranten – sich mit gleichen Chancen an den unterschiedlichen Alltagsprozessen vom Schulbesuch bis hin zur Berufsausübung beteiligen zu können. Gezielte Hilfen für eine erfolgreiche Integration von Einwohnern nichtdeutscher Herkunft in die städtische Gesellschaft müssen daher auf mehreren Ebenen geleistet werden. Die Aufgaben der Umsetzung und Moderation der jeweiligen Integrationsprozesse dürfen jedoch nicht nur der kommunalen Verwaltung, den Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen und den caritativen Einrichtungen überlassen bleiben. Integrationsarbeit darf nicht ausschließlich als Verwaltungsakt kommunaler Stellen und fachlicher Träger betrachtet werden. Im direkten Dialog mit Migrantinnen und Migranten muss deren bürgerschaftliches Engagement gestärkt und ihre Rolle als Akteur innerhalb der städtischen Gesellschaft gefestigt werden. Den Migrantenorganisationen kommt daher eine zunehmende Bedeutung im Rahmen eines integrationspolitischen Konzeptes zu.

Förderung von Migrantenorganisationen

Die Anregung, Moderation und Steuerung von Integrationsmaßnahmen innerhalb der städtischen Verwaltung unter Einbeziehung nichtstädtischer Organisationen obliegt dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA). Der Handlungsrahmen kommunaler Integrationsförderung ist geprägt durch Praxisnähe, durch Orientierung am Handlungsbedarf, durch Potentiale und Konflikte, die sich im Zusammenleben der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ergeben. Migration und Integration sind kein Kompaktereignis, sondern gelingen oder misslingen kontextgebunden, auf jeweils verschiedene Weise und mit unterschiedlichen Ergebnissen und Problemen in Teilbereichen, nämlich sprach-

³ Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.): „Integrationsbericht 2005. Förderung von Integrationsmaßnahmen und Ausländervereinen durch die Stadt Frankfurt am Main“, 93 Seiten inkl. Anlagen, Frankfurt a.M., 2005

lich, ökonomisch, rechtlich, politisch, schulisch etc. Eine besondere Bedeutung im Frankfurter Integrationskonzept hat daher die Zusammenarbeit mit Organisationen der Einwanderer, ihre Beratung, Förderung und Fortbildung. Die vielen Kulturvereine in Frankfurt sind wichtige Bindeglieder zwischen dem Amt und den ausländischen Gemeinschaften. Rund 300 Vereine engagieren sich auf dem Gebiet der interkulturellen Verständigung. Etwa 120 Vereine werden jährlich vom AmkA finanziell gefördert – mit steigender Tendenz. So förderte das Amt für multikulturelle Angelegenheiten im Jahr 2005 ausgewählte Projekte und Veranstaltungen von Migrantenorganisationen.

- § Zum größeren Teil handelt es sich dabei um eine finanzielle Projekt-Fehlbedarfsförderung, 2005 wurden diesbezüglich 105 Projekte mit insgesamt knapp 106.000 € gefördert.
- § In geringerem Umfang erfolgt zudem eine institutionelle Vereinsförderung, dies war 2005 in zwei Fälle so wofür 42.000 € beriet gestellt wurden.
- § 17 Vereine und Organisationen wurden zudem im Rahmen des herkunftssprachlichen Unterrichts finanziell und logistisch unterstützt; das Budget betrug über 21.000 €.

Darüber erfolgt eine Förderung von Migrantenorganisationen durch Beratung sowie durch Unterstützung bei der Durchführung von integrativen Veranstaltungen jeder Art, deren Hauptziel in der Vernetzung der Vereine untereinander besteht. Im Rahmen des Beratungsangebotes wurden 2005 neben mehr als 1.300 telefonischen Anfragen 146 ausführliche persönliche Beratungsgesprächen im Amt oder bei den Vereinen vor Ort durchgeführt. Schwerpunkte des Beratungsbedarfes waren

- § Fragen zum Vereinsrecht,
- § zur Veranstaltungsförderung,
- § zur Raumproblematik,
- § Konfliktberatung
- § und Kontaktherstellung zu anderen Institutionen.

Migrantenvereine und vergleichbare Initiativen unterstützen die städtischen Bemühungen zur Integration, daher ist eine Förderung stimmig. Die Förderrichtlinien der einzelnen Dezernate heben allerdings entsprechende Bedingung hervor: Offenheit der Angebote nach außen, Angebote der allgemeinen sozialen Beratung und Betreuung, Völkerverständigung, Spracherwerb, Pflege der eigenen Kultur zur Stabilisierung der eigenen Persönlichkeit im Integrationsprozess, Arbeit mit Kindern, Frauen und Jugendlichen oder Senioren sind in diesem Kontext notwendige und förderungswürdige Aktivitäten. Die Bedeutung der Vereine für die Integration in Frankfurt hat durch die Einrichtung eines Integrationspreises eine öffentliche Würdigung erfahren: Seit 2001 wird der auf insgesamt 15.000 € dotierte Preis in festlichem Rahmen verliehen.

Maisha e.V. – Selbsthilfeorganisation afrikanischer Frauen in Deutschland

Drei Kenianerinnen und vier deutsche Frauen gründeten 1996 die Selbsthilfeorganisation Maisha, auf Initiative von Virginia Wangare-Greiner wegen eines zunehmenden Beratungsbedarfs afrikanischer Frauen, der allein durch ihr privates Engagement nicht länger zu decken war. Dennoch gelang es erst 2005 eigene Vereinsräume zu beziehen, bis dahin fanden Beratungen, Gruppenangebote, Seminare und Workshops in Kooperation mit ande-

ren Vereinen oder in privaten Räumen der Mitglieder statt. Heute zählt der Verein 500 Mitglieder, darunter 20 deutsche alle anderen stammen aus afrikanischen Ländern. Neben einem regulären Vorstand gibt es die Projektgruppen Gesundheit, Jugend & Sport, Tanz und Kultur für die jeweils eine Projektleiterin oder ein Projektleiter verantwortlich sind. Insgesamt setzt Maisha knapp 20 Projekte um, darunter verschiedene Beratungsangebote, Frauen- und Mädchentreffs, Deutschkurse, Sport- und Tanzkurse, Menschenrechtstage, andere Veranstaltungen und einmal im Jahr wird ein großes afrikanisches fest gefeiert. Gründerin Wangare-Greiner hat nach wie vor die Gesamtorganisation inne und ist zudem mit einer Kollegin für die Projektgruppe Gesundheit verantwortlich. Sie ist in der Community bekannt und geschätzt, und auch die Kommune weiß ihr Engagement zu würdigen, dies hat sie beispielsweise 2003 dokumentiert, indem Virginia Wangare-Greiner der Integrationspreis der Stadt verliehen wurde. Ihre Stelle wird von der Stadt Frankfurt gefördert – jeweils zur Hälfte vom Frauenreferat und vom Gesundheitsamt. Alle anderen Vereinmitglieder arbeiten ausschließlich ehrenamtlich im Verein. Betriebskosten und Raummiete finanziert der Verein über die öffentlichen Zuwendungen und Spendenleistungen.

Mit seinen zahlreichen Aktivitäten und Angeboten will die afrikanische Selbsthilfeorganisation vor allem folgende Ziele erreichen:

- § Lebensumstände afrikanischer Frauen in Deutschland verbessern
- § zu Themen wie Gesundheit, Integration, interkulturelle Kommunikation, Spracherwerb, Ausbildung, Arbeit, Karriere, Finanzplanung, Partnerschaft und Familienplanung beraten und qualifizieren
- § sich gegenseitig im Umgang mit deutschen Behörden und anderen Autoritäten unterstützen
- § Hilfe bei sozialen und psychologischen Problemen leisten

Auf den Punkt gebracht möchte Maisha durch Hilfe zur Selbsthilfe jede afrikanische Frau in die Lage versetzen, ihr Leben aktiv in die Hand zu nehmen und zu gestalten.

Weiterführende Informationen

- § Sonja Stark, Hans Wolter (2009): Gesundheitshilfen für und mit Migranten – Voraussetzungen für erfolgreiche Integration im Gesundheitswesen, in: Das Gesundheitswesen (Jg. 71), Thieme Verlag, Stuttgart
- § Sonja Stark, Virginia Wangare-Greiner, Hans Wolter (2006): „Frankfurter Afrika-sprechstunde – Gesundheitsberatung für Menschen mit Migrationshintergrund im Regeldienst“, in: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.), Gesundheit und Integration, Ein Handbuch für Modelle guter Praxis, Berlin (2. Auflage, September 2007), Seite 93 - 99
- § Stadt Frankfurt am Main (Hg.) (2005): „Integrationsbericht 2005. Förderung von Integrationsmaßnahmen und Ausländervereinen durch die Stadt Frankfurt am Main“, 93 Seiten inkl. Anlagen, Frankfurt a.M.
- § Wolter, Hans (2000): „Migrantenversorgung im Stadtgesundheitsamt Frankfurt am Main am Beispiel der „Roma-Sprechstunde“, in: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hg.): Handbuch zum interkulturellen Arbeiten im Gesundheitsamt (erarbeitet vom Bundesweiten Arbeitskreis Migration und öffentliche Gesundheit), Berlin

5.5 Chemnitz

Beratung im Verein – Brücken zu den kommunalen Ansprechpartnern bauen

„Jede Nation hat ihren eigenen Charakter – will man Einwanderern bei der Integration helfen und sie beraten, ist das Wissen um diese Besonderheiten ebenso wichtig wie die Muttersprache“, betont Nguyen van Duc, Vorstandsvorsitzender der Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz e.V. „Treten beispielsweise in einer vietnamesischen Familie Probleme auf, dann würde der Familienvater nicht zu einer Beratungsstelle in der Stadt gehen – aber er kommt zu uns.“ Das wissen auch die Mitarbeiter der Stadt und fördern daher eine Beratungs- und Betreuungsstelle bei der Vereinigung der Vietnamesen mit 22.000 € im Jahr für Personal und Sachkosten. Damit kann eine

halbe Stelle für einen Berater finanziert werden, der in beiden Welten Zuhause ist und erfahren in sozialer Arbeit. „Die Beratung setzt der Verein eigenständig um und liefert bei uns jährlich einen Sachbericht ab, anhand dessen prüfen wir, ob der Auftrag erfüllt wurde, und danach wird entschieden, ob und ggf. mit welchen Änderungen der Leistungsbeschreibung ein Zuwendungsbescheid für das kommende Jahr erfolgt“, berichtet Ulrike Riethmüller vom Sozialamt der Stadt Chemnitz, Abteilung Migration, Integration und Wohnen, das für diese Förderung zuständig ist. Der entsprechende Antrag für die Beratung im Folgejahr, liegt der Stadt zu dem Zeitpunkt längst vor, denn der muss jeweils bis April des Vorjahres gestellt werden. Seit 1996 wurde diese Förderung ein ums andere Mal jeweils um ein Jahr verlängert.

Keine Tabus in der Beratung

„Wir beraten zu allem, was unseren Landsleuten unter den Nägeln brennt“, sagt van Duc. Die Palette reicht von sozialen Problemen, über Betreuung von Familien, Bildung, Integration der Vietnamesen bis zur Bewahrung der Kultur. Besonders häufig kommen Aspekte zur Kindererziehung, Familienprobleme, Erwachsenenbildung, Fragen zur Ausländerbehörde oder Formalitäten mit der Agentur für Arbeit zur Sprache. Van Duc: „Wir helfen beispielsweise auch, Anträge der Arbeitsagentur auszufüllen oder begleiten die Leute zur Beratung, um dort zu dolmetschen oder zu erklären, warum ein Termin nicht wahrgenommen werden konnte.“ Die etwa 700 in Chemnitz lebenden Vietnamesen leben sehr auf ihre Community bezogen und versuchen sich gegenseitig zu helfen, wo es nur geht – sie nehmen kaum die angebotenen Regelberatungen in Anspruch, es gibt Hemmungen und Sprachprobleme, die das verhindern. „Das Beratungsangebot soll dafür keinen Ersatz

Die Kooperation im Überblick

Initiator:	Kommune / Migrantenorganisation
Hauptthema:	Sozialberatung
Förderobjekt:	Regelangebot für bestimmte Zielgruppe
Kooperationsart:	a) Unterstützung der MO, um einen Beratungsauftrag zu erfüllen b) Förderung von Veranstaltungen / Integrationsnetzwerk
Involvierte Partner:	a) eine MO, ein Amt b) diverse MO, Ämter, Träger
Dauer:	langfristig, Ende offen
Art der Förderung:	a) Personal- und Sachkostenkosten, institutionelle Förderung b) Projekt-/Maßnahmenförderung
Förderbudget:	a) 22.000 € / Jahr b) unterschiedlich
Charakteristika	Zugang zu deutschen Systemen schaffen, transferierbar

bieten, sondern darauf hinwirken, dass diese Migrantinnen und Migranten an das Hilfesystem der Stadt angeschlossen werden“, erläutert Riethmüller.

Eine vergleichbare Förderung zur Beratung und Betreuung erhält in Chemnitz auch die jüdische Gemeinde. „Diese Förderung lohnt sich überall dort, wo eine Nationalität noch sehr auf die eigene Community bezogen lebt und über den entsprechenden Verein eine ausreichend große Zielgruppe erreicht werden kann“, erläutert Ulrike Riethmüller. „Bei einer Zielgruppe von 70-80 Personen wäre ein spezifisches Beratungsangebot überdimensioniert, da sollten dann die Beratungsstellen der Regeldienste genutzt werden“.

Stadt Chemnitz – Strukturen und kommunale Netzwerkarbeit zur Förderung der Integration

1993 gründete sich mit der Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz e. V. die erste Migrantenselbstorganisation. Diesem Beispiel folgten weitere Migrantengruppen. Heute bestehen zehn Vereine, die durch in Chemnitz lebende Nationalitätengruppen gegründet wurden. Mit etwa 750 Vietnamesen in Chemnitz, zählen diese zu den größten Nationalitätengruppen der Stadt. Die meisten kamen als Vertragsarbeitnehmer zu Zeiten der DDR und leben seit 25-30 Jahren hier. Die größte Zuwanderergruppe in Chemnitz sind Menschen aus der Ukraine, die als Angehörige jüdischen Glaubens bzw. jüdische Emigranten Aufnahme finden. Zur Unterstützung der sozialen Belange dieser Gruppe von Zuwanderern erhält auch die jüdische Gemeinde der Stadt Chemnitz eine institutionelle Förderung. Über Projekte und Zuschüsse gibt es jedoch Unterstützungsmöglichkeiten für alle Vereine, beispielsweise stehen bis zu 450 € je Verein für gemeinwesenorientierte Förderung zur Verfügung. Das greift beispielsweise, wenn ein Kinderfest veranstaltet werden soll. Eine AG In- und Ausländer unterstützt und berät Vereine bei der Antragstellung. „Jeder Nationalitätenverein hat seine Spezialfunktion, die brasilianischen Frauen ebenso wie die jüdischen Frauen oder der Verein für blinde und sehgeschwache russische Zuwanderer“, so Riethmüller, „wir sind für jeden da und das machen wir auch deutlich – manchmal mit Informationen in der Muttersprache“

Kooperationen zwischen der Kommune und den Vereinen einschließlich der Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz existieren auch über die Beratungsstelleangebote und Projekte hinaus. So ist die Vereinigung der Vietnamesen, wie alle anderen Träger der Migrationssozialarbeit und am Integrationsprozess beteiligten Institutionen Mitglied im Integrationsnetzwerk für Migranten/Migrantinnen, das 1999 gegründet wurde, und nimmt an den halbjährlich stattfindenden Sitzungen teil. Die Mitglieder dieses Netzwerks waren alle in die Entwicklung des jüngst erschienenen Integrationskonzeptes, dem Rahmenplan zur Integration, involviert. Darüber hinaus nimmt die Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz an den Interkulturellen Wochen der Stadt teil und stellt Anträge zur Unterstützung weiterer kultureller Veranstaltungen, die von der Kommune finanziell unterstützt werden.

Chemnitzer Rahmenplan zur Integration

„Integration ist eine Herausforderung, der sich anschließend an die Bundespolitik die Länder und Kommunen stellen müssen. Der Prozess der Integration spielt sich letztlich in den Kommunen ab, in denen Menschen verschiedenster Herkunft, Kultur, Sprache und Religi-

on zusammenleben und dort Gesellschaft prägen. Dies trifft auch auf die Stadt Chemnitz zu.“ So steht es in der Beschlussvorlage des Rahmenplans zur Integration von Migranten/Migrantinnen in Chemnitz vom Juni 2008. Mit einem Ausländeranteil von etwa 2,8 Prozent leben unter den 241.344 Einwohnern vergleichsweise wenig Zugewanderte. Zusätzlich zu diesen Menschen mit ausländischem Pass wohnen in der Stadt etwa 8.000 Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Deutsche aus der GUS und Eingebürgerte, sodass der Gesamtanteil der Migranten und Migrantinnen auf 6,5 Prozent geschätzt wird. Diese Bürger mit Migrationshintergrund sind nach Angabe der Kommune in den einzelnen Stadtteilen durch ein breit gefächertes Netzwerk an Beratungsstellen und niedrigschwelligen Angeboten der Migrationsarbeit integriert. Zuständig für die Integration von Zugewanderten ist die Abteilung Migration, Integration und Wohnen des Sozialamtes. Im Rahmenplan heißt es weiter: „Der Förderung der Integration wurde in unserer Stadt schon lange ein hoher Stellenwert beigemessen. Grundlegende Strukturen zur Koordination und Integrationsförderung bestehen. Mit der hier vorliegenden Planung soll eine neue Qualität der Integrationsförderung erreicht werden, die durch Bündelung der vielfach bestehenden Ressourcen, durch Festschreibung konkreter und umsetzbarer Maßnahmen und Schaffung neuer Kooperationen im gemeinsamen Interesse einer erfolgreichen Integration und eines toleranten und akzeptierenden Miteinanders von Einheimischen und Zugewanderten gekennzeichnet ist.“ Neben den diversen Fachämtern der Stadt wurden auch der Ausländerbeirat und das 1999 gegründete Integrationsnetzwerk für Migranten/Migrantinnen bei der Erstellung des Rahmenplans hinzugezogen. Im Netzwerk arbeiten nach Vorgaben einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung Vertreterinnen und Vertreter von allen geförderten Vereinen und Migrantenorganisationen, der Polizei, Sprachkursträgern, der VHS und der Ausländerbehörde zusammen. „Wir überlegen gemeinsam, was man machen könnte beziehungsweise müsste“ erläutert Ulrike Riethmüller vom Sozialamt, „wir sitzen also nicht etwa in unserem Amt und warten, bis Nationalitätenvereine oder andere Akteure mit ihren Anliegen zu uns kommen – wir sprechen sie an, laden sie ein, gehen aktiv auf sie zu.“

Ziele dieser Kooperation sind:

- § Fachaustausch
- § dem Kontakt- und Beratungsbedarf der Zuwanderer gerecht werden
- § Entwicklung von Netzwerkstrukturen und Fachgremien
- § Transparenz erreichen
- § Integration der Migranten in alle Lebensbereiche des Gemeinwesens

Aktuell wird auf Basis des Rahmenplanes zur Integration von Migrantinnen und Migranten der Stadt Chemnitz ein konkreter Maßnahmenplan im Integrationsnetzwerk erarbeitet, der noch in diesem durch den Stadtrat verabschiedet werden soll.

Fördertöpfe zur Integration in Chemnitz

In Chemnitz werden kommunale, Landes-, Bundes- bzw. EU-Mittel bei der Integrationsarbeit zum Einsatz gebracht.

Kommunal gilt die „Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung sozialer Dienste (Fachförderrichtlinie Soziale Dienste)“ Über diese Richtlinie erfolgen Zuwendungen für ambulante Dienste, Angebote und Einzelmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit mit

dem Ziel der sozialen Chancengleichheit und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und um das friedliche und demokratische Miteinander im kommunalen Gemeinwesen zu erhalten. Die Förderung erfolgt auf Grundlage von:

- § § 2 Abs. 1 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen
- § § 17 Abs. 1, 3 und § 28 Abs. 2 SGB I
- § §§ 1, 5 SGB XII
- § § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes (AGBtG)
- § § 45 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).

Hierüber werden auch die Dienste der Beratung, Betreuung und Begegnung für Migranten/Migrantinnen gefördert. Dazu gehören unter anderem die Beratungsstelle für Ausländer/Ausländerinnen und Flüchtlinge der Caritas für Chemnitz und Umgebung e. V., das Interkulturelle Begegnungs- und Betreuungszentrum (IBBZ) der AG In- und Ausländer e. V., die Jüdische Gemeinde, der Verein der Vietnamesen in Chemnitz e.V. und das Deutsche Rote Kreuz mit einer Beratungsstelle für Aus- und Weiterwanderer. Insgesamt wurde beispielsweise im Jahr 2007 eine Fördersumme für die soziale Arbeit mit Migranten und Migrantinnen in Höhe von rund. 311.000,00 € eingesetzt.

Die Kommune erhält zudem über die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Eingliederung von Zuwanderern **Landesmittel**, im Jahr 2008 in Höhe von 24.351,70 €, die ebenfalls für Projekte der sozialen Arbeit mit Migranten verwendet werden. Diese Zuwendungen als Anteilsfinanzierung bis zu 90 Prozent sollen Maßnahmen unterstützen, die helfen, Zuwanderern und ihren Familienangehörigen die Eingliederung in das berufliche, kulturelle und soziale Leben im Freistaat zu erleichtern. Auch die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (FRL „Wir für Sachsen“) bietet Fördermöglichkeiten von Migrantenorganisationen. Gefördert wird das bürgerschaftliche Engagement insbesondere in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur und Sport. Zuwendungsempfänger sind die Projektträger über die freiwillig Engagierten monatlich für durchschnittlich mindestens 20 Stunden eine pauschale Aufwandsentschädigung von bis zu 40 EUR gewährt wird. Ein wichtigstes Instrument zur Finanzierung der Europäischen Beschäftigungsstrategie ist der Europäische Sozialfonds. Dazu hat der Freistaat Sachsen das Zuschussprogramm Lokales Kapital für Soziale Zwecke erstellt. Die Förderung soll lokale Akteure in die Lage versetzen, örtlich vorhandenes Potential zur Beschäftigung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu mobilisieren. Die Laufzeit beträgt bis zu 12 Monate bei einem Förderbetrag bis zu 10.000 € – in begründeten Einzelfällen bis zu 20.000€. Auch hier können Migrantenorganisationen partizipieren.

Schließlich seien der Vollständigkeit halber noch in Frage kommende **Bundes- bzw. EU-Förderungen** genannt. Das sind das LOS Bundesprogramm „STÄRKEN vor Ort“, der Europäischer Flüchtlingsfond (EFF), der Europäische Integrationsfond (EIF), der Europäische Sozialfond (ESF) sowie EFRE: Ihnen allen ist jedoch ein sehr aufwändiges und strikt festgelegtes Antragsverfahren eigen, sodass Migrantenorganisationen hier selten zum Zuge kommen.

Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz

Gegründet wurde der Verein 1993 von zehn Personen, denn: „Wir mussten etwas machen in Bezug auf das Bleiberecht für Facharbeiter aus Vietnam“, berichtet Nguyen van Duc, der Vorstandsvorsitzende der Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz. Inzwischen hat der Verein circa 100 Mitglieder, erreicht aber die ganze Community mit rund 700 Vietnamesen in Chemnitz durch seine Angebote. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben, der Verein finanziert sich ausschließlich über öffentliche Fördermittel und Spenden der Mitglieder oder deren Geschäftspartner. Ein Großhändler, bei dem viele der vietnamesischen Einzelhändler einkaufen, konnte beispielsweise für eine Spende gewonnen werden. Anträge für Projektförderungen einzureichen, stellt den Vereinsvorstand stets vor große Herausforderungen. „Zum Glück hilft uns das Team vom Sozialamt und außerdem habe ich einen deutschen Freund der mich ebenfalls unterstützt“, sagt van Duc.

Von A wie „Ausbildung“ bis Z wie „Zertifikats-Kurs“ ist alles möglich

Die größten Ereignisse bei der Vereinigung der Vietnamesen in Chemnitz sind jedes Jahr die beiden großen kulturellen Feste: das vietnamesische Neujahrsfest im Februar, zu dem regelmäßig etwa 600 Gäste kommen, und das Herbstfest im August, das vor allem für Kinder ist – da kommen bis zu 400 vietnamesische Kinder mit ihren Eltern. Ein weiteres Kulturevent ist die Teilnahme an den interkulturellen Wochen, welche die Ausländerbeauftragte Heike Steege organisiert und die alljährlich für 2 Wochen ein interkulturelles Flair in die Stadt tragen. „Wir haben uns von Anfang an beteiligt – es gibt immer einen Stand unseres Vereins und ein Kulturprogramm mit Gesang; Musik und Tanz - auch ein Kinderfest gehört dazu“, berichtet Nguyen van Duc. Angebote für Kinder sind für den Verein sehr wichtig, daher gibt es Unterstützung für die Schule oder Sportangebote: Van Duc: „Wer in der Schule gute Noten bekommt, erhält vom Verein eine Auszeichnung.“ Um seine Kleinsten zu fördern, kooperiert die Vereinigung zudem mit anderen Projekten, beispielsweise über einen weiteren Träger der im interkulturellen Lernen in Schulen aktiv ist. Auch in Informationsangeboten für Schulabgänger ist die Migrantorganisation involviert, die den jungen Menschen Informationen zu Berufen und Berufsausbildung gegeben. Kurse für kleine Kinder, damit sie ihre Muttersprache nicht vergessen, führt der Verein selbst durch.

„Wir wollen unsere Landsleute, ob sie nun Mitglieder sind oder nicht, zu gegenseitiger Hilfe animieren und das Leben wir vor: wenn beispielsweise jemand krank ist oder eine Beerdigung stattfindet, dann besuchen wir die Familien“, berichtet van Duc. Dabei will der Vorsitzende nicht, dass seine Leute sich absondern, im Gegenteil: Viele Veranstaltungen tragen dazu bei, dass Chemnitz und Sachsen den Vietnamesen vertrauter werden. So werden Studienreisen und Ausflüge angeboten, die auf reges Interesse stoßen. Drei Busse wurden zum Beispiel benötigt, um alle Interessierten zu einem Ausflug in den Stadtpark zu transportieren, und mit zwei Bussen reisten die Vietnamesen aus Chemnitz zu einem Landtagsbesuch mit Führung.

Bildung und Weiterbildung sind weitere Schwerpunkte der Vereinstätigkeit. Um die Chancen für die ehemaligen Facharbeiter der DDR auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, wurden in den Jahren 1996 bis 2002 gemeinsam mit Bildungsträgern Weiterbildungsangebo-

te organisiert. Zu Dienstleistung, Gastronomie, EDV und Verkauf bildeten sich die Migrantinnen und Migranten weiter und schlossen dies mit einem Zertifikat ab. „Vor zwei Jahren haben wir angefangen, unsere Landsleute sehr eindringlich dazu aufzurufen, dass sie Integrationskurse belegen“ berichtet – denn es ist wichtig die deutsche Sprache zu beherrschen und die Strukturen kennen zu lernen“, betont der Vereinsvorsitzende: Auch hier setzt ein Bildungsträger vor Ort die Integrationskurse für Vietnamesen um, die Teilnehmer jedoch kommen über den Verein in den Kurs:

Weiterführende Informationen

§ Stadt Chemnitz (HG): „Rahmenplan zur Integration von Migranten/Migrantinnen in Chemnitz“, 35 Seiten, Stadt Chemnitz 2008

5.6 Stuttgart

Kultur pur – das Deutsch-Türkische Forum bietet hochwertiges türkisches Kulturprogramm und mehr

Wie kann das Zusammenleben von Deutschen und Türken in Stuttgart verbessert werden? Auf diese Frage suchten deutsche und türkische Bürger der Stadt Stuttgart Antworten. Mit Hilfe der Robert-Bosch-Stiftung konnte eine entsprechende Studie beim Zentrum für Türkeistudien in Essen in Auftrag gegeben werden. Die Antwort: Eine neue Organisation, mit öffentlichen Geldern gestützt damit eine hauptamtliche Führung möglich ist, die innovative Angebote für Kultur und Bildung entwickelt und umsetzt. 1999 schlug daraufhin die Geburtsstunde des Deutsch-Türkischen Forums Stuttgart (DTF) – gefördert durch das Kulturreferat der Stadt Stuttgart, die Robert-Bosch-Stiftung und die Landesregierung Baden-Württemberg. Das Land stieg bereits nach zwei Jahren als Geldgeber aus, die Robert-Bosch-Stiftung förderte regressiv, also Jahr für Jahr ein bisschen weniger, bis 2007 auch deren Förderung beendet war. „Das hatte zur Folge, dass wir mit der Umsetzung der Aktivitäten ganz schön kämpfen mussten“, erinnert sich Kerim Arpad, der heutige Geschäftsführer des DTF. „Folglich stellten wir einen Antrag bei der Stadt Stuttgart auf Erhöhung der Mittel und Umwandlung von der Projekt- in eine institutionelle Förderung, die Ende 2007 bewilligt wurde“. 100.000 € erhält das Deutsch-Türkische Forum seitdem vom Kulturreferat, was damals einer Aufstockung um etwa 40.000 € entsprach. Davon werden neben Miet- und Sachkosten auch 2,0 Personalstellen verteilt auf drei Personen finanziert. Weitere Einnahmen hat

Die Kooperation im Überblick

Initiator:	Migrantenorganisation
Hauptthema:	Kultur
Förderobjekt:	hochwertiges Kulturangebot / Bildung
Kooperationsart:	a) institutionelle Förderung b) Projektförderung
Involvierte Partner:	a) eine MO, Kulturreferat b) diverse Vereine, Stabsabteilung Integrationspolitik u.a., Robert-Bosch-Stiftung
Dauer:	langfristig, Ende offen
Art der Förderung:	a) Personal- und Sachkosten, institutionelle Förderung b) Projekt-/Maßnahmenförderung
Förderbudget:	a) 100.000 € / Jahr b) unterschiedlich
Charakteristika	Toleranz/Wertschätzung entwickeln, bedingt transferierbar

der Bürgerverein über Projektförderungen, Spenden, über Eintrittsgelder der Kulturveranstaltungen und durch die Beiträge der knapp 200 Mitglieder, die je etwa zur Hälfte einen türkischen Migrationshintergrund haben oder gebürtige Deutsche sind. Mitglieder erhalten Informationen über Veranstaltungen aus erster Hand, vergünstigten Eintritt und Angebote, die sich an der Nachfrage orientieren, wie einen Lesekreis oder eine Wandergruppe. Die Anfragen, die das DTF täglich erreichen, sind vielseitig, so dass man 2007 ein Infozentrum eingerichtet hat, das für Anliegen von Deutschen und Türken offen steht. Angefangen von Anfragen zu türkischen Hochzeitsbands bis hin zu Versetzungsfragen hilfesuchender Eltern, das Forum dient als Anlaufstelle zu deutsch-türkischen Themen aller Art. Und auch die Politik sucht Rat beim DTF: Vertreter des Vereins wirken mit beim Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin, beim Landesintegrationsplan Baden-Württemberg und im Internationalen Ausschuss der Stadt Stuttgart.

Einmalige Kulturangebote – ein Erlebnis für Deutsche und Türken

Die Lesungen unter dem Titel „LITERATÜR“, die Deutsch-Türkischen Filmtage „SiNEMA“, die Openair-Konzerte Caz á la Turca oder die Deutsch-Türkische Kabarettwoche suchen hierzulande wohl vergeblich ihresgleichen. „Die Gründungsväter und meine Vorgängerin Jale Yoldas wollten ein Kulturangebot schaffen, das sich abgrenzt vom Mainstream und von folkloristischen Bauchtänzen – wir wollten einen zeitgenössischen Ansatz, der mit anderen anspruchsvollen Kulturveranstaltungen der Stadt mithalten kann“, erklärt Kerim Arpad. Einer der ersten, die in dem Zusammenhang eine Lesung im Literaturhaus Stuttgart hielten, war beispielsweise im Jahr 2001 Orhan Pamuk, der in türkischer Sprache mit deutscher Übersetzung aus seinem Roman „Rot ist mein Name“ las. Pamuk war überrascht, dass hier, anderes als bei sonstigen Lesungen in Deutschland, auch vermehrt türkischsprachige Menschen im Publikum saßen. Arpad: „Die zeitgenössische türkische Kultur und Kunst ist unter türkischen Migrantinnen und Migranten hierzulande wenig bekannt.“ Doch offensichtlich kommt sie an, denn seine jüngste Lesung hielt Pamuk vor 1.300 Besuchern. „Nicht alle unsere Literatur-Nächte sind so gut besucht“, räumt Arpad ein, „aber ausreichendes Interesse ist stets vorhanden – bei Zugewanderten und Einheimischen gleichermaßen“.

Auch der türkische Arthausfilm ist in Deutschland kaum bekannt, ein Umstand, den die Deutsch-Türkischen Filmtage ändern sollen, indem sie seit 2003 ausgezeichnete Filmproduktionen zeigen – deutsch untertitelt, versteht sich. Spielfilme, Dokumentarfilme und Kurzfilme werden für eine Woche im Kommunalen Kino Stuttgart und seit 2008 im Delphi Arthaus Kino angeboten und auch involvierte Filmemacher und Darsteller sind vor Ort und stehen dem Publikum Rede und Antwort: Hier leistet das Deutsch-Türkische Forum ebenfalls Pionierarbeit, denn: „Kommt ein türkischer Klamaukfilm in die deutschen Programmkinos, dann ist die Vorstellung schnell ausverkauft, wird jedoch ein ausgezeichnete türkischer Arthausfilm präsentiert, kommt keiner“, weiß Kerim Arpad. Dabei seien gerade mit dem Medium Film auch schwierige Themen darstellbar wie Konflikte in der Türkei; Menschenrechtsfragen oder Gewalt gegen Frauen. Bis 2007 wurden die Filmtage als Projektförderung von der Stadt unterstützt, seit Aufstockung der institutionellen Förderung fiel diese weg. Neben Sponsoren aus Stuttgart konnte inzwischen die Robert-Bosch-Stiftung zur finanziellen Unterstützung für dieses Projekt gewonnen werden. Arpad: „Seit dem Ende der Förderperiode 1999 bis 2007, unterstützt die Robert-Bosch-Stiftung verschiedene Projekte des Forums.“

Ob „halb getürkt“ mit Bülent Ceylan, „TRäume - albtrEUME“ mit Muhsin Omurca, „Getürkte Fälle – Ein Cop packt aus“ mit Murat Topal oder „Im Dienst am ‘Fatih-Land’“ von Fatih Çevikkollu – deutsch-türkisches Kabarett ist nicht nur in der Integrationsszene recht bekannt, seit es auch vom Fernsehen entdeckt wurde. Neben Highlights aus der Deutsch-Türkischen Kabarettsszene erwartet das Publikum der Stuttgarter Kabarett-Wochen vom DTF aber auch relativ Unbekanntes, beispielsweise eine Karikatur-Ausstellung zu aktuellen politischen Themen der Satirezeitschrift "Don Quichotte". Die jährlichen Kabarett-Wochen im Renitenztheater Stuttgart sind daher in aller Regel ausverkauft. Hier finden sich nicht allein Deutsche, Deutsch-Türken und Türken ein, sondern auch Menschen aus Italien oder Griechenland haben hier viel zu lachen. „Die institutionelle Förderung muss in dem Fall nur noch für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden, alles andere trägt sich über den Eintritt“, berichtet der Geschäftsführer des DTF.

Neben diesen drei großen Ereignissen beteiligt sich das Forum auch an anderen Veranstaltungen wie dem Sommerfestival der Kulturen, einem Weltmusik-Festival, bei dem das DTF den türkischen Abend namens Caz á la Turca mit Jazz, Balkan- oder Folkmusik organisiert. Mit dieser breiten Palette an Deutsch-Türkischer Kultur- und Kunstveranstaltungen ist das Forum in Deutschland einzigartig: Arpad: „Es gibt entsprechende Kulturvereine beispielsweise in Köln, Nürnberg oder Frankfurt, die einzelne Sparten bedienen, aber ein umfassendes Angebot wie beim Deutsch-Türkischen-Forum gibt es kein zweites Mal in Deutschland – was schade ist, denn die türkischen Künstler, die wir engagieren, könnten und würden auch in anderen deutschen Städten auftreten.“ Ein Transfer wäre von daher durchaus wünschenswert, allerdings bedarf es dazu eines entsprechenden Publikums mit ausreichend Kulturinteressierten. „Denn es geht nicht um die Unterstützung der traditionellen Heimatkulturpflege, da diese nur geringen integrativen Charakter hat“, erläutert Arpad. Zudem sei es nicht leicht, in der stark gewachsenen Landschaft der Migrantennorganisationen einen weiteren Verein zu etablieren – aber ein Versuch lohnt sich offenbar.

Bildung – kein Privileg für Biodeutsche

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt des Forums ist Bildung. „Es läuft etwas schief bei der Bildung von Migrantinnen und Migranten – das wurde bereits im Jahr 2000 deutlich, als noch kaum jemand über Integration sprach“, berichtet Kerim Arpad. Deshalb haben im Dezember 2000 das Deutsch-Türkische Forum Stuttgart (DTF), die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg (tgbw) und die ATA Bildungsakademie aktiv gemeinsam die Bildungsoffensive für türkischsprachige Menschen in der Region Stuttgart (BoS) gestartet. Die Bildungsoffensive wird von 20 türkischen Vereinen und Elternbeiräten sowie dem Bildungsattaché beim türkischen Generalkonsulat Stuttgart getragen. Innerhalb von BoS wurden drei Arbeitsgruppen – Kindergarten, Schule und Ausbildung – gebildet, in denen sowohl ein Informationsaustausch zwischen den Teilnehmern stattfindet, als auch gemeinsame Projekte ausgearbeitet werden. Das Ağabey-Abla-Modell-Projekt, zu deutsch „großer Bruder – große Schwester“, und das Projekt „Eltern aktiv“ gingen aus dieser Bildungsoffensive hervor.

Ağabey-Abla wurde vom Forum bis heute zu einem Mentoren-Projekt weiterentwickelt, die Grundidee ist allerdings die gleiche geblieben: Abiturienten und Studenten türkischer Herkunft unterstützen junge Landsleute – insbesondere Grund- und Hauptschülerinnen und -

schüler. Aktuell werden im Projekt 50 Stipendien an Abiturienten und Studenten vergeben, die zwischen 1200 und 1500 € jährlich betragen. „Davon werden die jungen Leute nicht reich, aber es hilft beispielsweise, um die Semestergebühr zu bezahlen, und es ist vor allem eine Anerkennung“, erklärt Kerim Arpad. Die Mentoren geben Schülern Förderunterricht, meist als Einzelunterricht, und sie leisten auch eine soziale Betreuung der Jugendlichen, das heißt, sie besuchen beispielsweise gemeinsam eine Bibliothek oder gehen zu einer Sportveranstaltung – eben all das, was ein großer Bruder oder eine große Schwester ihren jüngeren Geschwistern bieten kann. Außerdem wirken die Mentoren als Bindeglied zwischen Elternhaus und Schule, und stärken so die Elternbeteiligung in der Schule. Eine weitere Aktivität im Bereich der Schulbildung ist das Projekt "Ästhetische und interkulturelle Bildung an Schulen", das im August 2007 begonnen hat und durch die Robert Bosch Stiftung sowie die Stabsabteilung für Integrationspolitik der Landeshauptstadt Stuttgart gefördert wurde. Mit der Unterstützung von Künstlern erhält der Kunstunterricht ganz andere Nuancen – beispielsweise wird der Stadtteil, in dem die Kinder leben, im Modell nachgebaut, türkische Ornamente ausgemalt, orientalische Teppiche gewebt oder an einem Projekttag „Mittelmeer“ wird gekocht, gewebt und gemalt wie in der Türkei. „Die Lehrer berichten uns, dass türkische Kinder, die sonst sehr still sind, auf einmal mitmachen, weil sie sich wiederfinden“, freut sich Arpad, „und auch die deutschstämmigen Schülern sind sehr interessiert und sehen die Türkei und ihre Schulkameraden mit ganz anderen Augen“. Dennoch, zum Selbstläufer ist dies noch nicht geworden, sodass eine entsprechende Projekte Jahr für Jahr beantragt werden müssen.

Eine wirkungsvolle Förderung von Schülern türkischer Herkunft bedarf der Unterstützung ihrer Eltern. Arpad: „Auch in Stuttgart standen die Schulen vor dem Problem, die Eltern nicht zu erreichen – dabei sind diese durchaus ansprechbar und interessiert, man muss nur wissen wie“. Über die richtigen Informationskanäle, mit einer anderen Atmosphäre in den Klassenräumen und mit Unterstützung muttersprachlicher Referenten, werden in Stuttgart seit 2001 Elternseminare erfolgreich angeboten und sind gut besucht. Dabei geht es vor allem um die folgenden Inhalte:

- § Erziehung
Rechte und Pflichten als Eltern, Erziehungsmethoden, Verhaltensweisen in der Erziehung, außerschulische Entwicklung des Kindes
- § Deutsches Bildungssystem
Wichtigkeit von Bildung, Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Schule, Kommunikation zwischen Eltern und Lehrern
- § Gesundheitswesen
Impfungen, Zahnpflege, Suchtvorbeugung
- § Integration
Maßnahmen der Stadtverwaltung

Alle vorab genannten Aktivitäten stellen einen Ausschnitt dessen dar, was das Deutsch-Türkische Forum seit nunmehr 10 Jahren erfolgreich umsetzt – und dies dank der Basis einer institutionellen Förderung. Es geht dabei vor allem darum, die Gleichberechtigung zwischen Deutschen und Türken zu fördern und sich für gegenseitige Toleranz einzusetzen. Dabei soll, nach der Prämisse des DTF, Toleranz weit mehr sein als das Akzeptieren des Anderen oder des Fremden. Toleranz im besten Sinne heißt, offen sein, den Anderen kennen zu lernen und sein Anders-Sein wertzuschätzen.

Stuttgarter Bündnis für Integration

38 Prozent der Stuttgarter Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. „Damit die Menschen aus 170 Nationen gute Stuttgarterinnen und Stuttgarter werden, bedarf es einer ganzheitlichen Integrationspolitik“, so Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister von Stuttgart im Vorwort zum Bündnis für Integration. Im Jahr 2001 habe Stuttgart als erste deutsche Stadt mit dem Bündnis für Integration ein Gesamtkonzept für die Integration und Partizipation von Zuwanderern entwickelt, heißt es weiter. Dessen Weiterentwicklung wurde 2007 veröffentlicht und im Mai 2009 steht wiederum eine neue Version an.

Das Bündnis für Integration verlangt eine stärkere Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben der Stadt. Dies gilt nicht nur für Einzelpersonen, sondern auch für formell oder informell organisierte Gruppen. Stuttgart fördert dabei Einzelveranstaltungen, Projekte und die Arbeit gemeinnütziger Vereine in vielfältiger Weise. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht grundsätzlich nicht. Nicht gefördert werden Aktivitäten, bei denen religiöse oder weltanschauliche Ziele im Vordergrund stehen oder die der Wahlwerbung dienen. Für folgende Bereiche existieren Förderrichtlinien :

- § [Raumüberlassung](#)
- § [Vereinsförderung durch das Kulturamt](#)
- § [Förderung interkultureller Aktivitäten](#)
- § [Fördermöglichkeiten für Migrantenvereine im Bereich Jugend](#)
- § [Fördermöglichkeiten für Migrantenvereine im Bereich Sport](#)
- § [Förderung von Projekten und Veranstaltungen im Bereich Integration](#)
- § [Fördermöglichkeiten für Migrantenvereine im Bereich Gesundheit](#)

„Die Stadt Stuttgart arbeitet in verschiedener Weise mit Migranten und ihren Organisationen zusammen“, erläutert Gari Pavkovic, Leiter der Stabsabteilung Integrationspolitik.

„Das Kulturamt fördert beispielsweise institutionell die Arbeit des Forums der Kulturen und des Deutsch-Türkischen Forums, die verschiedene Integrationsprojekte durchführen.“ Im Bereich Kultur sind insgesamt über 200 Migrantenkulturvereine und interkulturelle Initiativen aktiv.

Kulturförderung – Stuttgarts Kultur soll in allen Farben schillern

„Die internationale Bevölkerung in Stuttgart und im Umland sucht verstärkt die Gelegenheit, ihre Farben, ihr Profil zu zeigen. Sie möchte zu Recht im Kulturleben der Stadt vorkommen und ihre Interessen im kulturellen Angebot der Stadt aufgenommen sehen.“

Auch dies ist ein Zitat aus dem Bündnis für Integration. „Migrantenorganisationen wollten mit ihren kulturellen Aktivitäten nicht im sozialen Bereich angesiedelt sein, sondern bei uns, daher wurde der Fachbereich Interkultur 1990 geschaffen“, erläutert Annette Brenner-Verdi vom Kulturamt. „Die Aufgaben, die Migrantenorganisationen übernehmen, sind vielfältig und wichtig – das könnte die Stadt selbst gar nicht leisten und das anerkennen und fördern wir.“ Das Kulturangebot in Stuttgart solle in allen Farben schillern und dafür müsse man etwas tun, denn letztendlich trage dies zum Wohlbefinden der Stuttgarter

Bürger bei. Damit das so bleibt, gibt es allein im kulturellen Bereich vielfältige Fördermöglichkeiten – auch oder ausschließlich für Migrantenorganisationen.

Institutionell

Neben zahlreichen interkulturellen Vereinen und Initiativen, wie etwa dem Arbeitskreis der Lateinamerikanischen Vereine, ist das Deutsch-Türkische Forum ein Verein, der in der Region Stuttgart die kulturelle Integration fördert. Dieser Verein versteht sich als Begegnungsforum, bei dem türkische und deutsche Bürger gleichberechtigt als Partner in einen Dialog treten können. Neben der Durchführung von renommierten Kulturveranstaltungen wie Ausstellungen, türkische Kabarett- und Filmtage, das Festival „Simdi Stuttgart“ engagiert sich das Deutsch-Türkische Forum (DTF) seit einigen Jahren verstärkt im Bereich der schulischen Bildungsförderung und in der Elternbildungsarbeit. Das Kulturredereamt fördert das DTF institutionell mit 100.000 € pro Jahr. Eine vergleichbare Förderung erhalten zudem das Forum der Kulturen, das seit 11 Jahren gefördert wird, und zwar aktuell mit 193.600 € im Jahr. Erwähnenswert ist für den interkulturellen Bereich beispielsweise deren Herausgabe der Veranstaltungszeitschrift „Interkultur Stuttgart“, worin sich Migrantenorganisationen mit ihren Aktivitäten widerspiegeln können und Termine bekannt gegeben werden. Institutionell wird zudem noch das Deutsch-Amerikanische Zentrum mit 57.500 € jährlich gefördert.

Spezieller Fördertopf

Insgesamt 75.000 € stellt das Kulturredereamt Stuttgart pro Jahr ausschließlich für die Förderung von Kultur-Veranstaltungen der Migrantenorganisationen zur Verfügung. Durch eine Richtlinie ist sehr klar definiert, was mit welchen Sätzen gefördert wird, für Theaterveranstaltungen gibt es beispielsweise bis zu 1.700 €, für Konzerte maximal 1.300 € oder für Lesungen höchstens 400 €. Grundlage sind die in einem einzureichenden Kosten- und Finanzierungsplan enthaltenen zuwendungsfähigen Ausgaben, allerdings darf der endgültig bewilligte Zuschussbetrag nicht höher sein, als das tatsächliche Defizit der Veranstaltung. „Wer gefördert wird, ist zur Öffentlichkeitsarbeit verpflichtet, denn erstens sollen die Aktivitäten der Vereine zugänglich für alle sein, auch wenn diese ihre Veranstaltungen allein durch Mund-zu-Mund-Propaganda bis auf den letzten Platz besetzen könnten und zweitens soll die Förderung der Stadt sichtbar werden“, berichtet Annette Brenner-Verdi. Der Förderetat wird regelmäßig ausgeschöpft, etwa 120 Anträge pro Jahr gewährt das Kulturredereamt.

„Wenn dieser Fördertopf einmal überflüssig wird, weil Migrantenorganisationen ebenbürtig an der kulturellen Spartenförderung teilhaben, dann ist unser Ziel erreicht“, erklärt Annette Brenner-Verdi. Bis es soweit ist, wird die Richtlinie aktuell jedoch geändert, indem von den 75.000 € 25.000 für größere Projekte reserviert werden. Brenner-Verdi: „Will man beispielsweise zweisprachige Lesungen durchführen, eine Kulturwoche veranstalten oder ein Theaterprojekt umsetzen, dann braucht man mehr Geld als die maximale Gesamtzuschusssumme von 2.500 € pro Jahr und Verein, wobei sich dies durchaus auch in mehrere Projekten aufsummieren kann. Ab 2010 wird die neue Richtlinie voraussichtlich gelten.“

Die institutionell geförderten Migrantenvereine bewerben sich in aller Regel nicht über diese Sonderförderung, sondern beteiligen sich an der Spartenförderung. „Sie kooperie-

ren zudem auch mit den kleinen Vereinen, es gibt da eigentlich wenig Konkurrenz“ sagt Anette Brenner-Verdi.

Sparten-Förderung

Stuttgarts Migrantenorganisationen können natürlich, wie alle anderen Vereine und Initiativen auch, in den verschiedenen Kultur-Sparten Förderanträge stellen, allerdings ist hier die Konkurrenz groß und die Anforderungen an eine Antragstellung hoch. Folgende Sparten existieren:

- § [Förderung von Film- und Medienprojekten](#)
- § [Förderung der Heimatpflege durch die Stadt Stuttgart](#)
- § [Förderung interkultureller Aktivitäten](#)
- § [Kunstförderung durch das Kulturreferat](#)
- § [Literaturförderung durch das Kulturreferat](#)
- § [Musikförderung durch das Kulturreferat](#)
- § [Theaterförderung durch das Kulturreferat](#)
- § [Tanzförderung durch das Kulturreferat](#)
- § [Vereinsförderung durch das Kulturreferat](#)

Einmal jährlich entscheiden Jurys für die Sparten Literatur, Musik, Tanz und Theater über die Anträge. Brenner-Verdi: „Hier ist mitunter auch ein Umdenken auf deutscher Seite in der Jury erforderlich, denn ein russisches Theater hat beispielsweise einen ganz anderen kulturellen Hintergrund als eine deutsche Theateraufführungen und das muss bei einem Vergleich berücksichtigt werden. Zweitens sind die Voraussetzung ungleich – für eine Migrantenorganisation ist Kultur nur ein Tätigkeitsbereich von vielen, ein Theaterensemble dagegen konzentriert sich ausschließlich auf diesen Aspekt.“

Sonstige Förderung und Unterstützung

Ergänzend existiert im kulturellen Bereich ein Förderetat für ausländisches Amateurtheater in einer Höhe von insgesamt 5000,- €, eine Projektförderung die sich auf Veranstaltungsvorbereitungen und Uraufführungen bezieht. Und schließlich besteht die Möglichkeit, Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine und anderer gemeinnütziger Organisationen mit Sitz in Stuttgart einmal jährlich durch eine Ausnahmeregelung zu fördern: Das bedeutet, die Stadt verlangt für Veranstaltungen in städtischen Räumen keine Miete, obwohl Eintritt erhobene wird.

Gemeinsam haben alle Veranstaltungsförderungen, dass zwar ein Eintrittsgeld erhoben werden muss, aber kommerzielle Veranstaltungen keine Unterstützung erhalten. Da die Fördermöglichkeiten recht umfangreich sind, ist eine entsprechende Beratung wichtig. „Migrantenorganisationen können immer zu uns kommen“, sagt Brenner-Verdi, „wir schauen dann gemeinsam, welche Förderung in Frage kommt und helfen bei den Anträgen – das nehmen unsere Migrantenvereine gerne in Anspruch“.

Weiterführende Informationen

- § Kulturamt der Stadt Stuttgart (HG): „Richtlinien zur Förderung von kulturellen Veranstaltungen nichtdeutscher Vereine und Organisationen“, , Erschienen in: Stuttgarter Stadtrecht 5. Erg.-Lfg., Stuttgart, Januar 2002
- § Dr. Reinhard Schlossnikel, Gari Pavkovic: „Bündnis für Integration. Weiterentwicklung 2007“, 82 Seiten, Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik, Mai 2007

6. Anlagen

6.1 Kurzumfrage

Kurzumfrage

Verbindliche Kooperationen zwischen Kommunen und Migrantenorganisationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) recherchieren wir nach Beispielen für Kooperationen zwischen Kommunen und Migrantenorganisationen (MO). Zu Ihrer ergänzenden Information liegt ein Schreiben des Bundesamts bei. Gesucht werden:

- § Direkte, verbindliche Kooperationen einer oder mehrerer kommunaler Einrichtung(en) mit einer oder mehreren Migrantenorganisation(en), vor allen solche, die Ressourcen von Migrantenorganisationen erkannt und anerkannt haben und diese stärker für die Integrationsarbeit in der Kommune einsetzen möchten.
- § **Für diese Zusammenarbeit müssen nicht zwingend kommunale Mittel eingesetzt werden, auch entsprechende Förderungen aus Landes- und Bundesmitteln, die durch die Kommunen weitergeleitet werden, gehören zu den gesuchten Partnerschaften; allerdings zählen direkte Zuwendungen von Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln an MO nicht zu den gesuchten Partnerschaften, auch dann nicht, wenn MO von sich aus mit Kommunen kooperieren.**
- § Das Ziel der gesuchten Kooperation ist Integrationsförderung bzw. integrationsfördernde Wirkung. Sofern Regelangebote wie Integrationsfachdienste, Migrations- oder Gesundheitsberatungen in Trägerschaften von MO diese Wirkung erzielen, gehören sie zu den gesuchten Partnerschaften.
- § Gesprächskreise und runde Tische gehören nur dann zu den gesuchten Partnerschaften, wenn sie die Umsetzung direkter Kooperationen zum unmittelbaren Ziel haben.
- § Weiterbildungsangebote für Migrantenorganisationen, Förderung von Netzwerkaufbau und Integrationskonzepte von Kommunen gehören nicht zu gesuchten Beispielen.

Die Recherche erfolgt in zwei Phasen. In dieser ersten Phase fragen wir die Eckdaten der gesuchten Kooperationen ab. Auf dieser Basis werden danach 5-10 Beispiele mit einem möglichst großen Themenspektrum ausgewählt und anhand eines Interviewleitfadens ausführlich befragt und analysiert. **Wir wenden uns mit dieser Umfrage an Sie, weil wir bei Vorrecherchen Hinweise auf entsprechende Partnerschaften in Ihrer Kommune gefunden haben, in die Sie involviert sein könnten oder involviert waren, denn wir interessieren uns auch für abgeschlossene Kooperationen.**

Wir bedanken uns ganz herzlich für Ihre Unterstützung. Mit besten Grüßen

Dipl.-Ing. Cemalettin Özer
Geschäftsführer MOZAIK gGmbH

Elke Knabe
profil – Journalismus • Öffentlichkeitsarbeit • Internet

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen **bis 16. März 2009** per Post, per Mail oder per Fax zurück an:

MOZAIK gGmbH
Stichwort „Kurzumfrage Kooperationen Kommunen / MO“
Herforderstr. 46
D-33602 Bielefeld

oder per Fax: 0521 / 96682-19
oder per Mail: info@mozaik.de

Kurzumfrage

Verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen

1. Wer sind die Partner der Kooperation zwischen Kommunen und Migrantenorganisationen

	Kommunaler Partner	Migrantenorganisation (MO)
Institution / MO		
Ansprechpartner		
Postadresse		
Telefon		
Fax		
Mail		
Internet		

2. Von wem wurde die Zusammenarbeit initiiert?

Kommune Migrantenorganisation Anderen, _____

3. Bitte beschreiben Sie ganz kurz – wenn möglich in ein bis drei Sätzen – das Ziel Ihrer Kooperation.

4. Welchem der folgenden Themen würden Sie Ihre Zusammenarbeit zuordnen?

(Mehrfachnennung möglich)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Soziales (z.B. Familienhilfe, Jugendhilfe
Schuldnerberatung) | <input type="checkbox"/> Arbeit für bestimmte Zielgruppen
(z.B. Frauen, Jugendliche, Senioren) |
| <input type="checkbox"/> Gesundheit | <input type="checkbox"/> Arbeit für mehrere Migrantengruppen |
| <input type="checkbox"/> politische Partizipation | <input type="checkbox"/> Schule, Bildung, Arbeitsmarkt |
| <input type="checkbox"/> andere Themen, und zwar: | |

5. Wie wird Ihre Kooperation finanziert, welche Förderprogramme oder gesetzliche Grundlage sind ausschlaggebend?

6. Lagen zur Entstehung der Kooperation besondere Förderbedingungen zur Partizipation von Migrantenorganisationen vor?

- Ja (weiter bei 6.a) Nein

6.a Worin bestanden diese besonderen Förderbedingungen?

7. Welche der nachfolgend genannten Stichworte würden Sie für die Vor-Ort Situation Ihrer Kooperation als zutreffend beschreiben (Mehrfachnennungen möglich)

- hoher Migrantenanteil in der Bevölkerung
 - Konzentration von Migranten gleicher Herkunft
 - niedriger Migrantenanteil in der Bevölkerung
 - Bürger mit Migrationshintergrund sind integriert
 - andere Themen, und zwar:
 - vor Ort wohnen und leben überwiegend Migranten (Gettoisierung)
 - hoher Anteil von Unternehmer mit Migrationshintergrund
 - hohe Arbeitslosenquote
 - relativ niedrigen Arbeitslosenquote
 - Probleme mit Rechtsextremismus
-

8. Welche der folgenden Charakteristika würden Sie Ihrer Kooperation zuordnen? (Mehrfachnennung möglich)

- gleichberechtigte Kooperationspartner
 - gemeinsame Entscheidungsfindung
 - neue Ansätze zur Partizipation von MO
 - Transferierbarkeit
 - Nachhaltiges Vorhaben
 - andere Themen, und zwar:
-

9. Bitte nennen Sie uns abschließend die Dauer und den Finanzrahmen Ihrer Kooperation.

Laufzeit _____ Jahre
_____ EURO

Finanzrahmen

10. Weitere Hinweise und Anmerkungen

Wenn Sie Projektberichte oder ähnliches Informationsmaterial ergänzend beilegen möchten, freuen wir uns über diese Zusatzinformationen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

6.2 Recherche-Quellen, Studien, Expertisen

Um einerseits Erkenntnisse über die Rolle und die Einbindung von Migrantenorganisationen (MO) in der Kommunalen Integrationsarbeit zu gewinnen und andererseits Anlaufstellen für die Kurzumfrage zu ermitteln, stand am Anfang der Expertise eine Basisrecherche, die vor allem Internet basiert erfolgte. Es gibt diverse bundesweite Studien, Expertisen, Wettbewerbe und ähnliches zur Kommunalen Integrationsarbeit, die zwar nicht die diesbezüglichen Kooperationen mit MO fokussieren aber zumindest dieses Thema implizieren. Darüber hinaus wurden bundesweite Förderprogramme auf ihre Zielrichtung und auf enthaltene Projektbeispiele zu Kooperationen zwischen Kommunen und Migrantenorganisationen studiert. Untersuchungen, die einen großen Bezug zum Thema haben, wurden in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz gefunden. Kernaussagen und wesentliche Informationen aus den wichtigsten der vorab genannten Recherchequellen sind im Folgenden genannt – zunächst bundesweite Quellen, dann landesweite Erkenntnisse.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Basisrecherche Indizien für gesuchte Kooperationen gefunden, die hier nicht einzeln erläutert sind, die aber in die Kurzumfrage aufgenommen wurden. Als Beispiel sei hier die Tagesordnung der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten vom 06. und 07. Oktober 2008 im Rathaus Dresden genannt, die zum entsprechenden Tageordnungspunkt verschiedene Beispiele aus den neuen Bundesländern lieferte um im Ergebnis zum ausführlich porträtierten Beispiel der Stadt Chemnitz führte.

Wesentliche Recherchequellen im Überblick

- § Studie: „Migration / Integration und Stadtteilpolitik“
- § Bundes-Projekt: „Zuwanderer in der Stadt“
- § Studie: „Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in Städten“
- § Bundes-Programm „Soziale Stadt“
- § Bundes-Programm „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“
- § Studie: „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“
- § Publikation: „Auf Augenhöhe. Integration zum kommunalen Thema machen.“
- § „Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz: Potenziale, Partnerschaften und Probleme. Bericht über die Befragung ausgewählter Migrantenorganisationen.“
- § Landes-Projekt KOMM-IN – Programm als Element der kommunalen Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen“
- § Regionales Projekt: „Interkulturelle Dialogaktivitäten zwischen Migrantenselbstorganisationen und Organisationen der Mehrheitsbevölkerung in Ostwestfalen-Lippe“

Migration / Integration und Stadtteilpolitik

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): „Migration / Integration und Stadtteilpolitik. Eine ExWoSt-Studie (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)“, 24-Seiten, In: ExWoSt-Informationen 34/1, Bonn 2008

Diese allgemeine Erhebung zu Integration und Integrationskonzepten Konzepten hat keinen Bezug zu Migrantenorganisationen, liefert jedoch Basisinformation zur Integrationsarbeit durch eine empirische Erhebung in allen bundesdeutschen

Städten, die 60.000 EW oder mehr verzeichnen – das sind 136 Städte. Diesbezüglich wurde auch nach Integrationskonzepten gefragt und die Antworten seien hier als Grundeinschätzung zur Kommunalen Integrationsarbeit wiedergegeben:

- § 41 Städte gaben an, ein gesamtstädtisches Integrationskonzept zu haben
- § 20 Städte gaben an, ein stadtteilbezogenes Integrationskonzept zu haben
- § 34 Städte gaben an, noch kein Integrationskonzept zu haben, eine Erstellung sei aber in absehbarer Zeit vorgesehen
- § 4 Städte gaben an, noch kein Integrationskonzept zu haben, eine Erstellung sei auch in nächster Zeit nicht vorgesehen
- § 2 Städte machten keine Angaben dazu

Zuwanderer in der Stadt

Quelle: Die Internetplattform <http://www.zuwanderer-in-der-stadt.de/> bietet neben einem geschützten Forum diverse Veröffentlichungen zum Download oder als Buchbestellung, beispielsweise Handlungsempfehlungen oder Projektergebnisse, die Übersicht der verfügbaren Publikationen ist zu finden unter :

<http://www.zuwanderer-in-der-stadt.de/803.php>

Auch dieses Projekt liefert zahlreiche Informationen zur Integrationsarbeit in Kommunen generell, aber nicht spezifisch zu Migrantenorganisationen. Einige Eckpunkte der Projektziele und Erkenntnisse aus dem Vorhaben seien daher hier kurz wiedergegeben: „Die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Deutschland stand im Mittelpunkt des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, das die Verbundpartner Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag (DST), Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW), Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) ab Januar 2004 gemeinsam durchführten. Nach dem bundesweit beachteten Kongress „Zuwanderer in der Stadt - Perspektiven sozialräumlicher Integration“ am 28./29. September 2006 in Nürnberg wurde das Projekt mit der Publikation „Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik“ Ende März 2007 abgeschlossen. Auf Wunsch der an dem Projekt beteiligten Städte (Mannheim, Nürnberg, Frankfurt a.M., Hamburg, Berlin Mitte, Essen, Hannover, München, Münster, Düsseldorf, Duisburg) organisierte die Schader-Stiftung über die Projektlaufzeit hinaus Workshops und Kommunikationsangebote zu integrationspolitischen Themenstellungen auf kommunaler Ebene wie z.B. Integrationsmonitoring, Interkulturelle Öffnung der Verwaltung oder Partizipation. Die Verbundpartner des Projekts wollen in ihrer Vernetzungsarbeit innovative Wege beschreiten. Neben einer Datenbank, die Gute-Praxis-Beispiele aus der kommunalen Integrationsarbeit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen soll, wurde ein Internetforum in Gestalt eines "social networks" geschaffen. Unter dem Motto "Voneinander lernen für eine gute stadträumliche Integrationspolitik" dient das Internet-Forum als geschützter Ort des Erfahrungsaustausches und ermöglicht die direkte Ansprache von Menschen, die am gleichen Thema arbeiten.“

Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten

Quelle: Deutscher Städtetag (Hrsg.): „Integration von Zuwanderern. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten“, 41 Seiten, Köln / München 2007

Diese Publikation des Deutschen Städtetages gibt einen guten Überblick über die Voraussetzungen zur kommunalen Integrationsarbeit: „Personen mit Migrationshintergrund leben vor allem in den alten Bundesländern und dort insbesondere im städtischen Raum. Es gibt zwar auch Beispiele kleinerer Städte und Gemeinden mit einem hohen Ausländeranteil. Insbesondere für den Personenkreis der Spätaussiedler gilt, dass diese überwiegend in den kreisangehörigen Kommunen leben. Migration ist aber in der Bundesrepublik traditionell ein Großstadtphänomen. Städte galten seit jeher als Magneten für Zuwanderung. Fast die Hälfte der Zuwanderer lebt in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern, während dies nur bei 30 Prozent der deutschen Einwohner der Fall ist. Aufgrund des vor Ort bestehenden Handlungsdrucks sind zahlreiche Kommunen dem bundespolitischen Diskurs im Bereich der Integration voraus. Wie unsere Umfrage gezeigt hat, ist dies etwa in der Frage des Umfangs und der Ausgestaltung der Sprachförderung und in der Abschätzung der dafür erforderlichen Mittel oder in der Frage des Stellenwertes der nachholenden Integration der Fall. **Diese Publikation belegt, dass Integration insbesondere in den Großstädten, aber auch in vielen kleineren Städten zu den wichtigsten kommunalen Handlungsfeldern gehört.** Es geht in erster Linie darum, eine sozial stabile und integrative Stadtteilpolitik zu etablieren und sie im Sinne ganzheitlicher Ansätze auszurichten. Die Voraussetzungen dafür sind – wie die in dieser Broschüre gesammelten Praxisbeispiele zeigen – in den Städten sehr unterschiedlich. Der Anteil der Ausländer, die jeweiligen ethnische Gemeinschaften sowie ökonomische und soziale Strukturen variieren. Gemeinsam ist den Städten und Gemeinden aber, dass in ihnen eine Internationalisierung nach innen und außen erfolgt. Sie sind aufgefordert und bereit, die Gestaltungspotentiale ihrer Gemeinwesen zur Integration der Zuwanderer einzubringen und individuelle kommunale Integrationskonzepte zu entwickeln.“

Die Publikation nennt Beispiele und gibt Empfehlungen zu folgenden Handlungsfeldern:

- § Gesellschaftliche Integration
- § Bildung und Integration
- § Ethnische Ökonomie
- § Sozialräumliche Integration im Wohnquartier
- § Integration durch interkulturelle Kulturarbeit
- § Sport und Integration
- § Bürgerschaftliches Engagement
- § Partizipation
- § Migrantinnen
- § Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
- § Information und Kommunikation

Dabei handele es sich zwar nur eine kleine Auswahl der Aktivitäten vor Ort, doch scheinen sie den Herausgebern geeignet, als gute Beispiele kommunaler Integrationsbemühungen Ideen liefern zu können. Zum Aspekt Bürgerschaftliches Engagement schreibt der Deutsche Städtetag: „Untersuchungen zeigen, dass Migrantinnen und Migranten vor allem in ihren eigenen Gemeinschaften und weniger in deutschen Organisationen freiwillig engagiert sind. So engagieren sich nur 16 Prozent der Freiwilligen mit Migrationshintergrund in deutschen Organisationen. Fest steht: Migrantenselbstorganisationen nehmen eine wichtige Funktion wahr, wenn es um Identitätsbildung, die Wahrnehmung von Rechten, soziale Unterstützung oder um Verbindungen zur Aufnahmegesellschaft geht. Insbesondere Migrantengruppen, die sich mit dem Leben in Deutschland beschäftigen, sind gut integriert. Spanische und griechische Elternvereine beispielsweise, die sich in erster Linie um den Schulerfolg ihrer Kinder bemühen, haben sich mit Lehrern und anderen Eltern vernetzt und sind sozial eingebunden. Selbstorganisationen, die sich vor allem mit politischen oder religiösen Entwicklungen der jeweiligen Heimatländer befassen, weisen dagegen starke Integrationsdefizite auf (INBAS Sozialforschung, 2006).“

Bei den beschriebenen Beispielen kommunaler Praxis kommen Migrantenvereine mitunter vor, allerdings steht dabei nicht die Kooperationsform im Vordergrund, sodass für die nachfolgende Kuranfrage keine Kooperationen gefunden wurden. Für Nachfragen oder ergänzende Recherchen, liefert die Publikation zu allen genannten Beispielen Kontakte und Ansprechpartner. Nach den Empfehlungen des Deutschen Städtetages kann eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und mit Migrantinnen und Migranten auf drei Ebenen ansetzen: der persönlichen Ebene sowie auf Ebene der Organisationen und der Vernetzung – zu den letzten beiden Ebenen seien die Empfehlungen hier genannt:

- § Organisation: Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten sollten sie auch in ihren Selbstorganisationen unterstützt werden, sofern diese Organisationen interkulturelle Öffnung zulassen. Dazu gehören auch Qualifizierungsangebote und Schulungen sowie die Bereitstellung von Ressourcen. Eine professionelle Beratung der Migrantengruppen sowie die Bereitstellung passgenauer Angebote können zum Beispiel über Freiwilligenagenturen erfolgen.
- § Vernetzung: Eine wichtige Rolle spielt die Vernetzung von ethnischen Vereinen mit deutschen Organisationen. Dadurch wird die Integration der Migrantinnen und Migranten befördert sowie ein Transfer von Kompetenzen ermöglicht. Viele Kommunen haben eine Übersicht über bestehende Vereine und Verbände und können so zu einer Vernetzung beitragen. Sinnvoll kann es auch sein, ethnische Gruppen in deutschen Vereinen zu akzeptieren. Insbesondere das direkte Engagement von Migrantinnen und Migranten für deutsche Organisationen sollte gefördert werden.

Das Programm Soziale Stadt

Quellen:

- § <http://www.sozialestadt.de/programm/>

- § Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Vierter Fachpolitischer Dialog zur Sozialen Stadt: Integration von Zuwanderern vor Ort, Auswertungsbericht, Berlin 2007
- § Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): „Statusbericht zum Programm Soziale Stadt“, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin, 2008

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) wurde 1999 initiiert, um der gewachsenen sozialräumlichen Polarisierung in deutschen Städten entgegenzuwirken und benachteiligte Stadtteile aufzuwerten und zu stabilisieren. Neben der Investition in die Sanierung von Gebäuden und Wohnumfeld wurde von Anfang an auch die Intention verfolgt, die Lebenssituation der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner zu verbessern. Dazu sollen die Investitionen des Programms Soziale Stadt mit finanziellen Mitteln anderer Ressorts gebündelt werden. Im Programm Soziale Stadt wurden bis 2007 etwa 500 Stadtteile in rund 320 Gemeinden mit mehr als zwei Milliarden Euro gefördert. Zusätzlich wurden und werden arbeitsmarktpolitische Ergänzungsprogramme wie das ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ des BMVBS sowie „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in den Programmgebieten der Sozialen Stadt eingesetzt. Außerdem gibt es erste Initiativen in der Gesundheitsförderung und im Sportbereich, die in der Gebietskulisse der Sozialen Stadt ansetzen.

Zu den Handlungsfeldern, die im Fokus des Programms „Soziale Stadt“ stehen, gehört auch das Thema „Integration von Zuwanderern“. Dazu wird erläutert: „Die Integration von Migrantinnen und Migranten hat sich in den letzten Jahren zu einem Kernbereich der Programmumsetzung entwickelt. ... Integrationsstrategien in den Quartieren sind die Förderung von Spracherwerb und Bildung, die Stärkung ethnischer Ökonomie, verbesserte Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Zuwanderer sowie die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und sozialen Einrichtungen. Generell sind Erfolge stadtteilbezogener Integration offenbar dann leichter zu erzielen, wenn die Arbeit im Quartier durch eine kohärente gesamtstädtische Integrationspolitik unterstützt wird. Vielerorts fehlt diese allerdings noch. Nachholbedarf besteht auch beim Einsatz lokaler Quartiermanagerinnen und -manager mit Migrationshintergrund. „

Im Dezember 2003 wurde beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) die Bundestransferstelle Soziale Stadt eingerichtet. Sie dient dem bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen an der Programmumsetzung Beteiligten. Die entsprechende Internetplattform bietet Informationen zum Programm und seinen Handlungsfeldern, zu den Programmgebieten sowie zu internationalen Erfahrungen und Netzwerken. Darüber gibt es eine Praxisdatenbank mit detaillierten Informationen über Projekte und Maßnahmen, die für eine erfolgreiche Programmumsetzung

reiche Programmumsetzung hilfreich und typisch sind. Auch Veröffentlichungen zur Sozialen Stadt sind hier zu finden, Beispielsweise über die Literaturlistenbank ORLIS-Soziale Stadt sowie eine themenbezogene Linksammlung zu Institutionen, Initiativen, Programmen und Dokumenten. Zur Wissensvermittlung und zum Erfahrungsaustausch tragen darüber hinaus die halbjährlich erscheinenden Soziale Stadt Infos und die Veranstaltungsreihe Fachpolitische Dialoge zur Sozialen Stadt bei.

In der genannten Praxisdatenbank existieren 513 Praxisbeispiele, die anhand der verfügbaren Suchoptionen beispielsweise zwei Treffer beim Stichwort „Migrantenorganisationen“ bringen, im Ergebnis sind jedoch in beiden Treffer-Fällen Migrantenorganisationen keine Projektträger. Eine alternative Eingrenzung gesuchter Beispiele nach den Kategorien „Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen“ (98 Beispiele) und „Ausländer“ (85 Beispiele) in Verbindung mit den Suchwörtern „Ausländische Vereine“ führt den fünf folgenden Treffern:

- § Baden-Württemberg, Ludwigsburg, Eglosheim II, MIKELE – Miteinander-Inter-Kulturelle-Elternbildung-Ludwigsburg-Eglosheim: In der Kurzbeschreibung wurde kein Bezug zu Migrantenorganisationen gefunden.
- § Bayern, Nürnberg, Südstadt, Südstadtläden - Integration im Stadtteil – Interkulturelle Stadtteilarbeit in Kulturläden: Nürnberg wurde im Rahmen der Kurzanfrage angeschrieben.
- § Nordrhein-Westfalen, Lünen, Brambauer, Wohnen plus! – Soziales Management einer Wohnungsbaugesellschaft: unter den 15 Projektbeteiligten (nicht Träger!) ist lediglich eine Migrantenorganisation
- § Sachsen, Leipzig, Leipziger Osten, Integrationsprojekt DIALOG: keine Migrantenorganisation involviert
- § Schleswig-Holstein, Neumünster, Vicelinviertel, Frauen-Leben im Vicelinviertel – Migrantinnenförderung – auch hier nur eine Migrantenorganisation als Projektbeteiligte involviert

Da über eine Datenbankrecherche offensichtlich keine geeigneten Kooperationsbeispiele auffindbar waren, wurde das Deutsche Institut für Urbanistik angeschrieben. Neben Verweisen auf das Programm „Zuwanderer in der Stadt“ wurde auf die Praxisdatenbank der „Sozialen Stadt“ verwiesen und zudem folgende Projekte genannt, bei denen eine Recherche lohnend sein könnte:

- § "Stadtteilmütter" in Berlin-Neukölln,
- § "Begegnungsstätte an der Moschee/Dialog unter dem Kuppelbau. Interkultureller und interreligiöser Dialog im Stadtteil" in Duisburg-Marxloh,
- § "Moschee Neubau. Kommunikative Integration eines Moscheeneubaus" in Duisburg-Marxloh
- § Lotsenprojekt "die Brücke" in Berlin-Mitte sein.

Entsprechend der Nachrecherchen wurden diese Projekte in die Kurzumfrage eingeschlossen, soweit dies bis dato nicht ohnehin der Fall war.

LOS - Lokales Kapital für soziale Zwecke

Quelle: http://www.los-online.de/content/index_ger.html

Unter dem Motto „Menschen beteiligen. Strukturen vernetzen. Mikroprojekte fördern.“ war mit dem Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bis zum 30.06.2008 unter anderen eine Förderung von Mikroprojekten in den Fördergebieten aus der Bund-Länder-Vereinbarung "Die Soziale Stadt" bzw. seiner komplementären Programmplattform "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C)", möglich. "Lokales Kapital für soziale Zwecke" wurde aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Mit LOS sollten soziale und beschäftigungswirksame Potenziale vor Ort aktiviert werden, die durch zentrale Programme wie die Regelförderung des Europäischen Sozialfonds nicht erreicht werden. Mit Mikroprojekten von bis zu 10.000 € wurden lokale Initiativen angeregt und unterstützt. Die Mittel mussten nicht kofinanziert werden. Es standen rund 111,8 Mio. EUR für den Programmzeitraum zur Verfügung. Die bundesweite Steuerung wurde der Regiestelle LOS übertragen, die Umsetzung erfolgte dezentral durch die Lokalen Koordinierungsstellen der Gebietskörperschaften, die durch einen Konzeptwettbewerb ausgewählt wurden.

Aufgrund der Tatsache, dass eine Kofinanzierung nicht erforderlich war, schien dieses Programm für eine Beteiligung von Migrantenorganisationen sehr geeignet. Auch hier existiert auf der Internetplattform eine Datenbank zu den Mikroprojekten, deren Rechercheergebnisse für die Expertise jedoch nur bedingt hilfreich waren. So lieferte eine Suche nach dem Stichwort „Ausländer“ 250 Treffer, in Kombination mit der Kategorie „Sonstige Institutionen / Organisationen“ als Zielgruppe bzw. Adressaten bleiben 63 Treffer. Daher erfolgte hier, wie schon beim Partnerprogramm „Soziale Stadt“, eine Anfrage bei der Regiestelle, deren Mitarbeiterinnen sehr engagiert waren und nach entsprechenden eigenen Recherchen eine Liste von möglichen 96 Projekten sandte. Da diese im Rahmen dieser Expertise nicht alle nachrecherchiert werden konnten, konzentrierte man sich auf die neue Bundesländer, die bislang unterrepräsentiert waren und konnte im Ergebnis eine Kooperation der Stadt Chemnitz in die Recherchen aufnehmen. Im Zuge der Kurzumfrage wurden sechs LOS-Projekte angefragt.

Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik.

Quelle: Alexander Thamm, Claudia Walther:: „Erfolgreiche Integration ist keine Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik.“, 36 Seiten, Kurzversion der Publikation der Bertelsmann Stiftung im Auftrag des Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Berlin, 2005

Die Bertelmann Stiftung hatte anlässlich des neuen Zuwanderungsgesetzes von 2005 einen Wettbewerb zum oben genannten Thema ausgeschrieben, worauf 107 Beiträge aus allen Bundesländern eingereicht wurden – Städte, Gemeinden und Landkreise haben sich ganz unabhängig von ihrer Größe und ihrer finanziel-

len Ausstattung beworben. In den genannten Beispielen kommen Migrantenorganisationen jedoch überwiegend im Zusammenhang mit Netzwerkarbeit oder Partizipation von MO ganz generell vor. Eine verbindliche Kooperation konnte über die Suchfunktion des Programms Adobe Acrobat im PDF nicht gefunden werden. Dennoch sind einige Erkenntnisse und Informationsplattformen im Rahmen kommunaler Integrationsarbeit im Zusammenhang mit Migrantenorganisationen erwähnenswert und hilfreich.

So heißt es beispielsweise in der Publikation zum Wettbewerb, deren Kurzversion im wesentlichen auf Handlungsempfehlungen basiert: „Integrationskonzepte wirken erst dann nachhaltig, wenn sie durch eine breite Beteiligung aller erstellt worden sind (partizipativer Prozess). Dazu gehört eine systematische Einbindung von Migrantenselbstorganisationen ebenso wie der offene Dialog mit der Bevölkerung. Mehr als andere politischen Aufgaben bedarf gerade die Eingliederung ethnischer Minderheiten in das kommunale Gemeinwesen einer dauerhaften Konsultation und Mitbestimmung aller relevanten Akteure. Besonders auf der Stadtteilebene bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, die Bürger aller Herkunft einzubinden und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Neben der direkten Ansprache der Bürger, insbesondere derer mit Migrationshintergrund, für ein projektbezogenes Engagement sollte die Kommune die Selbstorganisation von Zuwanderern klar unterstützen. Als ein erfolgreiches Mittel hat sich dabei die Ausbildung von Bürgern zu Integrationslotsen erwiesen, die direkte Kontakte aufbauen können und auf diese Weise dazu beitragen Hemmschwellen abzubauen. Solingen und Dresden räumen der Förderung von Beteiligungsprozessen in ihren Integrationskonzepten einen besonders hohen Stellenwert ein. In beiden Städten bildeten ausländerfeindliche Gewaltverbrechen einen zusätzlichen Anstoß dafür, der insbesondere unter Jugendlichen verbreiteten Ablehnung von Fremden entgegenzuwirken. In **Dresden** sind etwa 40 Migrantenvereine aktiv. Zahlreiche Ehrenamtliche helfen, unterstützt durch ABM-Kräfte, bei der Wahrnehmung von Rechten, bei Behördengängen und bei der Arbeitssuche, sie vermitteln Sprachkurse und Dolmetscher, organisieren Sommerfeste im Asylbewerberheim und helfen Frauen aus der Isolation. Studenten der TU Dresden führen seit mehreren Jahren kostenlose Deutschkurse durch. Der Ausländerrat ist öffentlich präsent. Er äußert sich kritisch zu politischen Themen, die Ausländerbelange berühren. Er unterstützt Demonstrationen und Aufrufe gegen rechte Gewalt und kümmert sich um konkrete Fälle von Diskriminierung. Er ist als Verein organisiert und betreibt das Internationale Begegnungszentrum (IBZ) in den Räumlichkeiten einer alten Villa. Sie dient als Ort kultureller Identifikation und interkultureller Begegnung, ist Anlaufstelle für Ratsuchende und bietet Räume für Bildung und Qualifizierung.“

In den Handlungsempfehlungen steht weiterhin: „Wie kann die Zusammenarbeit von Initiativen, Migrantenselbstorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Stadt, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft, Kirche und anderen verbessert werden? Wie können Synergien genutzt und Reibungsverluste verringert werden? Kommunalpolitik und Verwaltung sind aufgefordert, die konzeptionelle und operative Arbeit so zu strukturieren, dass Konsultation und Einbindung aller relevanten Akteure ermöglicht werden. Gerade im Bereich der Integration ist es wichtig, die verschiedenen Maßnahmen zwischen Politik, Verwaltung, Zuwanderergruppen, frei-

en Trägern und weiteren Institutionen der Zivilgesellschaft abzustimmen und zu koordinieren. Dadurch können knappe Ressourcen wesentlich effektiver und nachhaltiger eingesetzt werden. Daneben schaffen Netzwerke wertvolle Kommunikationswege, bilden Vertrauen und schlagen Brücken zwischen aufnehmender und zugewanderter Gesellschaft. Für das Netzwerk gilt es eine Arbeitsstruktur zu entwickeln, die auf Langfristigkeit angelegt ist und über die rein projektbezogene Fokussierung hinausgeht. Diese nachhaltigen Netzwerke zeichnen sich z. B. durch die Verabschiedung einer Geschäftsordnung oder die Einführung von Konfliktregelungsmechanismen aus. Die Koordination des Netzwerks liegt bei der Kommune.“

Neben diesen Auswertungen liefert die Bertelsmann Stiftung weitere wichtige Informationsquellen zu Integration in der Kommunen, wie

Aktuelle Daten und Kennzahlen zur Integration von Zuwanderern

Bundesweit sind Integrationsdaten für jede Kommune über 5.000 Einwohner im "Wegweiser Kommune" veröffentlicht. www.wegweiser-kommune.de. Wie hoch ist der Zuwandereranteil in einer Kommune? Wie ist es um die Integration von Zuwanderern in Arbeitswelt, Kultur, Bildung und Politik bestellt? Strategisch geplante Integrationspolitik erfordert Daten. Doch Kennzahlen sind gerade in diesem Bereich unvollständig, oftmals unterschiedlich definiert und schlecht zugänglich. Es empfiehlt sich aber, dass Kommunen möglichst ähnliche Kennzahlen erheben, damit sie sich untereinander vergleichen können. Als Orientierungshilfe hat die Bertelsmann Stiftung daher in Zusammenarbeit mit dem Landesministerium für Integration NRW (MGFFI) und dem Institut GEBIT in Münster ein Kernkennzahlen-Set zur Integration in Kommunen erarbeitet. Im Austausch steht die Stiftung hierbei mit Städten und Kreisen, die sich in einem Innovationszirkel der KGSt zu diesem Thema zusammengeschlossen haben. Das entsprechende [Gutachten der KGSt](#) ist online zu finden.

Erfolgreiche Integrationspolitik - Gute Beispiele

Gute Beispiele zur Integration von Zuwanderern in Kommunen stehen unter www.demographie-konkret.de zur Verfügung. Hier wurden 27 gute Beispiele aus den erfolgreichen Kommunen des Integrationswettbewerbes "Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik", den Bertelsmann Stiftung und Bundesministerium des Innern 2005 durchgeführt hatten, ausgewählt. Zehn weitere internationale wie nationale Beispiele haben wir recherchiert und auf der angegebenen Website veröffentlicht.

Leadership-Programm Migrantenorganisationen: „Die Brückenbauer der Integration stärken“ (www.bertelsmann-stiftung.de/leadership-mo) Bei dem Leadership-Programm handelt es sich um ein Qualifizierungs- und Vernetzungsprogramm für junge Verantwortungsträger aus Zuwanderervereinigungen, die sich bundes-, landesweit oder regional für Integration engagieren. Das Programm zielt auf die Stärkung ihrer individuellen Handlungskompetenzen ("capacity building"). Zugleich will es die Migrantenorganisationen in ihrer Arbeit unterstützen, die über ihre jungen Führungskräfte in ein Netzwerk zur Verbesserung der Integrationsbemühungen eingebunden werden. Die Projektlaufzeit ist von 2007 bis 2009. Nachhaltige Wirkungen entfaltet das Leadership-Programm, wenn es dazu beiträgt,

- § das demokratische und integrative Selbstverständnis der Migrant*innenorganisationen zu stärken;
- § die Präsenz, aber auch die Öffnung und Transparenz von Migrant*innenorganisationen gegenüber der Aufnahmegesellschaft zu erhöhen und damit ihre positive Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung zu verstärken;
- § den Professionalisierungsgrad von Migrant*innenorganisationen im Blick auf das Handeln ihrer Führungskräfte zu verbessern;
- § die Partizipationsmöglichkeiten der Migrant*innenorganisationen in Politik und Gesellschaft zu erweitern.

Downloads von Reden zum Thema

- § [Tagungsbeitrag Uwe Hunger: Wo stehen heute Migrant*innenorganisationen in Deutschland \(636 KB\)](#)
- § [Tagungsbeitrag Dietrich Thränhardt: Was können Migrant*innenorganisationen in der pluralistischen Gesellschaft leisten? \(2.1 MB\)](#)
- § [Tagungsbeitrag Karin Weiss: Was brauchen Migrant*innenorganisationen? \(2 MB\)](#)

Auf Augenhöhe. Integration zum kommunalen Thema machen.

Quelle: Homaira Mansury „Auf Augenhöhe. Integration zum kommunalen Thema machen“, 138 Seiten, In: Texte der Kommunalakademie Band 1, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn. 2007

In der Publikation gibt es ein Kapitel „Netzwerke schaffen – Potenziale von Migrant*innenorganisationen bündeln“, wo insbesondere ein Beispiel aus Bielefeld ausführlich vorgestellt wird. „Ziel des im Jahr 2005 gelaufenen KOMM-IN-NRW-Projekts war eine verbindliche und qualifizierte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und 18 partizipierenden Migrant*innenorganisationen aufzubauen. Annegret Grewe, Ausländerbeauftragte der Stadt Bielefeld, erklärt, weshalb der Schritt wichtig ist: »Es ist nötig, einen Beauftragten in jedem Verein zu haben und ihn zu schulen, um die Vereinsarbeit zu optimieren. Außerdem sollte diese Person auf der einen Seite Ansprechpartner für kommunale Institutionen sein, andererseits kann sie die angeeigneten Qualifikationen als Multiplikator an die anderen Vereinsmitglieder weitergeben.« In dieser Überlegung lag die Absicht, die Beauftragten in Bildungs-, Integrations- und Öffentlichkeitsfragen zu qualifizieren.“ Neben dem Projektporträt wurde ein Interview mit Annegret Grewe veröffentlicht, weitere Einzelheiten werden an dieser Stelle jedoch nicht wiedergegeben, da das Projekt ohnehin bekannt und bei der Kurumfrage berücksichtigt war (die MOZAIK gGmbH, die auch diese Expertise bearbeitet, hatte die Koordination inne) und dort auch nähere Informationen zu finden sind. Weitere Kooperationsbeispiele der FES-Publikation beziehen sich auf eher auf Ausländerbeiräte bzw. Einzelpersonen aus anderen Städten.

Erwähnenswert ist noch der Ausblick: „Wir brauchen mehr gegenseitige Anerkennung und Wissen übereinander. Migrant*innen und Migranten benötigen das Signal: ‚Ihr gehört dazu‘ – und die Einheimischen das Gefühl: ‚Sie wollen dazugehören‘. Jeder hat in diesem Prozess Verantwortung zu übernehmen.“

men. Das bürgerschaftliche Engagement muss gestärkt und motiviert werden. Die Kommunalpolitik ist besonders gefordert: Die Verwaltung bei ihren Angeboten als aktivierende Stadt, die ihre Minderheiten als Kunden ernst nimmt und die hilfreiche Infrastruktur der Migrantenselbstorganisationen unterstützt, als auch die ehrenamtliche Kommunalpolitik, die den Zugewanderten den Weg in die demokratische Mitwirkung öffnet. Integration geht uns alle an.“

Beispiel Rheinland-Pfalz:

Quellen:

- § Eva Stauf: „Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz: Potenziale, Partnerschaften und Probleme. Bericht über die Befragung ausgewählter Migrantenorganisationen.“ InPact Projektgruppe (Hrsg.); Mainz 2004
- § Sabina Steller, Hans-Peter Wilka u.a.: „Aktive Vereine. Handbuch für Migranten-Organisationen als Partner für Integration und Beschäftigung“ 104 Seiten, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Mainz 2008

Die oben genannte Befragung kommt dem Rechercheziel dieser Expertise am nächsten, daher sind folgend diesbezüglich wichtige Auszüge wiedergegeben:

Die große Bedeutung von Migrantenorganisationen als Orte des Austauschs und der gegenseitigen Unterstützung wie auch als Basis für die Stärkung von Handlungskompetenz und Interessenvertretung ist durch zahlreiche wissenschaftliche Studien belegt und wird zunehmend auch von politischer Seite anerkannt. Migrantenorganisationen gehören aber auch zum kommunalen Gemeinwesen und haben damit die Aufgabe wie auch erhebliche Potenziale, an Planungs- und Gestaltungsprozessen aktiv mitzuwirken. Diese spezifischen Erfahrungen, Wissensbestände und Zugänge zu der Zielgruppe „Migranten“ werden bislang allerdings nur unzureichend wahrgenommen, anerkannt und gefördert. Migrantenorganisationen, die sich und ihre Möglichkeiten einbringen wollen, treffen nicht selten auf Desinteresse, Skepsis oder sogar Ablehnung. Dies ist eigentlich erstaunlich, da Institutionen wie Verwaltungsbehörden, Schulen oder Verbände nicht selten ihren Wunsch nach einem verbesserten Zugang zu bestimmten Migrantengruppen zum Ausdruck bringen. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des Projekts InPact im Sommer 2004 eine Befragung von ausgewählten Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Damit sollte ein Überblick über die Aktivitäten der Migrantenorganisationen wie auch über die mit anderen Akteuren unterhaltenen Kooperationen gewonnen werden. Anhand der identifizierten Kooperationen sollten ferner Voraussetzungen und Bedingungen für das Gelingen solcher Kooperationen festgestellt werden. Eine wesentliche Intention der Befragung lag zudem darin, die Aktivitäten von Migrantenorganisationen sichtbarer zu machen sowie Anregungen für Kontaktaufnahmen und Kooperationen zu geben. Die durchgeführte Befragung wurde explizit nicht als wissenschaftliche, sondern als informationsgenerierende Befragung angelegt. Wissenschaftliche Kriterien wie Repräsentativität und methodische Regeln standen somit zurück. Der Ansatz der Befragung sah vielmehr vor, Vertreter/innen von

Migrantenorganisationen als „Experten“ ihrer Vereine und Organisationen zu ihren Aktivitäten, Kooperationsformen und Problemen zu befragen, um dadurch einen „Eindruck“ über das Feld zu erhalten. In einer sich anschließenden Untersuchung müssten zudem die Einschätzungen anderer Akteure zu diesen Kooperationen einbezogen werden, was in diesem Rahmen nicht möglich war. Für die Befragung wurden elf Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz ausgewählt.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass Migrantenorganisationen einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und Partizipation ihrer Mitglieder leisten. Die befragten Vertreter der Migrantenorganisationen stellen dabei folgende Elemente für eine gelingende Integrationsarbeit heraus:

§ **Migrantenorganisationen als Ort der Anerkennung**

Die Befragten heben die Bedeutung des räumlichen Standorts der Migrantenorganisationen hervor. Diese Orte zeichnen sich aus Sicht der Befragten dadurch aus, dass sich Migranten „willkommen und wohl fühlen und niemand ausgeschlossen wird.“ Durch die Möglichkeit, „Räume zu nutzen“ kann ein höherer Grad von Sichtbarkeit hergestellt werden, zumal Migranten oft keine öffentliche Räume für sich beanspruchen (können). Einige der befragten Vereine sehen den Standort des Vereins auch als Möglichkeit an, Begegnungen zwischen Deutschen und Migranten herzustellen – als „die einzige Möglichkeit, Menschen zu integrieren.“ Durch Veranstaltungen, Vorträge und Feste wird versucht, Aufmerksamkeit zu wecken und auch Deutsche anzusprechen, denn „wenn man sich nicht kennt, kann man keine Vorurteile abbauen.“ Allerdings nimmt meist immer nur der gleiche Personenkreis die Angebote wahr. Die Migrantenorganisationen erleben es als ein mühsames Unterfangen, größere Teile der Bevölkerung zu erreichen, an die sich solche Veranstaltungen eigentlich richten.

§ **Integration durch Bildungsangebote**

Da viele der befragten Migrantenorganisationen ihre Aktivitäten auf Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausrichten, wird diese Art der Integrationsarbeit von den Befragten besonders hervorgehoben. Das klassische Set von Hausaufgabenhilfe und Sprachkursen (auch der muttersprachliche Unterricht) wird generell als integrationsfördernd angesehen. Hier sind Schulen und Kindergärten wichtige Partner der Migrantenorganisationen. Neben der Förderung von Sprachkompetenz oder der Förderung des „Schulerfolgs“ ist die Anerkennung der Kinder und Jugendlichen ein zentrales Thema. Die Bildungsangebote ermöglichen es, dass sich Kinder und Jugendliche „anerkannt und nicht minderwertig“ fühlen. Die spezifischen Bildungsangebote für Frauen in den befragten Organisationen konzentrieren sich meist auf die Sprachkompetenzen, um gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen. Die Vertreter betonen insbesondere die Kombination von Sprachangeboten, Freizeitaktivitäten und Begegnungsmöglichkeiten, die den Integrationserfolg erhöhen.

§ **Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen**

Einige der befragten Migrantenorganisationen betonen die Aufgabe, ihre Mitglieder zu einer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in der jeweiligen Kommune zu bewegen und sie dabei zu unterstützen. Die Verei-

ne stellen Anknüpfungspunkte zu anderen Organisationen, Vereinen oder zu Akteuren der Kommunalpolitik her und motivieren ihre Mitglieder zur Mitarbeit im sozialen Bereich, zum Engagement in kommunalpolitischen Fragen und zu anderen Formen der Zusammenarbeit mit „deutschen“ Akteuren. Ein Vertreter unterstreicht die Notwendigkeit, im Kontext von Beratungsgesprächen mit den Hilfesuchenden auch die gesellschaftliche Dimension von Problemen und Konflikten zu besprechen: Es ist wichtig, nicht nur die Probleme für die Hilfesuchenden zu lösen, sondern ihnen auch die Hintergründe erklären zu können und damit ein Stück Aufklärung über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zu leisten, „damit die Leute verstehen, wo sie leben.“

Ein zentraler Gegenstand der Befragung waren die von Migrantenorganisationen unterhaltenen Kooperationen. Dabei sollte festgestellt werden, welche Inhalte die Zusammenarbeit hat und wie bestehende Kontakte und Kooperationen von den Akteuren eingeschätzt werden. Von den elf befragten Migrantenvereinen unterhält die Mehrheit unterschiedlich ausgeprägte Kontakte oder Projekte. Nur drei Vereine haben eher kurzfristige Kontakte und keine auf Dauer angelegten Partnerschaften, sind aber gleichwohl daran interessiert.

Auch auf **kommunalpolitischer Ebene** sehen die Befragten Bedingungen, die eine Zusammenarbeit erschweren. Ein Teil der Befragten zeigt sich erstaunt, dass kommunale Akteure die Kompetenzen und Potenziale der Migrantenorganisationen nicht stärker für die Integrationsarbeit nutzen. Da Migrantenorganisationen eine große Anzahl von Personen repräsentieren, ist es den Vertretern nicht verständlich, warum sie nicht stärker in kommunale Zusammenhänge eingebunden werden: „Wir wissen doch viel, wir hören viele Probleme – wie will die Stadt dies alleine lösen?“ Hinzu kommt der Eindruck, dass die geleistete Arbeit nicht anerkannt wird. Ein Befragter kritisiert die Haltung einer Stadtverwaltung, da sie nicht auf die Vereine zugeht. Dies führe dazu, dass „man sich nicht angenommen fühlt“, denn „man vegetiert so am Rande.“ Eine Unterstützung von Seiten der Stadt sei aber auch für Migrantenorganisationen „der Wind, den man braucht.“ Die abwartende Haltung der Migrantenorganisationen entstehe zum einen aus den erfolglosen Versuchen der Kontaktaufnahme, zum anderen aus der mangelhaften Ressourcenausstattung, die eigene Initiativen in Richtung Kooperationen und Projektentwicklung erschweren. Aus Sicht eines Befragten sollte der Akteur Stadt mehr Initiative zeigen, um Migrantenorganisationen und andere Organisationen zusammenzuführen.

Die befragten Migrantenorganisationen sind in unterschiedlicher Form mit anderen Akteuren verbunden. Das Spektrum reicht hier von ad hoc oder Anlass bezogenen Kontakten bis hin zu regelmäßigen Arbeitsformen und institutionalisierten Arbeitszusammenhängen. Alle befragten Migrantenorganisationen unterhalten lose Kontakte zu Vertretern der Stadtverwaltung (meist zum Ausländerbeirat und ähnlichen Stellen oder Ämtern) und zu anderen Trägern der Jugend- und Sozialarbeit (Kinderschutzbund, Internationaler Bund). Festere Beziehungen ergeben sich durch kontinuierliche Angebote wie Hausaufgabenhilfe (zusammen mit Schulen) oder im Bereich der Sprachkurse, die oftmals in Kooperation z.B. mit

einem Wohlfahrtsverband oder anderen Einrichtungen koordiniert werden. Für einige der befragten Organisationen sind kommunale Gesprächskreise oder Runde Tische typische Kooperationsformen.

Kontakte zu kommunalen Akteuren: Die Kontakte zu städtischen Akteuren werden von drei Befragten ausdrücklich als gut beschrieben (dies bezieht sich auf Institutionen wie Migrationsbeauftragte, Ausländerbeirat, vereinzelt auf Dezernenten und politische Vertreter). Das Spektrum der verschiedenen Einschätzungen lässt sich am Beispiel der Erfahrungen von zwei Migrantenorganisationen darstellen:

- § Der Verein Merhaba in Koblenz betont ausdrücklich die gute Zusammenarbeit und die damit verbundene Wertschätzung der Arbeit des Vereins durch die Stadt. Der Oberbürgermeister hat „immer ein offenes Ohr“ für die Anliegen des Vereins und fördert die Vereinsarbeit. Auch auf der Arbeitsebene ist die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt sehr gut.
- § Der Verein ISMA aus Mainz berichtet dagegen auch von anderen Erfahrungen mit kommunalen Akteuren. Der Verein unterhält zwar erfolgreiche Kooperationen im Rahmen der Familienhilfe für muslimische Familien mit dem Jugendamt einer Stadt im Rhein-Main-Gebiet, doch ließ sich diese Form der Kooperation bislang nicht mit anderen Jugendämtern verwirklichen. Anfragen seitens des Vereins verliefen im Sande, obwohl ISMA mehrmals signalisierte, spezielle Angebote für muslimische Familien mit Fachpersonal anzubieten oder an Projekten teilnehmen zu können: „Ich weiß nicht, was ich noch machen soll.“

Die beiden genannten Migrantenorganisationen wurden in die Kurzumfrage einbezogen, doch wurde leider in keinem der Fälle ein ausgefülltest Formular zurückgesandt, trotz verschiedener Telefonate diesbezüglich.

Beispiel Nordrhein-Westfalen

KOMM-IN NRW Programm als Element der kommunalen Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen

Quellen:

- § www.integration.nrw.de/projekte/integration_allgemein.html
- § http://www.lum.nrw.de/Aufgaben/Foerderprogramme/KOMM-IN_NRW/index.php
- § Alfred Reichwein, Katrin Möltgen, Stephanie Vogel: „Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen“ Handbuch II, 117 Seiten, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (HG), Düsseldorf 2007
- § Alfred Reichwein, Stephanie Vogel: „Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen.“, Handbuch I, 153 Seiten, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (Hrsg.) im Auftrag des Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen,

Bei der Integration von Zugewanderten komme den Kommunen eine entscheidende Bedeutung zu, betonen die Initiatoren des Programms KOMM-IN-NRW. Im örtlichen Kontext entscheide sich, ob die schulische Integration und die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen werde und wie sich das Zusammenleben gestalte. Das Förderkonzept "KOMM-IN NRW - Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit - eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen", unterstützt seit 2005 die Kommunen bei der Aufgabe, Prozesse in der kommunalen Integrationsarbeit zu optimieren, um bestmögliche Voraussetzungen für organisierte Angebote und Strukturen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu ermöglichen. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) entwickelte im Auftrag des Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW dieses Förderkonzept. Ziel der Förderung ist somit, die Angebote und Strukturen zur Aufnahme und Begleitung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Kommunen nachhaltig zu verbessern und sie durch Innovation effizienter und effektiver zu gestalten.

Das Landesprogramm ist längerfristig angelegt und wird unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Evaluation und der Projektbegleitung sowie der Erfahrungen aus den Landesintegrationskongressen in Solingen in Absprache mit dem Ministerium mitsukzessiv überarbeitet und weiterentwickelt. Auf der entsprechenden Internetplattform stehen Informationen zu folgende Aspekten bereit

- § [Antragsverfahren](#)
- § [Projektlisten](#)
- § [Projektpräsentation „KOMM-IN stellt vor...“](#)
- § [Publikationen und Veranstaltungen](#)

In Bezug auf die Einbindung von Migrantenselbstorganisationen berichten die Initiatoren des Programms: „Dieser Sachverhalt der Einbeziehung integrationsrelevanter Akteure ist nicht hoch genug einzuschätzen. In der Mehrzahl der Projekte kam es den Projektverantwortlichen darauf an, nicht mehr über, sondern mit den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu sprechen. Auf diesem Wege konnten nicht nur Bedarfe ermittelt, sondern gleichzeitig die Migrantenselbstorganisationen und andere Akteure und Träger stärker in die weitere Integrationsarbeit der Kommunen eingebunden werden. Damit sind sie vielfach als Partizipierende und Handelnde in die strategische Steuerung der Kommune involviert, führen Maßnahmen aus und haben Multiplikationsfunktionen inne.“

Bereits bei der Eingangs erwähnten Internetrecherche wurden verschiedene KOMM-IN-Projekte gefunden, die für die gesuchten Kooperationen in Frage zu kommen schienen. Daraufhin wurden die gesamten KOMM-IN-Projektlisten überprüft, allerdings konnte hier lediglich der Projektname als Indiz herangezogen werden: Insgesamt wurden sieben KOMM-IN-Projekte in die Kurumfrage einbezogen.

Projektbeispiel Bielefeld:

Quelle: Cemalettin Özer: „Interkulturelle Dialogaktivitäten zwischen Migrantenselbstorganisationen und Organisationen der Mehrheitsbevölkerung in Ostwestfalen-Lippe“, Powerpointpräsentation MOZAIK im Rahmen des Integrationskongresses 2008

Diese Erhebung wird hier kurz mit ihren Ergebnissen dargestellt, weil einige Parallelen zur vorliegenden Expertise existieren – und zwar einerseits durch das methodische Vorgehen und andererseits durch „Kooperationen“ von Migrantennorganisationen als Gegenstand der Recherche. Im Rahmen dieses Projektes sind unter dem Begriff „interkultureller Dialog“ einerseits Projekte zu verstehen, bei denen Akteure unterschiedlicher kultureller oder religiöser Prägung auf religiösem, musikalischem, künstlerischen, literarischem oder gesellschaftspolitischem Gebiet miteinander formell oder informell kooperieren. Andererseits sind darunter Veranstaltungen zu verstehen, in denen die Kultur oder Religion von einem Akteur gegenüber Menschen mit anderer kultureller oder religiöser Prägung vermittelt werden soll. Die Eckdaten der Erhebung:

- § Methode: Erhebung von Informationen aus Migrantenselbstorganisationen (Schwerpunkt), Integrationsbüros der Städte/Kreise, Kirchen und anderen Integrationsagenturen (NGO), 23 MSO haben teilgenommen
- § Ziel: Identifikation von Good-Practice für die Ausweitung in OWL
- § Förderer: Bezirksregierung Detmold, Stadt Gütersloh und die Bertelsmann Stiftung
- § Zeitraum: April – Dezember 2008

Bereits zu Beginn der Studie zeigten sich Probleme bei der telefonischen Erreichbarkeit der Migrantenselbstorganisationen (MSO), von circa. 200 recherchierten Telefonnummern konnten nur etwa 50% erreicht werden. Im weiteren Verlauf der Studie erwies sich auch die schriftliche Befragung als eher problematisch, denn: „Trotz 70 telefonischer Zusagen für eine schriftliche Teilnahme, belief sich der Rücklauf bis dato lediglich auf ein Drittel – so kann man bei der Mehrheit der MSO sagen, dass die ehrenamtlichen Strukturen eines der wichtigen Hinderungsgründe für die Teilnahme waren bzw. sind“, fasst Cemalettin Özer zusammen.

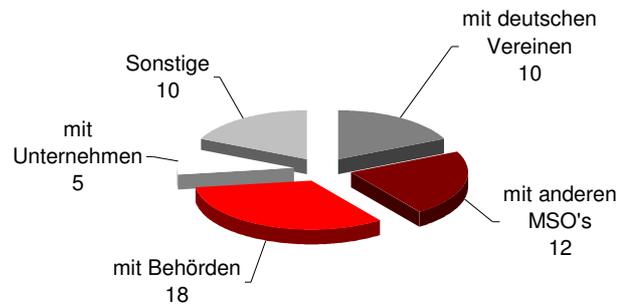
Im Rahmen der Umfragen wurden fünf Beteiligungsmöglichkeiten von MSO in der Kommune ermittelt:

- § MSO als Informationsvermittler, z.B. durch gemeinsame Informationsveranstaltungen zur Förderung der (Weiter-)bildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten für die Mitgliedsvereine
- § MSO als Interessenvertreter, z.B. bei (politischen) Entscheidungsprozessen insbesondere für nicht EU-Bürger
- § MSO als Expertengremium, z.B. bei der Entwicklung und Umsetzung von Projektideen für eine spezielle Zielgruppe
- § MSO als Kooperationspartner, z.B. bei der (beruflichen) Beratung von Migrantinnen und Migranten

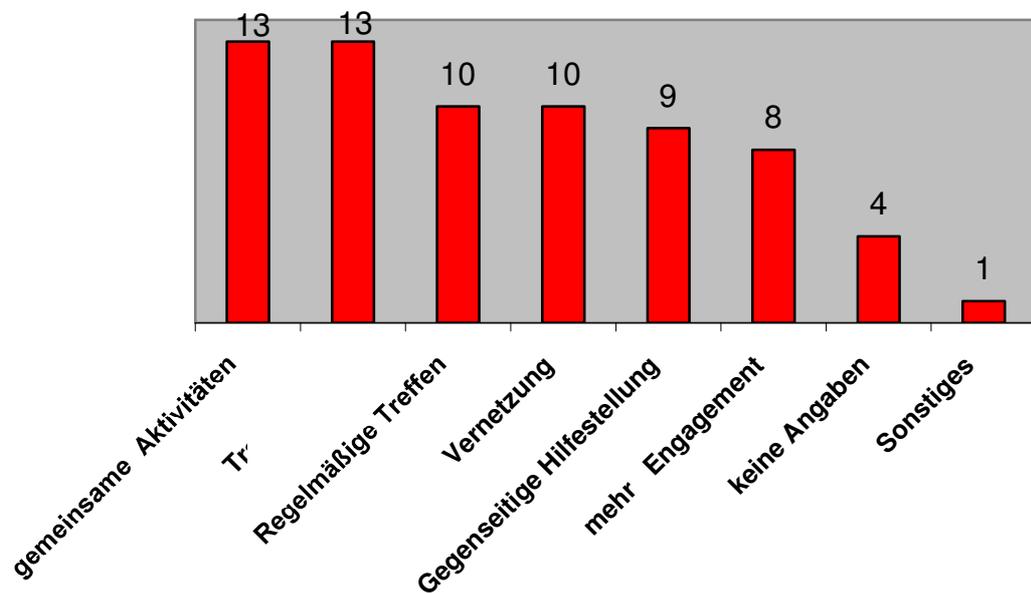
§ MSO als anerkannter Träger für Integrationsprojekte, z.B. zur Durchführung von Beratungs- und Qualifizierungsprojekten

Nachfolgend sind einige Ergebnisse der Studie dargestellt

Kooperationspartner (Mehrfachnennung N=55)



Faktoren für erfolgreiche Kooperation (Mehrfachnennung möglich N=68)



Gegenstand der Kooperationen (Mehrfachnennung möglich N=84)

